

ZWISCHEN HAVEL UND FLÄMING

HEIMATKALENDER FÜR POTSDAM-MITTELMARK 2023

Das Leben in der DDR



Tulpen aus Amsterdam und Gladiolen aus Brück



Das Ferienlager der Schule Ziesar an der Ostsee



Tulpen aus Amsterdam und Gladiolen aus Brück

Karin Hanusch, Autorin aus Brück, klaus.hanusch@freenet.de

Gladiolen – diese Blumensorte ist für die Brücker untrennbar mit dem Namen des Zierpflanzengärtners Martin Moll verbunden. Der am 22.08.1921 bei Stettin geborene Sohn eines Landwirts war ihnen als „freundlicher, aufgeschlossener, bescheidener und sehr fleißiger Mensch“ gut bekannt, so die „Märkische Volksstimme“ vom 08.11.1981.

Als Martin 1947 nach dem schrecklichen Krieg mit zahlreichen Verwundungen und der Gefangenschaft nach Brück kam, lernte er die 1919 geborene Frieda Lüdecke, „Friedchen“ genannt, kennen. Sie war die Tochter des Landwirts und Vorstehers der neuapostolischen Kirchengemeinde, Gustav Lüdecke. Da es in Brück mehrere Familien mit den Familiennamen Lüdecke oder Lüdicke gab, hatte man ihm den Spitznamen „Apostellüdke“ gegeben. „Friedchens“ Eltern wohnten in der Hauptstraße 68, ab 1953 Straße des Friedens, und besaßen eine Wirtschaft von 10 ha. Nachdem Martin und Friedchen 1948 geheiratet hatten, wohnten sie bei ihren Eltern. Gemeinsam bewirtschafteten sie die Felder, die unter anderem in den Neunruten und am Dunktdamm lagen. Im gleichen Jahr wurde dem jungen Ehepaar Sohn Hans-Friedrich und 1952 Tochter Heidi geboren. Auf Grund umfangreicher Arbeiten in der Landwirtschaft blieb den Eltern nur wenig Zeit für die Kleinen. Inzwischen war Martin ehrenamtlicher Vorsitzender der Meliorationsgenossenschaft geworden und hatte zudem die Aufgaben des Vorstehers der neuapostolischen Gemeinde übernommen. Aber seine Schwiegermutter Frieda Lüdecke und die bei ihr wohnende Flüchtlingsfrau Anna Janz betreuten die Kinder liebevoll, so dass sie eine schöne Kindheit erlebten.

Etwa im Jahr 1955 brachte Martin eines Tages voller Freude Gladiolenknollen und Gladiolenbrut mit nach Hause. Als Brut bezeichnete man die unterschiedlich großen, an den Wurzeln der Pflanzen gebildeten Körnchen, die abgetrennt und dann ausgesät wurden. Daraus entwickelten sich in den Folgejahren neue Knollen. Für 80 DDR-Mark hatte er sie gekauft, wovon seine Schwiegermutter keinesfalls etwas erfahren sollte. Nicht alle Familienmitglieder waren davon begeistert, gab es doch ohnehin genug Arbeit in der Wirtschaft, in die auch die Kinder eingespannt waren. Auf einem halben Hektar baute Martin nun Gladiolen an, und ganz besonders stolz war er auf die Importsorte „Joe Wagenaar“ aus Holland, die nur zwei Gärtner in der DDR anbauen durften. Mit ihrem geraden Wuchs und den prächtigen samtrotten Blüten waren sie eine Augenweide.

Die Knollen aus der Vermehrung kaufte größtenteils die Deutsche Saatgutgesellschaft in Erfurt bzw. in Quedlinburg auf. Die geschnittenen Gladiolen, der sogenannte Schnitt, gingen als Versandware an verschiedene Gärtnereien und Blumenläden auch nach Berlin-Pankow, wurden in Brück vom Hof in der Straße des Friedens 68 nach Bedarf verkauft oder auf dem Bassinplatz, dem Wochenmarkt Potsdams angeboten. Letzteres machte den Kindern von Familie Moll großen Spaß. Während die Verkäufer an anderen Blumenständen manchmal auf ihrer Ware sitzenblieben, riss bei ihnen die Schlange der Kauflustigen auf Grund der ausgezeichneten Qualität und der moderaten Preise bis Mittag nicht ab. Einige Käufer gaben ein Trinkgeld, von dem sich Hans-Friedrich und Heidi in der nahe gelegenen Gaststätte „Börse“ eine Kleinigkeit zu essen kaufen durften.

Die Gladiolen, die früh auf dem Markt angeboten wurden, sollten zwar möglichst frisch geschnitten, aber noch nicht aufgeblüht sein, lediglich ihre Farbe durfte man schon erahnen. Deshalb gab es für die Erwachsenen in der Nacht zuvor oft nur eine Stunde Schlaf. Das gut gehende Gladiolengeschäft, dessen Schwerpunkt die Vermehrung der Knollen und deren Versand war, besserte die Familienkasse auf, so dass Molls auch in ihre Landwirtschaft investieren konnten. Es wurde die Weidewirtschaft versucht, der Kuhstall unter anderem mit einer elektrischen Melkmaschine modernisiert, gemeinsam mit anderen Landwirten eine Dreschmaschine und ein Mähbinder angeschafft. Und Martin kaufte für die Familie ein modernes Auto.

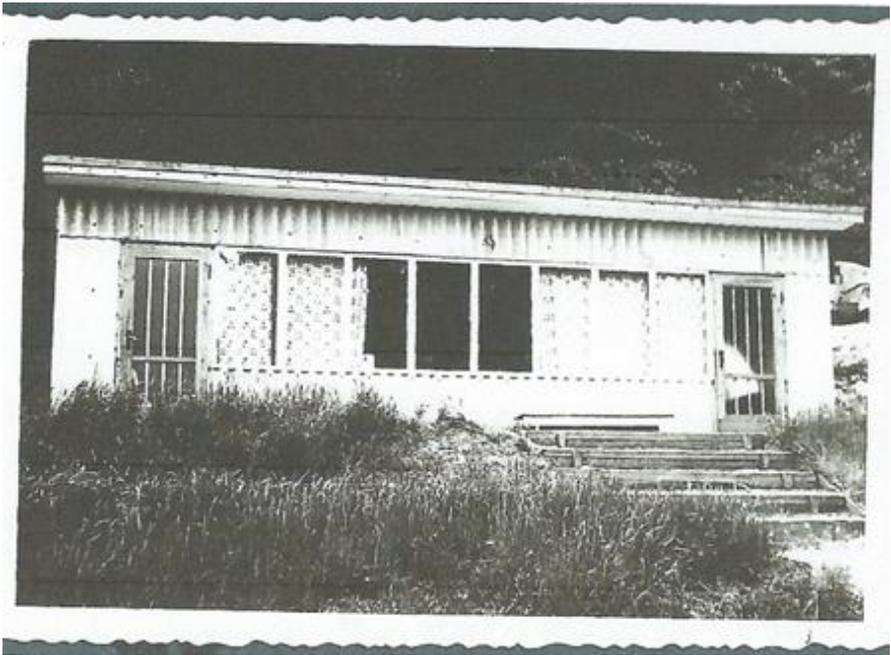
Nach anfänglichem Widerstand gehörten Martin Moll und sein Freund Erich Baitz zu den ersten Landwirten, die sich zum Beitritt in die LPG bereit erklärten. Die Anfangsjahre waren sehr schwer, nur durch den individuellen Viehbesitz war ihnen ein Überleben möglich. Als Martin sich jedoch entschloss, seine private Gladiolenvermehrung in die LPG einzubringen, änderte sich das. In der Genossenschaft zeichnete er seit 1960 als Arbeitsgruppenleiter Gladiolanbau verantwortlich für diesen Wirtschaftsbereich. Begonnen wurde der genossenschaftliche Anbau auf acht Hektar, später waren es siebzehn Hektar, auf denen siebzehn Gladiolensorten heranwuchsen. Die Hälfte der Fläche war mit Brut bestellt. Das bedeutete: Gladiolen – soweit das Auge reicht. Der Versand erfolgte nach England, Holland, in die BRD, für nur ein bis zwei Jahre nach Westberlin, wobei aber die Zollvorschriften zu kompliziert waren, nach Ostberlin, Hoyerswerda, Weißwasser und in den Spreewald. Martin qualifizierte seine Mitarbeiter ständig für die Arbeit mit den Gladiolen: Die Gladiolenknollen mussten fachgerecht gerodet, getrocknet, alle per Hand verputzt, mit einer Maschine sortiert, gegen Schädlinge gebeizt und bis zum Verkauf gelagert werden.



Martin Moll verfügte über einen umfangreichen Erfahrungsschatz in der Gladiolenzucht. Wiederholt wurde er von Fachleuten, Ingenieuren und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland um Rat gefragt, er pflegte den Erfahrungsaustausch mit anderen Gladiolenzüchtern.

In Brück wurde zu DDR-Zeiten besonders viel über das Wetter gesprochen, denn Trockenheit bekam den Gladiolen überhaupt nicht. Besorgt auf Grund brütender Hitze, behaupteten die Frauen: „Regen fehlt“. Sie hatten bedauernd feststellen müssen, dass die Sorte „Sonnenglut“ viel zu klein geblieben war. Aber auch die schon mehrmals auf der Internationalen Gartenbauausstellung IGA in Erfurt mit Medaillen ausgezeichneten Sorten „Sanssouci“, „Bibi“ und „Rose suprem“ hatten sichtlich gelitten.

Mit der politischen „Wende“ kam das Aus für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und damit auch für die Gladiolenzucht in Brück. Ihre Produkte waren nicht mehr abzusetzen, als die Holländer kamen und ganze Wagenladungen von Blumenzwiebeln verschenkten. Von nun an galt wieder der Slogan: Kaufen Sie Tulpen aus Amsterdam. Martin Moll starb am 17.02.1997. Aber er und die Gladiolen von Brück sind unvergessen. Viele Bürger lieben nach wie vor die edle Pflanze, und Martins Tochter Heidi beherbergt einige hundert davon in ihrem Garten. Ist die Erntezeit gekommen, erhalte ich von ihr regelmäßig einen großen Strauß als Dankeschön für die Gladiolengeschichte, die ich in den Band 5 der Bücherreihe „Geschichten von Brück und Anderswo“ aufgenommen habe.



Sellin auf Rügen 1966 und 2005

Das Ferienlager der Schule Ziesar an der Ostsee

Dr. Manfred Geserick, Musikverein Ziesar e. V., mvmanne@outlook.de

Am 12. Dezember 1960 besprachen die einunddreissig Pioniere der Klasse 7a mit ihrem Klassenleiter Rudi Müller den Gruppenplan für das nächste Jahr. Die Pioniere hatten einen Traum: „Wir wollen in den Sommerferien 1961 an die Ostsee fahren und dort zelten. Ein Flug mit der Lufthansa vom Flughafen Schönefeld nach Barth wäre super.“, so das Gruppenbuch der Klasse. Noch im Dezember begannen die Schüler mit der Organisation. Mit der Lufthansa wurde ein Hinflug für den 10. Juli 1961 mit einer IL-14, die 33 Sitzplätze hatte, für 22 DM pro Schüler vereinbart. Alte Zelte wurden vom Schulboden geholt, überprüft, repariert, imprägniert und das Aufbauen geübt. Fehlende Zeltstangen wurden im Unterrichtstag in der Produktion UTP und in der „Station Junger Techniker“ in Ziesar gefertigt und mit Gewinde versehen. Arbeitseinsätze der Klasse in der Gärtnerischen Produktionsgenossenschaft GPG in Ziesar und Schrottsammelaktionen wurden organisiert, um die Reisekasse zu füllen. Alle waren mit Eifer dabei. Auch wurde fleißig gelernt, denn wer sich in den Lernergebnissen verschlechtert, darf nicht mitreisen, so steht es im Gruppenbuch. Während in Ziesar die Vorfreude auf die Sommerferienreise wuchs, blieb ein Problem ungelöst: Der beim Deutschen Reisebüro bestellte Zeltplatz wurde wieder abgesagt, als die Namensliste mit Geburtsdaten eingereicht wurde. Kinder unter 14 Jahren durften nicht auf Zeltplätzen des Reisebüros zelten. Die Empfehlung lautete: „Fragen Sie die Bürgermeister der Ferienorte an!“ Briefe wurden geschrieben. Es hagelte Absagen, so „ausgebucht, Zeltplatz Binz ist nur für Ausländer“. In großer Not machte sich der Klassenleiter am 11. März 1961 bei 10 Grad und Regenwetter mit einem Motorrad auf nach Rügen. Beim Bürgermeister Kuhnke in Sellin hatte er Erfolg. So konnte die Klasse in der Zeit vom 10.-28. Juli erlebnisreiche Ferientage im Zelt direkt am Strand zwischen Sellin und Baabe verbringen. Neben Erholung am Strand und im Wasser gab es eine Wanderung zum Jagdschloss Granitz, einen Besuch im Hafen Saßnitz und mehr. Die Verpflegung wurde aus der Jugendherberge Sellin herangeschafft.

Wieder in Ziesar, berichteten die Kinder mit Begeisterung über ihre Erlebnisse, so dass auch in anderen Klassen der Wunsch nach Sommerferien an der Ostsee wuchs. Noch im Herbst 1961 wurde eine Wiederholung des Zeltlagers in Sellin vereinbart, schon zwei Durchgänge. Bis 1965 folgten immer mehr Klassen. Größere Zelte, auch ein Küchenzelt, Verpflegung aus Ziesar, auch Kochfrauen wurden mit einem LKW im Frühsommer nach Sellin geschafft und im Spätsommer wieder abgeholt. Der Aufwand war enorm. Die Schulklassen reisten mit dem Zug an und ab.



*eine Woche im Sommer probt das Orchester aus Ziesar in Sellin
unten viele Helfer: eine Hebeanlage für das Abwasser ist notwendig*



Unter den Feriengästen weilte auch das 1958 gegründete Pionierorchester der Schule. Für die jungen Musiker gab es die Verpflichtung, auf der Seebrücke und anderswo in Sellin Konzerte für die Urlauber zu geben. Auch andere Arbeitseinsätze der Schulklassen in Sellin waren gefordert, so Hilfe für die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft LPG bei der Heuernte oder Ausbesserung des unbefestigten Weges zum Südstrand nach Starkregen.

1965 kam der Wunsch auf, feste Bungalows zu errichten, um den logistischen Aufwand zu minimieren. Der Selliner Bürgermeister stellte ein Waldgrundstück am Hochufer zur Pacht zur Verfügung. Im Winter wurden in Ziesar Pläne geschmiedet und Material besorgt. Von Pfingsten 1966 bis Anfang August wurde der Wald samt Baumwurzeln gerodet, Terrassen angelegt, eine Sickergrube geschachtet, Wasserleitung und Abwasser gelegt, Betonflächen für vier Bungalows gegossen und darauf an Winkelleisen Latten geschraubt, die dann von innen mit Hartfaserplatten und außen mit Wellasbestplatten verkleidet wurden. Die Arbeiter waren Schüler der Klassen 9-12, die klassenweise dort eine oder zwei Wochen verbrachten. Lehrer und Handwerker aus Ziesar gaben Anleitung. Das Baumaterial wurde mit Traktoren oder per LKW aus Ziesar herangeschafft. Einen Bagger gab es nicht. Mit Spaten, Schippe und Axt wurde gearbeitet, geschlafen in Zelten. So entstanden drei Bungalows mit jeweils vier kleinen Zimmern mit insgesamt dreissig Betten, ein Speiseraum mit Gemeinschaftsküche und zwei Waschräume mit Toiletten.

Von 1966 bis 1989 verbrachten viele Schulklassen, die FDJ-Leitung der Schule, Lehrerfamilien, Arbeiter aus den helfenden Betrieben und Handwerkerfamilien ihren Sommerurlaub an der Ostsee. Auch das Jugendblasorchester aus Ziesar war oft unter den Gästen und spielte Konzerte für die Ostseurlauben in Sellin, Binz oder Baabe. Anfang der 90-er Jahre waren die Bedingungen im Ferienlager unzeitgemäß geworden, so dass es Handlungsbedarf gab. Die Einnahmen schrumpften, die Unkosten wurden größer, die Pacht stieg rasant an. Auf Antrag der Stadt Ziesar, wurde das Grundstück der Stadt Ziesar im Jahr 2004 überschrieben. Die erste Idee des Amtsdirektors war: „verkaufen!“. Die Erbauer aus den 60er Jahren und der Musikverein Ziesar e.V. organisierten Protest.

2005 erhielt der Musikverein Ziesar e.V. einen Nutzungsvertrag bis 2030, der im Dezember 2020 bis 2052 verlängert wurde. In den Jahren von 2006 bis heute hat der Musikverein mit vielen ehrenamtlichen Helfern, Material- und Geldspenden, Lottomitteln und Unterstützung regionaler Firmen aus der Region Ziesar aus den Wellasbesthütten moderne Ferienwohnungen gemacht, so dass heute bezahlbare Vereins- und Familienurlaube möglich sind. Anfragen unter: mvmanne@outlook.de



Tankstelle Treuenbrietzen, Mai 1988. Direkt an der B2 gelegen standen die Zapfsäulen für Extra- und Normalbenzin, für Diesel auf Rückseite. Hinten links steht mein gelber Trabi. Foto: W. Beelitz



Tankstelle Treuenbrietzen, Juni 1988. Bei der Anlieferung von Kraftstoffen wurde der Verkauf unterbrochen und die Säulen durch Kegel gesperrt. Foto: W. Beelitz

Meine Zeit als Tankwart

Wolfgang Beelitz, Linthe, mowobeelitz@aol.com

Von 1980 bis 1994 war ich Tankwart. Bis heute hat sich vieles verändert. Nach Abschluss der zehnten Klasse absolvierte ich eine Ausbildung zum Montageschlosser im Fahrzeugbau im VEB Fahrzeugwerk Treuenbrietzen. Nach meiner Ausbildung 1976 stand kein entsprechender Arbeitsplatz in der Montageabteilung des Betriebes zur Verfügung. Ich übernahm eine freie Stelle in der werkseigenen Dreherei. Die Arbeit gefiel mir und ich hatte gute Kollegen. Mit der Zeit war der Lagerbestand an Drehstählen aufgebraucht und an Nachschub war auf Grund der DDR-Mangelwirtschaft nicht zu denken. Die Betriebschlosser versahen deshalb die alten Stahlhalter mit klobigen Hartmetallplättchen, die für uns Dreher nur widerwillig und mit hohem Zeitaufwand zur richtigen Form geschliffen werden mussten. Mit der Zeit wuchs meine Unzufriedenheit. Ein guter Freund, der damals als Tankwart in Treuenbrietzen arbeitete, berichtete von einem freiwerdenden Arbeitsplatz. Die Entscheidung fiel mir nicht leicht, doch ich entschloss mich für einen Neuanfang.

Am 2. Januar 1980 begann ich meine Tätigkeit als Tankwart beim VEB MINOL an der Tankstelle in der Großstraße mitten in Treuenbrietzen. Das schon damals in die Jahre gekommene einräumige Tankstellenhäuschen besaß rundherum einen geringen Dachüberstand. Das war die einzige Möglichkeit sich vor Niederschlag zu schützen. Als Tankwart war man dort immer dem Wetter ausgesetzt - dem schlechten aber auch dem schönen. Ein unentbehrliches Kleidungsstück war deshalb neben der blauen Arbeitsbekleidung mit Latzhose und Jacke die Regenjacke mit Kapuze. Der Tankstellenraum war multifunktional, er diente dem Tankstellenleiter als Büro, dort wurde die Schichtabrechnung erledigt und es war auch unser Verkaufs- und Aufenthaltsraum. Das wichtigste „Möbelstück“ im Raum an kalten Tagen war der elektrische Standheizkörper, der vom darauf Sitzen oben stark eingewölbt war. Den Luxus einer Toilette besaß die Tankstelle nicht und selbst ein Leichtstoffabscheider zum Auffangen von Schadstoffen war nicht vorhanden. Auch der damals unmittelbar an der Tankstelle vorbeiführende Verkehr der B 2 ist für heutige Verhältnisse unvorstellbar. Zu einem Unfall war es glücklicherweise nie gekommen.

Links vom Verkaufshäuschen schloss sich der Schuppen an. Hier waren Produkte für den Verkauf wie Ölflaschen und Autobetriebs- und Pflegemittel und viele Utensilien für den Betrieb der Tankstelle untergebracht. Später kam noch ein Container hinzu. Von den ehemals vier Zapfsäulen waren an der Treuenbrietzener MINOL-Tankstelle damals noch drei vorhanden. Einmal Diesel, dann Normalbenzin VK 88 auch als Gemisch für Zweitakter und Extra VK 94. Außerdem gab es zwei Ölkabinette für Motorenöl, einmal für Viertakter PKW das MV 232 und für Dieselfahrzeuge MD 302. Diese Kabinette, mit je drei Behältern von je 100 Litern mussten aus Fässern mit Eimern befüllt werden. Der Verkauf erfolgte mit Hilfe von Maßbehältern in 1/2 oder 1 Liter. Die Kapazität für Diesel und Benzin in den Erdkesseln war nicht besonders groß, was immer wieder zu Leerständen führte. Für diesen Fall wurde ein Blechschild mit der Aufschrift „Außer Betrieb“ an die entsprechenden Zapfsäulen angebracht. Für uns Tankwarte hieß es dann, den Unmut der aufgebrachten Kundschaft zu schlichten.

Nur Stammkunden, die das wünschten, machten Selbstbedienung. In der Regel wurden die Kunden bedient, also die Fahrzeuge betankt. Die Kurbeln für die Zapfsäulen, mit denen man das Zählwerk auf „Null“ stellte, waren abmontiert. Der Tankwart trug eine davon bei sich, um den Tankbetrag jeweils kontrollieren zu können. Der Tankwart kassierte unmittelbar nach dem Tanken an der Zapfsäule vom Kunden den entsprechenden Betrag. Bezahlt wurde überwiegend mit Bargeld, aber auch mit Barschecks der Sparkasse. Betriebe und Institutionen hinterließen sogenannte Tankkreditscheine, die vom Tankpersonal ausgefüllt und später in Rechnung gestellt wurden. Für Diesel mussten zusätzlich Limit-Marken vorgelegt werden, die hinten auf die Tankscheine geklebt wurden. Für das Bargeld hatte jeder Tankwart eine große Geldbörse, in der die Geldscheine nach Wertigkeit einsortiert wurden. Das Kleingeld hatte ein extra großes Abteil. Ich hatte mir damals angewöhnt, die eingenommenen Scheine sofort zu glätten und die Eselsohren zu entfernen. So mache ich das heute noch am Geldautomaten. Ein wichtiges Utensil des Tankwarts war der Putzlappen. Besonders an den Tankdeckeln des Trabbi sorgte das sich abgesetzte Zweitakt-Mischöl MZ 22 mit dem darauf klebenden Schmutz für ein „einladendes“ Öffnen. Zweimal wurde ich durch selbsttankende unvorsichtige Kunden „geduscht“ – einmal mit Benzingemisch und dann auch mit Diesel. So etwas ist schon eine prekäre Situation, besonders wenn man allein am Arbeitsplatz ist.

Die Öffnungszeiten waren damals tankwartfreundlich. In der Woche war von 6 Uhr bis 18 Uhr geöffnet, an den Wochenend- und Feiertagen von 8 Uhr bis 12 Uhr. Wir waren mit dem Leiter der Tankstelle insgesamt vier Mitarbeiter und hatten an jedem dritten Wochenende Dienst. Zunächst absolvierte ich im Frühjahr des Einstellungsjahres einen Lehrgang im Schulungs- und Ferienheim des VEB Minol in Kähnsdorf bei Seddin. Nach einem anschließenden Praktikum während einer Woche Nachtschicht an der Tankstelle am Potsdamer Horstweg hatte ich den Befähigungsnachweis zum Tankwart.

Am Neujahrstag 1981 übernahm ich natürlich als „Neuer“ den Dienst. Laut meiner Strichliste während dieser vier Stunden bediente ich ca. 12 Kunden, von denen die meisten - wohl wegen einer langen Silvesternacht - mit einem Kanister gelaufen kamen. In den Folgejahren erhöhte sich die Kundenzahl an diesem Neujahrstag. 1981 wurde ich zum Wehrdienst bei der NVA einberufen, wo man mich auf Grund meiner zivilen Tätigkeit beim Rückwärtigen Dienst im sogenannten Treib- und Schmierstoffdienst einsetzte.

Gegen Ende der 1980er Jahre hatte ich „die Ehre“ eine Woche an der Transitstrecke A 9 zu gastieren. Eine Schicht der Mitarbeiter der kleinen Tankstelle an der Niemeck zugewandten Seite wurden beurlaubt, wohl wegen des Vorwurfs der Manipulation. Ich war zur Spätschicht eingeteilt. Am Freitag gegen Abend hielt eines der Fahrzeuge unserer Kirchpartnergemeinde aus Mühlheim an der Ruhr vor der Ankunft bei ihren Gastgebern in Linthe und Umgebung zum „Boxenstopp“. Die Freude des Wiedersehens war groß und wir umarmten uns bei der Begrüßung, ohne an etwaige Beobachter dort an der Transitstrecke zu denken. Mir war das egal, denn ich war dorthin nur zwangsdelegiert und hatte nichts zu verlieren. Nach der „Wende“ stellte sich eh heraus, dass sich unter uns Gastgebern schon ein Aufpasser befand.

Inmitten der Stadt Treuenbrietzen war man mit vielen Inhabern und Mitarbeitern von Geschäften und gewerblichen Firmen ringsum gut bekannt und hatte dadurch eine optimale Versorgung mit „Vitamin B“. Auch gehörte beim Tanken in der Regel ein kleines Gespräch mit den Stammkunden zur Selbstverständlichkeit. Es vergingen die Jahre in Treuenbrietzen, an die ich gern zurückdenke.



Tankstelle Brück, Frühjahr 1990. Die Brücker Tankstelle von 1973 war moderner ausgestattet und bot bessere Arbeitsbedingungen als das alte Objekt in Treuenbrietzen. Foto: W. Beelitz

1988 wurde ich als Reservist bei der NVA einberufen. Nach meiner Rückkehr im Oktober wechselte ich zur Tankstelle in Brück. Dort war die örtliche Bäuerliche Handelsgenossenschaft BHG Pächter der Minol-Tankstelle. Ich war also nun nicht mehr direkt Mitarbeiter beim VEB Minol. Die Brücker Tankstelle war etwas moderner und befand sich näher an meinem Wohnort Linthe. Der Typen-Bau von 1973 hatte vor allem eine Toilette und ein großes Dach über den Zapfsäulen.

An der Brücker Tankstelle erlebte ich die politische Wende. Am Abend des 9. November 1989 nahmen meine Frau und ich gemeinsam mit Freunden an einer Veranstaltung in der Lütter Dorfkirche teil, bei der sich die neugegründete SPD und das Neue Forum vorstellten. Die dort aufgekommene Nachricht der Grenzöffnung in diesen Stunden wurde von uns Teilnehmern nicht wirklich ernstgenommen. Erst zuhause bekamen wir Klarheit. Diese Situation der neuen Reisefreiheit hatte erhebliche Auswirkungen auf die nächsten Tage an meinem Arbeitsplatz. Für das kommende Wochenende begann ein großer Ansturm auf die Tankstellen. Viele Kunden füllten Autotanks und Benzinkanister für eine weite Reise zu Verwandten und Freunden in den westlichen Teil Deutschlands. Wer hatte schon das richtige Geld, um unterwegs tanken zu können? Die Schlange der Kundenfahrzeuge zog sich hin bis zur Abbiegung in die Straße der Einheit. Das war schon eine enorme Herausforderung. Nur der Samstag vor der Währungsunion vom 1. Juli 1990 hatte eine ähnliche Dimension.

MINOL stellte sich mit neuem Konzept und einem neuen Outfit der Marktwirtschaft. Wir wurden in der Farbe Lila gekleidet, selbst die Schuhe. Für die Tanksäulen reichte es in Brück nicht mehr, aber für einen Turm an der Straße für die tagesaktuellen Preise. Unsere Aufgabe war es, jeden Abend nach der Schließzeit die Preise für den nächsten Tag zu aktualisieren. Dafür stellte man uns eine Leiter zur Verfügung, um die einzelnen Zahlen zu korrigieren. Jede Ziffer befand sich auf einer einzelnen Plastikscheibe, die mit zwei Schrauben zu lösen und wieder anzuschrauben waren. Besonders sportlich gestaltete sich das, wenn sich die Preisumstellung um 1 D-Mark bewegte, oder aber wenn einem bei Minustemperaturen eine Schraube aus den frostkalten Fingern in den hohen Schnee fiel.

Inzwischen hatte der französische Konzern ELF Aquitaine MINOL übernommen. Aufgrund der engen räumlichen Situation war kein Shop-Geschäft an der Brücker Tankstelle möglich - für einen Tankstellenpächter in der neuen Zeit unerlässlich. Lediglich ein Zigarettenautomat, für den wir selbst nicht verantwortlich waren, wurde uns an eine Außenwand montiert. Bei meiner Ankunft an der Tankstelle zu einer Sonntagsschicht wunderte ich mich über eine Veränderung, der ich aber nicht gewahr wurde. Erst als ein Raucher Zigaretten kaufen wollte, klärte sich die ungewohnte Situation auf. Der Zigarettenautomat war in der Nacht mit Inhalt und Schrauben und Dübeln gestohlen worden.

Im Frühjahr 1994 schließlich löste unser inzwischen zu Raiffeisen umgewandelter Arbeitgeber das Pachtverhältnis und kündigte uns Mitarbeitern. Am 28. Februar war mein letzter Arbeitstag. Für jeden von uns bestand die Möglichkeit einer Weiterpacht – keiner von uns ging dieses Wagnis ein. Die neuen Pächter überlebten ihr Abenteuer nicht lang, ein schon länger angedachter Neubau mit Shop wurde nicht realisiert. Die Tankstelle schloss für immer, nur das Gebäude steht heute noch mit der Aufschrift „Alte Tankstelle“.

Kreisvolkshochschule Belzig

Schule der Werktätigen



Kluge Sprüche finden sich auf vielen Seiten in den Lehrprogrammen der Volkshochschule: „Es gibt keine Landstraße für die Wissenschaft, und nur diejenigen haben Aussicht, ihre hellen Gipfel zu erreichen, die die Ermüdung beim Erklettern ihrer steilen Pfade nicht scheuen“ (Marx). „Es gilt, allseitig entwickelte Menschen zu erziehen, mit einer tiefen Liebe zum Volk, mit festem Vertrauen zur Partei der Arbeiterklasse und mit einem eisernen Willen zum Lernen. Das ist der Menschentyp, der kühn und entschlossen den Sozialismus aufbaut!“

Lernen, lernen, nochmals lernen! von *W. I. Lenin*

Monika Schwarz, Bad Belzig, monika.schwarz-bel@web.de

Die Kreisvolkshochschule KVHS des Kreises Zauch-Belzig wurde am 1.10.1949 gegründet und war damals dem Kulturamt unterstellt. Die Hörergebühren waren nutzerfreundlich: zwischen 5 und 15 DM für das Vierteljahr. Die Hauptstelle befand sich in Belzig in einem Büroraum im behelfsmäßigen Rathaus in der Brandenburger Straße, der Abendunterricht fand in den Räumen der Mädchenschule statt von 18 bis 21 Uhr. Dazu kamen 16 Außenstellen: fünf in den ländlichen Städten und Gemeinden Brück, Wiesenburg, Niemeck, Belzig, Golzow und vier Außenstellen in Orten mit Industrie: Treuenbrietzen, Werder, Beelitz und Lehnin. Zu den sechs Betriebsaußenstellen für die landwirtschaftliche Weiterbildung gehörten u. a. die Volkseigenen Güter VEG Schmerwitz und Hagelberg und die Maschinen-Ausleih-Stationen MAS Damsdorf, Niemeck, Götz, Neuendorf. Anmelden konnte man sich in den Gemeindebüros, bei der Schulsekretärin oder in den Betrieben bei der Betriebsgewerkschaftsleitung BGL.

Im erstes Lehrprogramm heißt es: „Insbesondere wenden wir uns an die werktätigen Menschen in der Stadt und auf dem Lande. Diese für Euch geschaffene Einrichtung müßt ihr ausnutzen, um Euch neue Kenntnisse anzueignen und Euer Wissen zu vervollkommen. Nicht das Alter entscheidet, sondern der Wille zum Lernen und die Erkenntnis, durch mehr Wissen zum besseren Leben zu gelangen.“

Das Angebot wurde angenommen: Am 19. Dezember endete das 1. Trimester des Lehrjahres 1949/50 mit 1600 werktätigen Hörern in 104 Abendkursen und Einzelvorträgen. Ab 1950/51 wurde der Unterricht in 2 Halbjahresabschnitten angeboten, jeder Lehrabschnitt umfasste 15 Doppelstunden, Hörergebühren 4,50 DM Dem Lehrgangsangebot wurden „Zwölf Winke für Hörer und solche, die es werden wollen“ vorangestellt, z. B. „1. Willst du Hörer der Volkshochschule werden, so nimm dir vor, das, was du begonnen hast, auch zu Ende zu führen. Naschen ist nicht nur zwecklos, sondern ein Feind wahrer Bildung. ... 3. Verliere nicht schon in der dritten Stunde die Lust an weiterer Mitarbeit, denn der ganze Stoff ist auf 15 Abende verteilt und du kannst nicht wissen, ob nicht vielleicht in der 8. oder 12. Stunde das Dich gerade am meisten Interessierende behandelt wird. ... 10. Achte in dem anderen Hörer den Menschen, dessen vielleicht gegenteilige Anschauung, ehrlicher Überzeugung entstammend, Du zu respektieren hast, obwohl Du sie nicht teilst.“ – Immer noch aktuell!

Lehrinhalte waren vor allem Politökonomie, Gegenwartskunde, Deutsch, Mathematik, Buchführung, Stenografie und Maschinenschreiben, Elternseminare. In den Industriestandorten wurden in einigen privaten, aber vor allem in Volkseigenen Betrieben VEB auch die Qualifizierung vom angelernten zum Facharbeiter durchgeführt, z. B. in der Konservenfabrik Behrens & Burmeister in Werder/Havel und im VEB Beelitzer Konservenfabrik zum Obst- und Gemüsekonservierer, im VEB Steingutfabrik Lehnin zum Keramiker oder im VEB Vulkanfiber Werder zum Vulkanfibermacher. Weitere Lehrgänge wurden in den VEB Messgerätekwerk Treuenbrietzen, Fleischwarenfabrik Elsholz, Tief- und Straßenbau Michendorf oder im Elektromotorenwerk Werder angeboten. In den VEG wurden Traktoristen ausgebildet und sowjetische Methoden nach Mitschurin, Lyssenko oder das Trawopolnaja-System, ein Feldgras-Fruchtfolge-System, gelehrt, heute z. T. überholt bzw. widerlegt.

Natürlich gab es Planzahlen - wie überall in der DDR - auch in der Bildung: In den Betrieben sollten im 1. Halbjahr 50 % der Belegschaft an Lehrgängen teilnehmen, im 2. Halbjahr 60 %. Für die Außenstelle Werder war z. B. das Ziel, 1,5 % der Bevölkerung als Hörer zu gewinnen, ca. 160 Personen. 1952 wurden in Folge der Verwaltungsreform nach der 2. Parteikonferenz der SED die Länder formal abgeschafft und die Bezirke und Kreise neu eingeteilt. Damit entstanden neben der VHS des Landkreises Belzig auch die VHS Brandenburg-Land und Potsdam-Land. Am Beispiel Belzig sollen exemplarisch die weitere Entwicklung und Probleme beschrieben werden:

Die KVHS Belzig erhielt den Einzugsbereich Kreis Belzig mit der Hauptstelle in Belzig und den späteren Außenstellen in Brück, Niemeck, Wiesenburg und Görzke. Die Berufsausbildung in der Industrie wurde 1952 ausgegliedert und von den neu entstehenden Betriebsschulen und Betriebsakademien übernommen; die Fortbildung in der Landwirtschaft verblieb. Ein Schulleiter, ein Dozent für Agrarbiologie, eine Schreibkraft und ein Kraftfahrer waren die Mitarbeiter. Die Dozenten unterrichteten nebenberuflich auf Honorarbasis. Einzelvorträge und Vortragsreihen gehörten ebenfalls zum Angebot der Volkshochschule, bis diese 1956 von URANIA und Kulturbund übernommen wurden. Die KVHS war sehr flexibel in ihren Angeboten. Werk tätige und Betriebe konnten Themenwünsche äußern, dann wurde der Unterricht organisiert.

Im März 1956 hatte der Ministerpräsident der DDR über veränderte Aufgaben der Volkshochschulen verfügt: Es sollten erste Lehrgänge für schulische Abschlüsse stattfinden. Zuständig war jetzt das Ministerium für Volksbildung. Damit wurden eigene Unterrichtsräume notwendig, die auch tagsüber zur Verfügung standen. So erfolgte der Umzug auf den Hof eines historischen Gebäudes, das ehemaliges Hospital und Gaststätte „Zur Gerichtslaube“, später Landwirtschaftsbank in der Wittenberger Straße, wo zwei Klassenräume zur Verfügung standen. Zitat aus dem Lehrprogramm 1958: „Wer an einem Herbst- oder Winterabend gelegentlich eines Spaziergangs bzw. seines Wegs zum Bahnhof die Wittenberger Straße passiert, wird durch das helle Licht der erleuchteten Klassenräume und Fenster des Gebäudes Wittenberger Straße 1 auf die Volkshochschule aufmerksam. Abend für Abend treffen sich aus dem gesamten Kreisgebiet, nach geleisteter Produktions- und Verwaltungsarbeit, Jugendliche oder Erwachsene, ...Frauen und Männer, um unverdrossen, freudig und voller Lerneifer das individuell und lehrgangsmäßig gestellte Ziel zu erreichen.“ - Ein schönes Bild!

Der Hauptanteil der Lehrgänge fand in den Gemeinden statt. Der Transport der Dozenten in die einzelnen Orte war immer eine Herausforderung, denn öffentliche Verkehrsmittel oder Privat-PKW standen nicht oder kaum zur Verfügung. Die KVHS Belzig verfügte über einen Kraftfahrer und einen alten DKW, Baujahr 1938, der aber oftmals ihn und die Dozenten im Stich ließ wie zum Beispiel bei Eiseskälte auf der Landstraße. Nach mehreren Ausfällen von Lehrgängen, wartenden Hörern, Fußmärschen mit Diaprojektor in das nächste Dorf, weil der Wagen streikte, wurde im Oktober 1955 ein Antrag bei der Plankommission des Rates des Kreises auf Investmittel gestellt. In der Begründung heißt es: „Nebenberufliche Dozenten besteigen mit größtem Bangen diesen PKW, da tatsächlich die Fahrten mit Lebensgefahr verbunden sind. ... Die Karosserie ist in Holmen und Bekleidung stellenweise morsch. Verschiedene Reparaturwerkstätten lehnten weitere Reparaturen ab, um sich der Verantwortung für die in der Folge nicht ausbleibenden Unfälle zu entziehen... Die einzigen noch brauchbaren Teile sind der Motor und die beiden Scheinwerfer.“ – Das Urteil der Dozentin für Schneiderlehrgänge fiel noch drastischer aus: „In diesen Wagen nur mit Testament!“ Und nun folgt eine DDR-typische Geschichte: Am 21.10.1955 befürwortet die SED-Kreisleitung den Antrag auf einen neuen PKW F8 oder P70. Ein halbes Jahr später bestätigt der Rat des Bezirkes, Abteilung Kultur, dass 9,3 TM DM Investitionsmittel aus der Bezirksreserve zur Verfügung gestellt werden.

Sofort nach Vorlage einer polizeilichen Bescheinigung über den Restwert des alten DKW würden die Mittel auf das Konto überwiesen! Anfang Juni wird der Pkw zum Taxieren bei der Verkehrspolizei angemeldet. Alles scheint sich zum Guten zu wenden - da kommt am 27. 6. 1956 erneut ein Schreiben der Abteilung Kultur: Auf Beschluss des Ministerrates sind alle bereits genehmigten Investitionen zurückzunehmen und auf volkswirtschaftlich wichtigere Maßnahmen zu verteilen ...

Für die nächsten 15 Jahre ist die Volkshochschule vor allem allgemeinbildende Schule für Erwachsene, da bis Mitte der 1960er Jahre noch jeder 2. Schüler die Schule nach Klasse 8 verließ. Es wurden die Abschlüsse der Klasse 8, Klasse 10 und das Abitur angeboten; jetzt arbeiteten auch hauptamtliche Lehrkräfte an der VHS. Der Unterricht erfolgte teils als Tagesoberschule, teils als Abendoberschule, um den Werktätigen den Abschluss innerhalb von drei Jahren, später zwei Jahren, zu ermöglichen, wobei jedes Jahr drei bis vier Fächer abgeschlossen wurden. Auch die Allgemeinbildung blieb weiterhin Schwerpunkt: Maschinenschreiben, Stenografie und Fremdsprachen Englisch und Russisch. Das Lehrgangsziel für den ersten Russischkurs war, „die weitverbreitete Ansicht, die russische Sprache sei außerordentlich schwer zu erlernen, durch eine praktische Methode zu widerlegen“. Für den Fernsehkurs Physik, dem ersten Anfang des Bildungsfernsehens in der DDR, wurden Konsultationen angeboten. Die KVHS reagierte auch weiterhin auf Bildungsbedürfnisse im Territorium in Zusammenarbeit mit Betrieben und Einrichtungen.

Nun war auch eine Erweiterung der Räume in Belzig dringend nötig. Die Märkische Volksstimme berichtet im März 1965, dass durch den Ausbau eines großen Stallgebäudes durch Lehrkräfte, Hörer und in Feierabendschichten im Nationalen Aufbauwerk NAW „vier eigene ansprechende Hörsäle, Lehrerzimmer, Büro- und Lehrmittelräume geschaffen“ wurden. „Ansprechende Hörsäle“ – unter heutigen Bedingungen würden sie wohl kaum so gewertet: Die Heißluft-Ofenheizung in den einzelnen Räumen erforderte von den Lehrern während der Unterrichtstage und -abende ein ständiges Nachlegen von Kohlen aus Kohleneimern, die von der Reinigungskraft vom Schuppen mitten auf dem Hof herangeschleppt werden mussten. Oft war es verqualmt, zu warm oder zu kalt. Die Maschinen im Schreibmaschinenraum waren historisch anmutende Continental-Maschinen. Und irgendwie merkte man dem Raum später immer noch den ehemaligen Schweinestall an, trotz Paneelen aus Presspappe.

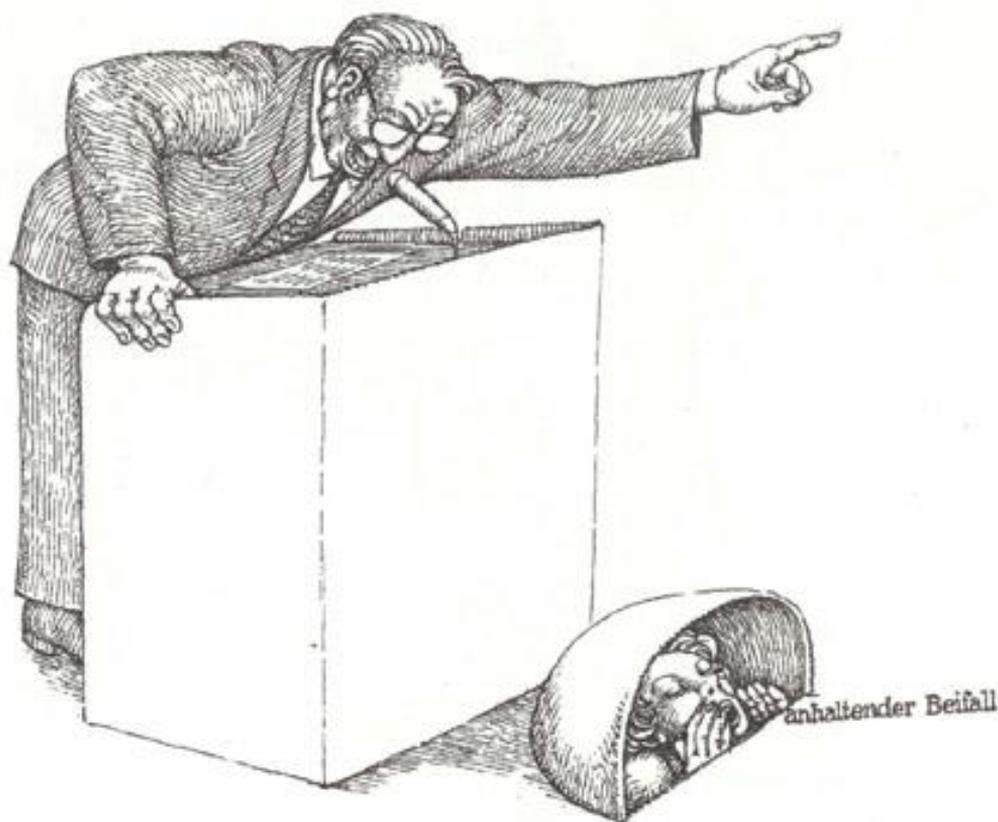
Renovierungsarbeiten waren schwierig, weil das ganze Objekt als „Westgrundstück“ treuhänderisch verwaltet wurde und Geld von einem Sperrkonto beantragt werden musste. Ging es z. B. um neue Gardinen, konnte man nur mit einem Freigabeschein in einem speziellen Laden in Brandenburg einkaufen, denn Betriebe und Einrichtungen durften nichts aus dem Kontingent für die Bevölkerung erwerben. Und dafür musste man aus dem knapp bemessenen Spritkontingent den Kraftstoff für die Fahrt nach Brandenburg mit dem nun volkshochschuleigenen Moskwitsch abzweigen.

Die Werbung für die Lehrgänge erfolgte auf vielfältige Weise: auf Plakaten, Handzetteln, als Dia-Werbung im Lichtspieltheater, in der Märkischen Volksstimme mit Zeitungsannoncen und Berichten. Dabei ging es nicht nur um erfolgreiche Lehrgänge; besonders aus dem Bereich Landwirtschaft wurden oft auch mangelnde Teilnahmebereitschaft und hohe Abbrecherquoten mit Namen der Teilnehmer öffentlich gemacht. So heißt es zum Beispiel im Dezember 1964 „Der Vorsitzende fehlte zuerst!“ oder „Was sagt der Vorstand?“ zu den nicht genutzten Angeboten in der Dorfakademie.

1965 wurde das Gesetz über das einheitliche Bildungssystem eingeführt, womit die 10. Klasse der Polytechnischen Oberschule für alle Schüler Pflicht wurde. So erfolgte ein grundlegender Wandel in der Bildungs- und Qualifikationsstruktur der DDR in den 1970er Jahren und damit auch im Lehrgangsangebot der KVHS Belzig. Berufsbegleitend wurden Industriekaufleute und Facharbeiter für Schreibtechnik sowie Geprüfte Sekretärinnen ausgebildet. Es gab auch neue Bedürfnisse hinsichtlich der Erweiterung und Vertiefung der Allgemeinbildung. Es begannen neben den bewährten Angeboten wie Schulabschlüsse, Vorbereitung auf ein Meisterstudium oder Sprachkurse nun viele Hobby- und Interessenlehrgänge. Vielleicht haben Sie ja auch mal einen Schneiderkurs besucht, Lehrgänge „Kaltes Büfett“ oder Heimkonditor, Maschinenschreiben oder Stenografie, Lehrgänge für Pilzkunde oder Heil- und Gewürzpflanzen, Künstlerische Selbstbetätigung, Trabant-Pflege, Heimatgeschichte, Veteranenakademie, Eheschule, Kosmetik, Sprachkurse für Touristen, jede Unterrichtsstunde dieser Lehrgänge für 0,25 M, oder einen Befähigungsnachweis erworben, ob als Motorsägenführer, Gabelstaplerfahrer, Energiebeauftragter oder im Arbeits- und Brandschutz. Nach der Wende erhielt die Volkshochschule mit Gründung des Kreises Potsdam-Mittelmark nahezu ihren einstigen Einzugsbereich zurück. Für die heutige „Kreis- musikschiule und Kreisvolkshochschule GmbH“ ist Kleinmachnow die Hauptstelle, Geschäftsstellen befinden sich in Werder und Bad Belzig.

Das kann ins Auge gehen

Für die Diktatur ist Denken ebenso gefährlich
wie Gedankenlosigkeit für die Demokratie.



Siebzehnter Juni

nacherzählt von Gerda Arndt, Radewege, gerda.arndt@gmx.de

Am 15. Juni 1953 forderten circa 3000 Demonstranten vor dem Zuchthaus in Brandenburg an der Havel und vor dem Kreisgericht in der Innenstadt Haftentlassungen und öffneten gewaltsam die Tore. Am 17. Juni schlossen sich dann viele Belegschaften aus den Betrieben seit den frühen Morgenstunden dem von Berlin ausgehenden Generalstreik an.

Als die Staatsorgane die Lage nicht mehr beherrschten, griff die sowjetische Besatzungsmacht mit Militär ein. Der Ausnahmezustand wurde in der Kreisstadt verhängt. Es kam zu Verhaftungen.

Aus Radewege berichtete Frau Plundke über die Ereignisse: Der Jugendliche Günter L., der in der Stadt Brandenburg als Maurer arbeitete, hatte zusammen mit anderen Arbeitern an der Demonstration und bei Ausschreitungen in der Innenstadt teilgenommen. Dabei soll er fotografiert worden sein. In Radewege hat er dann seine Freunde Erich Z. und Helmut B. motiviert, ebenfalls den „Aufstand zu proben“.

Diese und noch ein paar Jugendliche zogen dann zum Haus des Fischers Krüger in der Seestraße, der als Kommunist unbeliebt und angefeindet war. Dort randalierten sie und drangen in sein Haus ein. Sie rissen ein Ulbrichtbild von der Wand und trieben anderen Unfug.

Günter L. wurde wegen seiner Teilnahme an der Demonstration in Brandenburg verhaftet. Nach der Haftentlassung flüchteten die drei Jugendlichen in den Westen. Später sind sie ab und zu nach Radewege gekommen, um ihre Familien zu besuchen.

Abbildung links von Paul Pribbernow, Radewege



aus der Not geboren...

Friedrich Lange, Biesenthal, ehemaliger Schüler aus Bad Belzig

Die Gewährleistung des Briefverkehrs war nach Beendigung des II. Weltkrieges eine wichtige Aufgabe. Die Umsetzung wurde von den Alliierten in jeder Besatzungszone eigenständig durchgeführt. In der Amerikanischen und Britischen Zone erfolgte am 03.07.1945 die Ausgabe der ersten Marken, in der Französischen Zone am 17.12.1945. In der Sowjetischen Zone ist die Situation unübersichtlicher, da die Kommunen oft Hitler-Ausgaben überstempelten oder Marken in Eigenentwürfen herausgaben.

Die Ausgabe Berliner Bär wurde am 09.06.1945 für Berlin-Brandenburg an die Schalter gebracht. Für die Oberpostdirektionen Schwerin, Dresden, Halle und Leipzig gab es ebenfalls eigene Marken. Die Alliierten versuchten durch Herausgabe von Kontrollratsausgaben gültige Briefmarken für alle Besatzungszonen zur Verfügung zu stellen.

Die Währungsreform erfolgte am 21.06.1948 durch die Westlichen Alliierten. Gleichzeitig wurden Briefmarken mit Posthörchenaufdrucken in der neuen Währung Deutsche Mark ausgegeben. Die Sowjetische Militäradministration SMAD führte am 24.06.1948 als Reaktion ihrerseits eine Währungsreform durch. Im Postdienst standen aber keine Marken in neuer Währung zur Verfügung. Es bestand die Gefahr, dass große Mengen der in den Westzonen ungültig gewordenen Kontrollratsmarken über die offene Grenze in den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands geschleust würden, um Währungsgewinne abzuschöpfen. Die Hauptverwaltung Post und Fernmeldewesen wurde durch die sowjetischen Behörden angewiesen, neue Briefmarken herauszugeben. Als Lösung nahm man vorhandene Marken der Kontrollratsausgabe und kennzeichnete sie mit dem vorhandenen Bezirksstempel. Dieser diente seit 1893 als Hilfsmittel zur Kennzeichnung von Postanweisungen und Zahlkarten. Die Postmitarbeiter stellten in der Nacht zum 24. Juni 1948 den Schalterbedarf her. Aufdruckmarken wurden an zehn Tagen in 766 Postämtern gefertigt.

Die überdruckten Marken waren vom 24.06. bis 10.07.1948 gültig. Als nächstes wurden Marken der ehemaligen Kontrollratsausgaben mit dem Aufdruck „Sowjetische Besatzungs Zone“ ab 03.07.1948 versehen. In Belzig wurden ausschließlich Marken der Zweiten Kontrollratsausgabe „Arbeiter“ überdruckt.

erste Zeile Briefmarken der Französischen Zone, Mitte Ausgaben einzelner Orte und der Oberpostdirektionen, Belege vom Autor



1. Mai Demonstration 1955, Medewitzer Strasse, Foto: Herman Metzky

Ein Reetzer erinnert sich an die politische Atmosphäre Ende der fünfziger Jahre: „Die Partei gebrauchte zu dieser Zeit häufig das Schlagwort von ‚der politisch-moralischen Einheit des Dorfes‘! Sie sollte allen ‚Fortschritt‘ garantieren. Wer sich also nicht in diese ‚Einheit‘ fügte und somit zum Ausdruck brachte, an dem System könnte etwas falsch sein, der hatte mit Konsequenzen zu rechnen, und sei es nur, daß man ihn mied.“ Bis Mitte der 50er Jahre hatte sich das neue Regime in Reetz fest etabliert. Der Sozialismus hatte auch die Machtstrukturen im Dorf verändert. Der Sieg der Roten Armee hatte die Herrschaft in Schloss Mahlsdorf verjagt. Die anti-kirchliche Politik der SED drückte die Kirche noch mehr an den Rand, als es schon im Dritten Reich der Fall war. Das größte Wirtschaftsunternehmen im Ort war „volkseigen“ geworden. Die alte Dorfelite hatte ihren politischen Einfluss verloren, die politische Führung hatten andere übernommen. Manches an dem Neuen ähnelte dem Alten: die Herrschaft einer Partei, die autoritäre Natur des Systems, die Erfassung der Menschen in Massenorganisationen wie die FDJ oder des DFD. Im Nationalsozialismus hatte man den Geburtstag des Führers gefeiert. Im Sozialismus feierte man Stalins, Ulbrichts und Piecks Geburtstag. Es fehlte aber die allgemeine Akzeptanz, sogar Begeisterung, die der Nationalsozialismus genossen hatte.

Die DDR etabliert sich in Reetz

John Shreve, Berlin, johnshreve@gmx.de

Nach dem Krieg entwickelte sich ein neues Parteileben in Reetz. Werner Rabinowitsch, dessen Vater in Auschwitz ermordet worden war, erzählte von der Gründung der KPD in Reetz. Er ging von Haus zu Haus, „zu denen, wo ich wusste, dass die nicht in der NSDAP oder in der SA waren, und habe die alle angesprochen. Mit ein paar Flüchtlingen haben wir uns zusammengesetzt und haben in Reetz eine Zelle der KPD gegründet. Unser Eintrittsdatum lautete der 1. August. Offiziell war ich der Zellenleiter. Wiesenburg war die Ortsgruppe. Georg Poppe, Lehmann, Hermann Grosse, Helene Senst, Knieschale, dann war nochmal ein Lehmann. Er war ein Flüchtling. Da waren zwei Mädels, die wohnten bei Kühns, junge Mädels. Von den Reetzern war der Hermann Schröder aus Roten Strumpf. Das waren die ersten. Dann sind ein paar Bengels eingetreten. Wir waren nur vier, fünf Reetzer.“ Laut Statistik vom Bürgermeisteramt hatte die KPD im August 1945 neun Mitglieder.

Anfang September wurde auch die SPD unter dem Vorsitz von Otto Großkopf neu gegründet und hatte bald fast 40 Mitglieder. 1946 begannen die Vorbereitungen zur Vereinigung der beiden Parteien. Ein Ausschuss, bestehend aus jeweils drei Mitgliedern der KPD und SPD, wurde gegründet. Rabinowitsch besuchte eine Versammlung der SPD und Paul Müller wohnte einer KPD-Versammlung bei. Viele Sozialdemokraten waren mit der Vereinigung nicht einverstanden und sind ausgetreten. Die Vereinigungskonferenz der KPD und der SPD im Kreis Zauch-Belzig fand am 24. März 1946 im Belziger Volkshaus statt, dem späteren Flämिंगgarten. Nach der Vereinigung der beiden Parteien gab es in Reetz zwei gleichberechtigte Vorsitzende, Werner Rabinowitsch und Otto Großkopf. In den Unterlagen vom Bürgermeisteramt waren im August 1946 104 Reetzer Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei SED. Pastor Gerhard Juergensohn gehörte zu der Zeit als einziger der CDU an.

Erstmals am 10. September 1948 wurde die Deutsche Bauernpartei Deutschlands DBD in den Unterlagen der Reetzer Gemeindevertretung erwähnt. Die DBD war am 29. April 1948 gegründet und am 16. Juni durch die Sowjetische Militäradministration zugelassen worden. SED-Funktionäre spielten von Anfang an eine entscheidende Rolle in der DBD. Der erste Vorsitzende Landwirt Ernst Goldenbaum war Kommunist, der für die neue Partei „abgestellt“ wurde.

Richard „Amtmann“ Friedrich erklärte, wie es aus seiner Sicht zu der Gründung der Reetzer Ortsgruppe der DBD kam. „Vor der Gründung war Ernst Goldenbaum hier. Er war bei uns in der Waschküche, und wir haben die Sache befummelt, und dann haben wir eine Ortsgruppe hier in Reetz aufgemacht. Wir haben uns freier gefühlt. Wir waren über 40 Mitglieder gleich am Anfang. Wir mussten auch in der Reihe bleiben, bloß wir haben örtlich gedacht. Da hat die große Politik mich weniger interessiert. Örtlich konnten wir ein kleines Gegengewicht schaffen.“ Das „Parteilernen“ laut Richard Friedrich bestand aus „Schulungen ein bisschen und Versammlungen. Ich möchte das Parteilernen so betrachten: das war wie ein Vereinsleben, ein Anlass für Vatern zum Bier zu gehen.“ Trotz der Existenz der DBD blieb die SED die entscheidende Macht im Dorfe. Nichts geschah ohne „die Partei der Arbeiterklasse“. Im Hinblick auf die SED sagte Richard „Amtmann“ Friedrich: „Wenn ich mir die Genossen anguckte, die wir in Reetz hatten, da war kein Überzeugter dabei.“ Doch Werner Brehmer meint: „Die führenden Genossen, ob überzeugt oder nicht, waren allesamt auch Förderer des Systems. Jeder, der das Parteiabzeichen offen trug, war eine Stütze des Systems, weil in seiner Gegenwart, schon bei seinem Erscheinen Gespräche verstummten oder zumindest eine andere Richtung nahmen. Hier auf dem Lande benötigte man praktisch keine Staatssicherheit, das erledigte alles die Partei, sie hatte über alles den Überblick.“

Nach der Gründung der DDR erfolgte eine zunehmende Politisierung des Lebens. Diese Tatsache spiegelt sich in den Protokollen der Gemeindevertretersitzungen wider. Allerdings ist der Name „Deutsche Demokratische Republik“ erst in dem Protokoll vom 26.1.1950 erwähnt. Diese Sitzung eröffnete Schulleiter Johannes Faber mit einem Referat über die Nationale Front, die ein erzwungener Zusammenschluss der Parteien und Massenorganisationen der DDR war. „Wer in der Nationalen Front kämpft, kämpft für die Einheit Deutschlands, für einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen und darüber hinaus für das Glück unserer Kinder und für Deutschland. Es lebe die Deutsche Demokratische Republik, es lebe das einheitliche Deutschland, es lebe die Sowjetunion!“ Vor Jahresende war der Schulleiter Johannes Faber nach West-Berlin geflüchtet.

Schon im Sommer 1950 begannen die Vorbereitungen für die Gemeindewahl am 15. Oktober des Jahres. Ein Vertreter der Landesregierung erklärte, „dass als Kandidaten nur solche in Frage kommen, die im Sinne der DDR arbeiten.“ Bei der Wahl erhielten die Kandidaten der „Einheitsliste“ in Reetz 937 Stimmen ohne eine Gegenstimme. Zumindest war dies das offizielle Ergebnis.

Trotz der „Einheitsliste“ war die Wahlbeteiligung fast hundertprozentig. Max Jakubowski, Fraktionsvorsitzender der SED, erklärte, wie es dazu kam. „Es wurde so organisiert, dass alle gekommen sind. Wir haben sie abgeholt. Wir haben sie praktisch zur Wahl gezwungen. Wenn, sagen wir, um 2 Uhr, welche gefehlt haben, dann wurden Läufer ausgeschickt, sie zu holen. Und vorwiegend haben wir es immer geschafft, alle zu motivieren. Wir wollen kein Ärger im Dorf haben. Wir haben auch Nein-Stimmen gehabt, aber wenige. Sie wurden nicht bekanntgegeben, untergemuschelt.“

Der Aufbau eines marxistisch-leninistischen Staates stellte die Kirche in Opposition zu dem Staat und veränderte ihre Rolle im Dorf, raubte ihr noch mehr Einfluss auf das Dorfleben. Ab 1949 wurde der Streit mit der Kirche immer offener ausgetragen. Diese erste Phase der Kirchenpolitik der DDR war geprägt von atheistischer und antiklerikaler Propaganda. Auf viele Menschen wurde Druck ausgeübt, aus der Kirche auszutreten. Viele Berufe waren nur Nichtchristen zugänglich, und nach und nach kehrten immer mehr Reetzer der Kirche den Rücken. Auch in Reetz gab es offene Konflikte zwischen Kirche und Anhängern der neuen Macht. Pfarrer Juergensohn hielt eine Bibelstunde am selben Abend wie eine Revolutionsfeier. Barbara Juergensohn erzählte: „Diese Revolutionsfeier war sehr schlecht besucht und diese Bibelstunde war sehr gut besucht. Und das hat Herr Faber erfahren. Er hat sich furchtbar geärgert und hat eine Versammlung anberaumt. Von allen Organisationen mussten Vertreter erscheinen, und mein Mann wurde vorgeladen. Es wurde ihm vorgeworfen, dass er die Bibelstunde angesetzt hatte, um die Revolutionsfeier zu sabotieren“

Am 21. Dezember 1950 wurde eine Feierstunde anlässlich des 71. Geburtstages Josef Stalins abgehalten. „In einer von Musikstücken, Gedichten und Liedern würdig umrahmten Feierstunde zum 71. Geburtstag des Generalissimus Stalin, führte FrI. Bals in ihrem Referat aus, dass Stalin aus einer Arbeiterfamilie stammt.“ Anschließend wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen: „Wir zu Ehren des 71. Geburtstages des Generalissimus Stalin versammelten Einwohner der Gemeinde Reetz erklären deshalb, uns verstärkt für die Schaffung der Einheit Deutschlands und damit zur Sicherung des Friedens einzusetzen, indem wir einen umfangreichen Briefverkehr nach Westdeutschland aufnehmen. Wir sind der Meinung, dass wir damit unserem großen Vorbild, dem ersten Friedenskämpfer der Welt, Stalin, die besten Geburtstagsgrüße entbieten.“

Die Protokolle der Gemeindevertretersitzungen verzeichnen eine zunehmende Beschäftigung mit Fragen der Deutschland- und internationalen Politik. Durch einen Brief an den amerikanischen Präsidenten Eisenhower erfuhr das Ehepaar Rosenberg, das in den USA wegen Spionage zum Tode verurteilt wurde, die schriftliche Solidarität der Gemeindevertreter von Reetz: „Auch wir Bäuerinnen und Bauern der Gemeinde Reetz zählen uns zu der großen Friedensfront, die Sie Herr Eisenhower, zerschlagen wollen. Deshalb wollen wir auch zur Erhaltung des Friedens beitragen, indem wir uns zum Tag der Bereitschaft verpflichten in diesem Jahr insgesamt: 121 Schweine, 21.800 kg Milch, 1.830 Stck. Eier als freie Spitzen über unser Soll abzuliefern.“ Solche Resolutionen und Briefe entstanden allerdings nicht in der Gemeindevertretung von Reetz, sondern sie wurden von der Kreisleitung der SED in Belzig vorgefertigt.

Bei Manövern fuhren sowjetische Panzer durch das Dorf, nicht einzeln, sondern hunderte von Panzern. Das bedeutete eine erhebliche Belastung. Menschen hatten Schwierigkeiten beim Schlafen, litten unter dem von den Panzern verursachten Staub und Häuser wurden beschädigt. Die Menschen hatten Schwierigkeiten, die Straße zu überqueren, um zum Acker zu kommen und kamen mittags kaum nach Hause. Dennoch waren die Reetzer der Situation ausgeliefert. Protest dagegen nutzte nichts. Erwin Schulze erzählte: „Es durfte keiner eine gegenteilige Meinung dazu haben. Das war höchstes Politikum, die Manövergeschichte. Wer da irgendwie Kritik geübt hatte und sich aufgelehnt dagegen, der hätte Unannehmlichkeiten gekriegt. Aber gewaltige. Die SED stand voll dahinter. Die waren in der Argumentation den Russen gleichgesetzt. Das waren Friedenshandlungen. Diese Sache war notwendig, um den Frieden in der Welt zu sichern. So wurde argumentiert. Also wenn du nicht für uns bist, bist du gegen uns.“

In jenen Jahren blieb auch die Reetzer Schule vom Kalten Krieg nicht verschont. Im Gegenteil, sie war eine Stätte der politischen Indoktrination. Im Fach Erdkunde hieß die Heimat noch Deutschland, aber von Ausgewogenheit und Objektivität konnte nicht die Rede sein. Über die Bauern in „Westdeutschland“ hieß es: „Trotz fleißiger Arbeit geraten sie immer mehr in Not. Viele von ihnen wurden von Haus und Hof verjagt, weil die amerikanischen Kriegstreiber ihre Dörfer und Äcker in Übungsplätze für die Angriffsarmeen umgewandelt haben.“ In dem Geschichtsheft einer Reetzer Schülerin von Anfang 1952 liest man über die geschichtliche Entwicklung seit dem Ende des Krieges: „Unter der genialen Führung Stalins schreitet das Sowjetvolk sicher vorwärts auf dem Wege vom Sozialismus zum Kommunismus.“

Sogar die Diktate im Fach Deutsch wurden zum Zwecke der Propaganda benutzt. Einige Kostproben aus dem Heft einer Reetzer Schülerin vom 30. November 1951: „Durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution haben die Werktätigen und armen Bauern Rußlands sich von dem Joch der kapitalistischen Ausbeutung befreit...Die Großbauten des Kommunismus geben Zeugnis von den herrlichen Erfolgen, die es unter der weisen Führung Lenins und Stalins erreicht hat. Heute steht die Sowjetunion als festes Bollwerk des Friedens auf der Wacht, um die kriegslüsternen Pläne der westlichen Imperialisten zu nichte zu machen.“ In einem Diktat vom 2. Mai 1952 kann man lesen: „Adenauer, der getreue Lakai des Peterbergs, und sein Anhang, die westdeutschen Imperialisten und Faschisten wollen Deutschland in einen neuen Krieg stürzen. Ihnen und ihrem Werk gilt unser Haß und Kampfansage.“ Es wurde behauptet, die Amerikaner hätten aus Flugzeugen die Kartoffelkäfer auf die DDR abgeworfen. Ein Berichterstatter aus Reetz schrieb im August 1952 in der Märkischen Volksstimme: „Die beiden Jungen Pioniere Heinz Kistler und Wolfgang Gollo haben es sich zur Pflicht gemacht, täglich Kartoffelkäfer zu suchen, In wenigen Tagen sammelten sie 7000 Stück dieser Ami-Plage. Wir sind stolz auf solche Pioniere, denn sie sind ein Vorbild für unsere ganze Gemeinde.“

Nach dem Beschluss der 2. Parteikonferenz zum planmäßigen „Aufbau des Sozialismus“ gab es in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eine Verschärfung des politischen Druckes. „Am 5. Oktober 1953 begingen die Einwohner des Ortes ihr diesjähriges Erntefest. Der Auftakt des Feiertages war ein Festzug, den die werktätigen Bauern in Reetz zu einem Demonstrationzug gegen die Kriegsbrandstifter der USA und ihren Helfershelfern in Westdeutschland gestalteten. Die Losungen, die am Traktor, an den Anhängern und bäuerlichen Fahrzeugen mitgeführt wurden, ließen deutlich genug erkennen, dass unsere werktätigen Bauern von Reetz den Geist unserer Zeit, aber auch die Gefahr eines neuen Weltkrieges, der von Seiten der imperialistischen Mächte den friedlichen Aufbau bei uns in der DDR bedroht, verstanden und erkannt haben. Fort mit Adenauer! – Es lebe die DDR! – Einheit-Frieden-Aufbau! – Vorwärts im Kampf um den Aufbau des Sozialismus, das waren die Losungen, die die Demonstration vervollständigten.“

Der größte Arbeitsgeber in Reetz, Ziegelei- und Sägewerkbesitzer Richard Senst, war am 26. Juli 1947 durch einen Unfall ums Leben gekommen. Die Firma wurde unter dem Namen Geschwister Senst, Sägewerk und Ziegelei weitergeführt. Am 6. März 1953 wurde die Firma „Volkseigen“.

Mitten in der verschärften Kampagne gegen die Kirche trat Pfarrer Dr. Thal seine Stelle an. Während der ersten fünf Monate des Jahres 1953 wurden in der DDR etwa 50 Geistliche, Laienhelfer und Diakone von der Staatssicherheit verhaftet, zirka 300 Oberschüler, die Mitglieder der Jungen Gemeinde waren, wurden von der Schule verwiesen. Die Aktivitäten der Jungen Gemeinde wurden immer weiter eingeschränkt. Dabei haben die meisten nur schöne und durchaus harmlose Erinnerungen an die Junge Gemeinde. Erika Lehmann: „Pfarrer Thal hat die Junge Gemeinde an sich gerissen. Der hat Bücher vorgelesen. Es war wie ein Fortsetzungsroman. Du mußtest das nächste Mal hin. Du wolltest ja wissen, wie es weitergeht. Wenn er das vorgelesen hat, war es so faszinierend, man hat das richtig miterlebt. Wir spielten auch viel.“ Erst mit der Einleitung des von der Sowjetunion verlangten sogenannten „Neuen Kurses“, der eine konziliantere Haltung in der deutschen Frage und einer Revision des forcierten Kurses beim „Aufbau des Sozialismus“ beinhaltete, am 9. Juni 1953 wurde die Kampagne gegen die Kirche entschärft.

Am 16. Juni 1952 konnte man in der Märkische Volksstimme über Reetz lesen: „Auf einer Versammlung gaben 62 werktätige Bauern die Verpflichtung ab, insgesamt 6000 kg. Schweinefleisch, 2400 kg [sic] Milch und 1230 Eier zu Ehren des 60. Geburtstages des Generalsekretärs der SED über das Soll hinaus abzuliefern. Auch ihre Erntearbeiten stehen unter der Losung: ‚Das erste Getreide dem Staat‘“.

Am selben Tag begann der Aufstand der Arbeiter in Berlin, der sich am 17. Juni fast über das ganze Land ausbreitete. Die Unruhen gingen auch nicht am Kreis Belzig vorbei. In Belzig gab es eine Kundgebung auf dem Marktplatz und anschließend zog die Menge zum Kreisamt. Es waren Belziger, unterstützt von Bürgern der umliegenden Orte, vor allem Bauarbeiter der Bahnlinie bei Niemeck. In Reetz versteckte sich der Bürgermeister. In der Reetzer Kneipe an der Belziger Straße wurde gefeiert. Mit dabei war auch der SED-Funktionär Max Jakobowski. „In der Kneipe haben wir gesoffen und gesungen, das ‚Deutschlandlied‘. Ich war Kommunist. Und besoffen. Ich habe gar nichts dabei gedacht. Ich habe mitgefeiert, den Aufstand gefeiert.“ Im Roten Strumpf wurden dann sowjetische Panzer aufgefahren. Sobald diese Nachricht die Kneipe in Reetz erreichte, wurde es ruhiger, die Menschen gingen auseinander.

Reetz auf der Weg zur LPG

John Shreve, Berlin, johnshreve@gmx.de

Nach der Niederlage musste die Landwirtschaft in Reetz einen neuen Anfang machen. Der Acker war in keinem guten Zustand. Der Mangel an Dünger und Arbeitskräften während des Krieges hatte seinen Preis verlangt. 1945 war Reetz eine Gemeinde vorwiegend von Frauen, Kindern und älteren Männern. Die Männer der jüngeren und mittleren Jahrgänge waren tot oder in Kriegsgefangenschaft. Die Frauen trugen die Last dieser Zeit und ernährten die Familien. Gegenüber 273 arbeitsfähigen Frauen zwischen 18 und 50 Jahren standen 83 Männer. Bei der ersten Ernte nach Kriegsende, mussten die Frauen trotz Angst aufs Feld. Martha Fricke erinnerte sich: „Die Frauen gingen immer kolonnenweise, immer mehrere, keine alleine aufs Feld.“ Sie berichtete weiter: „Es hat so furchtbar geregnet, das weiß ich noch, und der Russe hat befohlen, das ganze Getreide einzufahren. Das war klatschnass. Wir haben unsere Pferde genommen und sind rausgefahren und haben Weizen aufgeladen und der hat getropft. Klatschnass. Das mussten wir einfahren. Es war Befehl. Das war der erste Herbst.“ Es musste gedroschen werden, wann man dran war, und sei es mitten in der Nacht, denn Strom war knapp. Tiere wurden von den Besatzern oft geholt, ehe sie ihr volles Gewicht erreicht hatten.

Es war eine „hungrige Zeit“. Trotz niedriger Produktivität musste eine gewachsene Dorfbevölkerung ernährt werden. In diesem Teil Deutschlands hielten sich wesentlich mehr Menschen auf als in der Vorkriegszeit. Flüchtlinge, Vertriebene, Soldaten auf dem Weg nach Hause kamen durch Reetz auf der Suche nach Nahrung. Auch aus Berlin kamen hungrige Menschen, um Habseligkeiten gegen Lebensmittel zu tauschen oder um zu betteln.

Im Herbst 1945 begann die Bodenreform. Die Kreiskommission für Zauch-Belzig stand unter der Leitung von Genossen Wilhelm Bartels. An 6898 „Neubauern“ und Bauern mit wenig Land wurden im Kreis 7417 ha Acker, 6557 ha Wiesen und 29.000 ha Wald übertragen. Weil es überall an Zugvieh, Geräten, Saatgut und Technik fehlte, wurden die Bodenkommissionen in Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe umgebildet. Daraus wurde 1946 die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VDGB). Ihnen zur Verfügung standen zunächst die Technik und Geräte der enteigneten Betriebe. In Reetz wurden durch die Bodenreform 17 ha Acker, 46,3 ha Wiese, 301 ha Wald und 7,4 ha an sonstigen Flächen unter 201 neue Eigentümer aufgeteilt.



LPG-Verteilung von Saatgetreide in Reetz, Foto Hermann Metzky

Kurt Friedrich, der gerade aus dem Krieg nach Hause zurückgekehrt war, erinnerte sich an den Sommer 1945:

„Ich habe mich des Eindrucks nicht erwehren können, daß hier noch kriegsähnliche Zustände herrschten. Das Getreide stand noch ausgewachsen in den Mandeln. Bei der Besichtigung des Viehbestandes stiegen mir die Haare zu Berge. Der Kuhstall war fast leer. Im Schweinestall befanden sich keine Schweine. Im Pferdestall fand ich noch ein Fohlen...Der Acker war total verpödet [d.h. voller Unkraut]. Die Quecken vermehrten sich, der Acker sah fast wie eine Wiese aus. Alles in allem konnten wir von vorn anfangen.“

Ein Aspekt der LPG war die soziale Absicherung, die sie mit sich brachte. Jedes Mitglied kam in ein gesichertes Sozialversicherungs- und Rentenverhältnis. Manche Besitzer kleiner Betriebe hätten sonst keine Rente erhalten. Das hatte besondere Bedeutung, es waren vorwiegend ältere Menschen, die in der Landwirtschaft tätig waren.

Leiter der Bodenreform in Reetz war Ernst Höpfner. Reetz war ein Dorf kleiner Bauern, und kein Reetzer wurde enteignet. Das Land stammte vom Schloss Mahlsdorf. Die Wiesen waren zum Teil von den neuen Besitzern schon gepachtet gewesen. Unter denen, die von der Bodenreform profitierten, waren sogar 21 ehemalige Mitglieder der NSDAP.

Es wurde ein Ablieferungssoll eingeführt, begründet als notwendige Maßnahme, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Erwin Schulze erzählte: „Es gab eben dieses Ablieferungssoll für Pflanzen, sprich Getreide, Kartoffeln oder Ölfrüchte oder Gemüse. Und ebenso gab es für die Tierproduktion ein Ablieferungssoll. Und das richtete sich zum Teil auch nach den Viehbeständen. Die Viehzählungen waren viermal im Jahr. Da hat es einigen Ärger gegeben, wenn die Angaben nicht korrekt waren. Das führte hin bis zur Bestrafung. Die waren da eiskalt und knochenhart.“ Da die Bodenqualität unter den Bedingungen des Krieges gelitten hatte und mineralische Düngermittel nur in begrenztem Umfang vorhanden waren, fiel es vielen Landwirten schwer, das Soll zu erfüllen. Erwin Schulze: „Und so haben einige zu tun gehabt, ihr Ablieferungssoll an den Staat abliefern zu können, weil ihr Acker es einmal nicht hergab und weil sie auch die Voraussetzungen nicht hatten. Die Ackerqualität war auch noch eine ganz entscheidende Voraussetzung dabei. Da dachte man sich Differenzierungen bei der Festlegung des Ablieferungssolls aus. Es war eine Kommission hier bei der Bürgermeisterei. Die hat jedes Jahr die Differenzierung vorgenommen. Da wurde ein bisschen nach den Ackermöglichkeiten die ganze Sache betrachtet und Verschiebungen nach unten und nach oben vorgenommen. Wobei das natürlich auch zu Diskussionen führte. Wer da so in der Kommission war, der wurde meistens etwas mehr nach unten abgestuft. Das hatte den riesigen Vorteil, wenn das Ablieferungssoll erfüllt war, dann konnte man das, was darüber hinaus produziert wurde, zu einem günstigen Preis verkaufen.“ Eine weitere Möglichkeit, die Produktion zu steigern, war die Neulandgewinnung durch Waldrodung oder Wiesenumbruch. Diesem wurde in den Nachkriegsjahren große Bedeutung beigemessen. 1947 wurde von Reetz erwartet, dass 75 ha Neuland gewonnen werden sollten. Geschafft wurden 102 ha. Im Herbst 1948 und Frühjahr 1949 wurden 21,05 ha gewonnen. Nach 1952 kamen 13,97 ha hinzu. Als Anreiz, mehr zu produzieren, wurde die sogenannten „freien Spitzen“ eingeführt. Alles, was über einem bestimmten Niveau produziert wurde, konnte zu Spitzenpreisen verkauft werden. Allerdings von den Landwirten, die nicht in der Lage waren, „freie Spitzen“ zu produzieren, hatten viele Probleme, die Produktion überhaupt aufrechtzuerhalten. In den meisten Fällen waren dies die größeren Betriebe.

Trotz Bodenreform und Neulandgewinnung blieb Reetz ein Dorf der kleinen Bauern. 1953 hatte lediglich ein einziger Betrieb über 35 ha, nur fünf zwischen 20 und 35 ha und vier zwischen 15 und 20 ha. Vierzig landwirtschaftliche Betriebe hatten zwischen 10 und 15 ha und 77 zwischen zwei und fünf ha. Es gab 32 Betriebe mit weniger als 2 ha. Zwar waren einige dieser kleinen Betriebe lebensfähig, aber sie waren von der Unterstützung der Maschinen-Traktoren-Station MTS Wiesenburg abhängig geworden. Die Maschinen-Ausleih-Stationen MAS, wie sie ursprünglich hießen, wurden eingerichtet, um, wie es in der Sprache der Zeit hieß, „die Abhängigkeit der Hauptmasse der werktätigen Bauern von der Dorfbourgeoisie zu beseitigen.“ 1952 hatte die MAS Wiesenburg 17 Traktoren, 16 Pflüge, 2 Kartoffelroder, 4 Dreschmaschinen, 8 Mähbinder und 3 Drillmaschinen und 50 Beschäftigte. Die kleinen Bauern aus Reetz profitierten von dieser Technik, die es ihnen ermöglichte, ihre kleinen Betriebe am Leben zu erhalten.

Die erste Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft in Reetz war die LPG „Grüner Grund“. Zwei große Betriebe, der des verstorbenen Franz Wernicke, nun vom Schwiegersohn Erich Miegel geführt, und Richard Friedrich, Nr. 13 in der Mahlsdorfer Straße, schlossen sich am 20. März 1958 mit Anna Rabinowitsch, Karl Renner und Willi Kalkofen zu einer LPG Typ I zusammen. Die großen Betriebe hatten Probleme, das ihnen auferlegte Soll abzuliefern. Der Zusammenschluss war also nicht freiwillig. Die LPG brachte eine Verbesserung der Situation bei den Arbeitskräften mit sich. Außerdem wurden diverse Vergünstigungen staatlicherseits in Aussicht gestellt. Der erste Vorsitzende wurde Willi Kalkofen. Die LPG führte auch die genossenschaftliche Viehhaltung ein und zwar auf dem gepachteten Hof des verstorbenen Ziegeleibesitzers Richard Senst im Roten Strumpf. Auf einer Parteiaktivtagung des MTS-Bereichs Wiesenburg im August 1958 wurden die Genossen in Reetz aber heftig kritisiert, weil nur ein kleiner Teil der Bürger im Orte genossenschaftlich organisiert war. Die Parteiorganisation Reetz stellt sich jedoch das Ziel, bis Jahresende mindestens 30 Prozent sozialistischen Sektor zu haben.“

Im November 1958 entstand eine zweite Genossenschaft mit fünf Mitgliedern und etwa 42 ha. Beteiligt waren Richard „Amtsman“ Friedrich, der Vorsitzende wurde, Richard Koschmieder, Willi Friedrich, Max Jakubowski und Otto Allrich. Richard Friedrich erinnert sich: „Wir dachten, wir könnten zusammen wirtschaften und Vorteile nutzen, die der Staat für die LPG einräumte. Unter uns haben wir das ausgemacht. Wir haben uns in der Stube bei uns zusammengesetzt. Wir fangen eine LPG an. Sie nannte sich ‚Freie Brandtsheide.‘“

„Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft“, sprich, die endgültige Kollektivierung der Reetzer Bauern, wurde im März 1960 vollzogen, und zwar innerhalb von vier Wochen. Jeden Tag gingen Parteinstrukture und -beauftragten von Hof zu Hof. Erwin Schulze erinnerte sich: „Das wurde so organisiert, dass vier oder fünf oder sieben oder acht zusammenkamen. Diejenigen, die die Überzeugungsarbeiten geleistet haben, waren vorwiegend von außerhalb. Das waren Beauftragte der Partei. Und da hat sich unsere Bauernpartei – ich war auch in der Bauernpartei – die hat sich als Bündnispartner tapfer mitgeschlagen. Die gingen ganz schön massiv zu Werke. Sie wollten uns den Sozialismus tatsächlich beibringen.“

Im Zuge dieser allgemeinen Kollektivierung entstand die dritte Reetzer Genossenschaft, die LPG „Fläminggold“. Viele gingen dann auch zu der LPG „Freie Brandsheide“ und ein paar zur LPG „Grüner Grund“. Vorsitzender der LPG „Freie Brandsheide“, Richard Friedrich, erfuhr nach der Rückkehr von einer Reise, dass die Mitgliederzahl seiner LPG von vier auf 82 gestiegen war. An der Gründung der LPG „Fläminggold“ wirkten vor allem Ewald Friedrich, Hans Kühne, Bruno Senst und Willi Habedank mit. Erster Vorsitzender der LPG „Fläminggold“ wurde Hans Kühne. Sie verfügte über etwa 450 ha und war etwa gleichgroß wie die LPG „Freie Brandsheide“. Insgesamt waren 227 Reetzer Genossenschaftsbauern, die drei LPGs umfassten 1082 ha.

Die Geschichte der drei Reetzer LPGs war allerdings kurz. Am 1. Januar 1962 erfolgte der Zusammenschluss. Unter den Mitgliedern der LPG „Fläminggold“ war viel Unzufriedenheit. Die Ursache waren die Bodenanteile. Richard Friedrich erklärte, dass die Führung der LPG die ehemalige Dorfelite war, „die sechs größten Betriebe, die wir in Reetz hatten. Die hatten die Bodenanteile auf 40% gesetzt. Also 40% der Ernte gehen als Bodenanteile raus und 60% als Löhne oder Produkte für die Arbeiter. Das war so kalkuliert, dass der Großbauer nicht aufs Feld gehen brauchte, weil die Bodenanteile so viel Produkte brachten, dass er sein Vieh ernähren kann. Das hatten dann einige gemerkt. Erst kamen leise Anfragen. Wir hatten nur 20% Bodenanteile, also wurde die Arbeit auch besser entlohnt als da. Die haben gedacht bei den ‚Groten‘ bleiben, dann geht’s dir besser, aber die ‚Groten‘ dachten nur an sich.“ Die Unzufriedenheit wuchs. Die drei LPG-Vorstände trafen sich in der Billiardstube der Gastwirtschaft „Heinrich“ und besprachen die Situation. „Das haben wir unter uns geklärt. Dann waren wir uns doch einig geworden, dass wir nur eine LPG machen.“ Die drei Vorstände wählten Richard Friedrich zum Vorsitzenden der neuen vereinigten LPG.

Erwin Schulze nennt aber andere Gründe für den Zusammenschluss: „Der Zusammenschluss wurde unumgänglich, war eventuell auch absolut notwendig, weil die Ackerstücke der einzelnen LPG ineinander waren, also zwischen einander. Und es gab so viele Flurgrenzen. Die Reetzer Feldmark bestand aus ungefähr 800 bis 900 Flurstücken. Das waren, wir haben immer gesagt, ‚schmale Handtuchflächen‘. So manches Ackerstück ist bloß 15 oder 20 Meter breit gewesen und 300 Meter lang. So bestand die Zerstückelung der Feldflur im ganz schlimmen Maße; da musste etwas passieren.“

Es gab aber Probleme bei der Benennung der neuen, größeren LPG. Jeder wollte den Namen seiner alten LPG durchbringen, und eine Einigung war nicht zu erreichen. Erwin Schulze erzählt: „Ich erinnere mich noch an die Versammlung bei Mehltitz im Saal, da wurde ein Tauziehen veranstaltet, wie die LPG heißen sollte. Und dann wurde der Produktionsleiter für Landwirtschaft, Richard Spittel, beim Rat des Kreises von Belzig, vorstellig. Der hatte die geniale Idee gehabt, den günstigen geschichtlichen Zeitpunkt für die Namensfindung zu nutzen. Denn 1962 hat in Moskau der XXII. Parteitag stattgefunden, und der wurde nun zur Diskussion gestellt. Als Genossenschaftsbauern, die sich solchen hochwertvollen ideellen Namen geben, die werden dann lange mit Würde an dem Namen tragen, so ungefähr wurde die Sache auskostümiert. Dann gab es die altbewährte Methode: wer ist dagegen? Dagegen war keiner, also waren alle dafür und der Name war damit angenommen und kam als Firmenbezeichnung überall vor. Alle haben gefragt, wo habt ihr den her, XXII. Parteitag? Ein besonderer Parteitag war es wohl im Zusammenhang mit Chruschtschow. Da haben sie gegen Stalin Front gemacht.“

Die LPG „XXII. Parteitag“ war eine LPG Typ I. Das bedeutete, dass nur die Feldwirtschaft gemeinsam war. Die Viehwirtschaft hat aber jeder selbst betrieben. Und jedes Mitglied hatte Anspruch auf zwei Morgen individueller Fläche. Die neue LPG verfügte über 810,15 ha Acker, 2,18 ha Wiese und 8,06 ha Wald. In individueller Nutzung der Genossenschaftsbauern blieben 80 ha Acker und 141,45 ha Wiese. Eine Tierzählung ergab 642 Stück Rindvieh (etwa 337 Kühe und 305 Jungrinder), 1784 Schweine (darunter 89 Sauen), 4866 Hühner und 130 Schafe. Den Genossenschaftsbauern gehörten 162 Pferde.

Von der MTS Wiesenburg erhielt die LPG 10 Traktoren mit den notwendigen Anhängengeräten, 2 Mähdrescher, 2 Kartoffelerntemaschinen von Typ E 675, 1 Mähler, 2 Kartoffellegemaschinen, 3 Vielfachgeräte zur Kartoffelbearbeitung und 1 Siebketten Röder.

Es entwickelte sich eine neue Großraumwirtschaft. Wirtschaftswege, die nicht mehr gebraucht wurden, wurden umgepflügt. „Anfangs bestanden nach diesem Zusammenschluss 1962 fünf Brigaden, die etwas alle gleich groß waren und die aber auch einen feststehenden Personenkreis von Mitgliedern in sich einschlossen. Geleitet wurden diese von einem Brigadier. Er betrieb die Abrechnung, verteilte die Naturalien und war sonst für die Organisation innerhalb der Brigade verantwortlich. Jede Brigade hatte auch festzugeteilte Ackerschläge. Die ganze Feldmark war dementsprechend aufgeteilt und den Brigaden zugeordnet. Wir hatten um die 60, 70 Ackerschläge.“ Werner Brehmer machte aber auf die negativen Aspekte der neuen Großraumwirtschaft aufmerksam: „Sie ließ auch alle die kleinen Obst- und Kirschplantagen verschwinden. Auch einzelne Kieferngruppen wurden noch entfernt, es entstand die aufgeräumte Landschaft, wie wir sie heute vorfinden. Wir hatten in den Frühjahrsmonaten schon Tage, dass man vor Staub, der von den großen Flächen weggeweht wurde, nicht die Augen offenhalten konnte.“

Eine neue wirtschaftliche Ordnung entstand. Dazu Erwin Schulze: „Die LPG hatte für ein Aufkommen an Getreide und Kartoffeln zu sorgen und was darüber hinaus produziert wurde, das stand zur Verteilung. Am Jahresende wurden die sogenannten Arbeitseinheiten AE festgestellt. Das war eine Methode, um Arbeit in der Genossenschaft zu bewerten. Es gab einen Normenkatalog, der als Muster vorgegeben wurde. Er wurde jeweils in den LPGs auf den Betrieb bezogen und noch individuell angewandt. Dementsprechend wurde die Arbeit bewertet und in der Summe ergab das am Jahresende eine Anzahl von Arbeitseinheiten. Alles, was verteilt werden konnte, wurde verteilt. 40% wurde für die Bodenanteile entsprechend verteilt. Jeder erhielt einen Anspruch auf Naturalien auf Grund seines eingebrachten Bodens, denn er musste selber dafür auch tierische Produktion bringen. Und die 60% waren dann, nachdem alles festgestellt war, was geerntet wurde, eine feste Größe und um diese 60% wurde die Anzahl der Arbeitseinheiten geteilt. Und daraus ergab sich der Wert der Arbeitseinheiten. Die Leute haben sich alle ein ganz schönes Einkommen schaffen können. In dem Punkte hat es dann eigentlich wenig Unzufriedenheit gegeben. Es wurde nicht als das große Wunder hingestellt, aber den Leuten ging es dabei nicht schlecht. Wirtschaftlich sind wir ganz schön in Gang gekommen damit.“



die Vorsitzenden Herr Krebs (Mitte) und Herr Kärgel (rechts) auf der
Grünen Woche in Berlin *taz.blogs Helmut Höge 20.03.2009*



Quellen (1) Peter Christ und Ralf Neubauer: „Kolonie im eigenen
Land, Rowohlt-Berlin GmbH, 1991
(2) FOKUS Magazin Nr. 19/1996 und FOKUS Online vom 06.05.1996
(3) Deister- und Weserzeitung vom 15.12.2015
(4) wikipedia Enzyklopädie (5) taz Blogs Helmut Höge 13.09.2006

Die LPG Tierproduktion Fresdorf 1990

Manfred Albrecht, Potsdam, manfred.albrecht51@gmx.de

Wahrscheinlich hätte es eines speziellen Gesetzes bedurft, um die LPGen der ehemaligen DDR nach der Wende in eine vorerst einheitliche neue Rechtsform zu überführen. Das hätte zumindest verhindern können, dass die Aktiva dieser Betriebe, damit das Vermögen der Genossenschaftsmitglieder, beliebig veräußert werden konnten. Das wurde aber nicht erkannt, wollte nicht gesehen werden oder war gar nicht beabsichtigt. „Die LPGen hatten in der Umwandlungszeit von der CDU/CSU über den Bauernverband bis zum letzten holländischen Bauern und dem allerletzten schwäbischen Rechtsanwalt so ziemlich alle gegen sich gehabt. Die meisten waren dabei auf der Strecke geblieben, einige nur, weil sie wie gelähmt waren, als selbst ihr eigener Verband und die Bauernpartei zum Feind überliefen“. (5)

Brandenburgs Landwirtschaftsminister Edwin Zimmermann konstatierte: „Da fließen Gelder in dunkle Kanäle. Wenn sich die Hinweise bewahrheiten, wird der Staatsanwalt eine Menge Arbeit bekommen“. (1) Er sollte Recht behalten, denn der Staatsanwalt kümmerte sich auch um die Förderpraktiken des Ministers für seine eigene Familie. Er musste seinen Hut nehmen, Sumpf also bis ganz oben.

Die Umwandlung oder Abwicklung der LPGen vollzog sich tatsächlich mit einer nicht gekannten Eigendynamik, die im Wesentlichen von den handelnden Personen zumeist nicht zu deren persönlichen Nachteil bestimmt wurde. So auch in Fresdorf. Alle hier zusammengetragenen Informationen stammen aus öffentlich zugänglichen Quellen.

Nach der Wende noch zusammen mit der LPG T „Florian Geyer“ Saarmund, Vorsitzender: Herr Kärgel, mit gemeinsamem Stand als Produzent voller Optimismus auf der „Grünen Woche“ in Berlin, schlug das Handeln des Fresdorfer LPG-Vorstandes binnen Wochen um. Bereits im Oktober 1990 wurde auf der Vollversammlung der LPG deren Liquidation beschlossen. Davon betroffen waren auch die Produktionsstandorte in Wildenbruch, Langerwisch und Tremsdorf. Solche Beschlüsse werden im Vorstand vorbereitet. Es fehlte nach Einschätzung des Vorsitzenden Jürgen Krebs neben der Klärung des Altschuldenproblems -„Wir haben das alles versucht, doch mit sechs Millionen Mark Altschulden war das aussichtslos“- (1) „an intellektuellen Kapazitäten, um die LPG als „Eingetragene Genossenschaft“ in die neuen Produktionsverhältnisse zu überführen“. (1)

Doch die Probleme waren tatsächlich wesentlich breiter gefächert. Die meisten der Noch-Genossenschaftsbauern wollten über ihre eingebrachten Flächen wieder selbst verfügen. Einige, wie die Fresdorfer Höfe Walter, Wunderlich und Imme zur eigenen Bewirtschaftung oder Neueinrichtung, die meisten aber, um die Flächen möglichst schnell gewinnbringend zu veräußern. Dabei war die LPG nur im Wege. Selbst die Vorstandsmitglieder der LPG hatten an deren Fortsetzung wohl kein lebhaftes Interesse. In den Dörfern ringsum jagte eine Beratung die andere, immer wieder begleitet vom Austausch von Bösartigkeiten. Golfplätze oder Landwirtschaft? Alternativen keine.

Die „LPG Pflanzenproduktion Saarmund“, geleitet durch Peter Stelzig, kämpfte um den Erhalt zusammenhängender landwirtschaftlicher Bewirtschaftungsflächen und bot den Flächeneigentümern vielfach erfolglos seriöse Pachtverträge an. Auch sie hatte obskure Absatzprobleme, da die einreisenden Lebensmittelketten ihre Produkte einfach nicht aufkauften. So wurden Kartoffeln in Potsdam als lose Ware direkt vom Anhänger verkauft, Getreide vom LPG-Hof und es wurde eine eigene Landfleischerei aus dem Boden gestampft. Die LPG überlebte schließlich als „agro Saarmund e.G.“ und bewirtschaftete neben der Milchviehanlage in der Gemarkung Fresdorf den Großteil der Ackerflächen nicht zuletzt zum Nutzen der Flächeneigner. Heute, umfirmiert in eine GmbH, wird dort sogar eigenes Bier gebraut.

Die Diskussion in den hiesigen Dörfern bestimmten 1990 jedoch die Golfplatzinvestoren, oder die, die sich dafür hielten. Im Großraum Berlin befanden sich zu dieser Zeit sage und schreibe 81 Golfplätze in der Beantragung (5), einer davon für die Gemarkung Wildenbruch, ein weiterer für die Tremisdorfer Gemarkung. Es war mehr oder weniger ein Wettrennen. Wer seine Flächen für eine Golfplatzerrichtung unter Dach und Fach bekam, hatte bei entsprechenden Verbindungen auch berechnete Aussichten auf eine Genehmigung. Und wer im Planungsgebiet gar Flächeneigentümer war, hatte hervorragende Verkaufsaussichten. In dieser Zeit machte der Golfplatz in Wildenbruch Lehnmarke mit den Investoren F. von Bismarck und A. Siddig das Rennen.

Ein wesentlicher Mitstreiter für diesen Golfplatz war der Vorsitzende und Liquidator der LPG „Tierproduktion“ Fresdorf, folgend gar Bürgermeister der Gemeinde Wildenbruch, Jürgen Krebs, in dessen Eigentum sich ein nennenswerter Teil der Flächen für die Golfplatzanlage befand. Einen Interessenkonflikt wollte man wohl nicht sehen.

Mit dem Beschluss der Abwicklung der LPG war auch die Fortsetzung der Produktion der LPG eigenen Gärtnerei „Lehnmarke“ als Hindernis für den Golfplatzbau ausgeräumt und deren Abriss beschlossene Sache. Diese Anlage hätte jedoch ohne größere Investitionen die Wendejahre auch so nicht überlebt. Dazu kamen die Erholungseinrichtungen des ACZ Beelitz, der Zwischenbetrieblichen Einrichtung als agrochemisches Zentrum, finanziert durch das ACZ am dortigen Ufer des Großen Seddiner Sees. Sie wurden schlichtweg vereinnahmt. Das ACZ, selbst in Liquidation, war da kein ebenbürtiger Gegner.

Doch bei der Liquidation der LPG „Tierproduktion“ Fresdorf kam es zu teilweise strafrechtlich relevanten Unregelmäßigkeiten. Die nagelneue Milchviehanlage, kurz vor der Wende für acht Millionen Ost-Mark fertiggestellt, stand als wichtigstes Objekt für die Liquidationsmasse überhaupt nicht zur Verfügung. Sie war bereits zuvor an die Gebrüder Hartmut und Wilfried Seibel aus Aerzen für die Dauer von 12 Jahren verpachtet (1), Hartmut Seidel war als CDU-Mitglied und Verleger Bundestagsabgeordneter und im Treuhandausschuss.

Hartmut Seibel bewirtschaftete bei Hameln einen 70 Hektar-Hof mit 45 Milchkühen. Bereits im September 1991 wollte er in Fresdorf unter Nutzung von 400 Hektar gepachtetem Land mit der Milchproduktion beginnen. Ziel: 500 Milchkühe. Sein damaliger Kommentar: „Hier haben wir die Möglichkeit, in ganz andere Größenordnungen hineinzuwachsen. Das sind amerikanische Verhältnisse“ (1). Der Kommentar des Vorsitzenden Jürgen Krebs: „Herr Seibel hat meine vollständige Unterstützung“ (1). Die Gebrüder Seibel, mit Hartmut Seibel als Bauer und Wilfried Seibel als Finanzier und Kulissenschieber, hatten die „RZMF Rindviehzucht und Milchproduktion in Fresdorf GmbH“ aus dem Boden gestampft, an der auch der Sohn des LPG Vorsitzenden beteiligt war. Der erste Gesellschaftervertrag der GmbH datierte bereits vom 16.11.1990, also unmittelbar nach der Vollversammlung der LPG, auf der deren Liquidation beschlossen wurde. Damit wird deutlich, dass die Weichen für das „wie geht es weiter?“ bereits lange vor der Vollversammlung gestellt waren. Gesellschafter- und Pachtverträge für solche Größenordnungen zaubert man nicht kurzerhand aus dem Ärmel. Dafür haben die „intellektuellen Kapazitäten“ also ausgereicht. Bei einem anschließenden Konkurs der LPG T Fresdorf hätte die Stallanlage durch den Konkursverwalter meistbietend veräußert werden müssen. Als Bieter kämen da letztlich nur die langjährig gebundenen Pächter infrage, der Stallneubau wäre so als Schnäppchen zu haben gewesen (1).

Bei der DSL-Bank Bonn hatte Wilfried Seibel, der aus seiner Funktion im Treuhandausschuss und als Mitglied des Bundestages gemäß einer eidesstattlichen Versicherung eines gut eingeweihten studierten Landwirts gegenüber FOKUS TV vor allem damit beschäftigt war, landwirtschaftliche Flächen anzupachten, bereits drei Darlehen über 1,5 Mio, 0,22 Mio und 1,085 Mio D-Mark für ein „landwirtschaftliches Investitionsvorhaben in Fresdorf bei Potsdam“ beantragt. (2) In diesem Zusammenhang betrat 1993 eine weitere Firma des Herrn Wilfried Seibel die Fresdorfer Bühne, die BRALEG Landesentwicklungsgesellschaft in Brandenburg mbH. Welche Rolle dieser Firma zugeordnet war, ist hier nicht weiter untersucht.

Frau Rita von Feilitzsch, bis Oktober 1990 Schweinemeisterin in der LPG, beschreibt ihre Eindrücke wie folgt: „Wir hatten eigentlich gedacht, dass wir jetzt so richtig loslegen konnten. Doch da kam nichts von Herrn Krebs. Da war nur eine totale Leere“. Sie musste mit ansehen, „wie bei Nacht und Nebel“ westdeutsche Händler „mit einem Koffer voll Geld“ kamen und das Vieh abtransportierten. „Da sind rasch mal 40 Milchkühe verhökert worden, um die nächsten Löhne zahlen zu können...“ (1).

Finanzielle Streitigkeiten gab es auch mit der LPG Pflanzenproduktion Saarmund. Die LPG T Fresdorf weigerte sich, das gelieferte und vertraglich gebundene Futter im Werte von fast 800 000 DM zu bezahlen, da für dessen Verbrauch ja immer weniger Vieh vorhanden war. Erwin Bader, ehemaliger Hauptbuchhalter, jetzt einer der drei Liquidatoren der LPG T Fresdorf, bot dem Vorsitzenden der LPG Pflanzenproduktion Saarmund sogar 30 000 DM in bar an, wenn dieser im Gegenzug auf eine Forderung von 260 000 DM verzichten würde. Peter Stelzig, Vorsitzender in Saarmund, nahm den Umschlag mit dem Geld an, übergab diesen aber der Kriminalpolizei. Gegen Herrn Bader wurde folgend durch die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren mit bisher nicht bekanntem Ausgang eingeleitet (1).

Als Zeuge der dubiosen Geldübergabe ist Herr D.-Martin Hartwig, damaliger Prokurist der LPG Pflanzenproduktion Saarmund angegeben. Hier muss es aber noch tiefer gehende Zerwürfnisse gegeben haben, denn laut Gerichtsurteil durfte Herr Hartwig öffentlich behaupten, Herr Wilfried Seibel, immerhin Bundestagsabgeordneter, „habe im Zusammenhang mit der Auflösung der LPG-T-Fresdorf bei Potsdam mehrere Straftaten begangen; der Tatbestand des Betruges sei ganz eindeutig erfüllt.“ Herr Hartwig hat deshalb beim Landgericht Hannover Strafanzeige gegen Herrn Seibel erstattet.

Seibel wehrte sich mit einer Klage auf Unterlassung beim Landgericht Berlin. Das Landgericht wies seine Klage jedoch mit der Begründung ab, dass die oben zitierten Behauptungen allesamt hinzunehmen seien. Seine Berufung gegen das Urteil zog Seibel zurück (2). Über den Ausgang des Verfahrens in Hannover liegen keine Angaben vor, doch hat Wilfried Seibel für den Bundestag nicht mehr kandidiert (4).

Die Abwicklung der LPG Tierproduktion Fresdorf durch den ehemaligen Vorstand, jetzt Liquidatoren, erbrachte für die damaligen Mitglieder der Genossenschaft keinen Pfennig Gewinn. Im Gegenteil, nach Auszahlung gekürzter Inventarbeiträge mussten sie sich sogar noch gegen Nachforderungen der Liquidatoren wehren. Es bestand unter solchen Voraussetzungen wohl nirgendwo ein Interesse, die tierische Großproduktion in Fresdorf unter eigener Regie aufrecht zu erhalten.

Mit der Übernahme der neuen Milchviehanlage durch die RZMF GmbH begann auch deren finanzieller Niedergang. 1996 wurde hier eine Kuh geboren, die bei der Schlachtung 2001 positiv auf BSE getestet wurde, der erste deutsche BSE-Fall. Fresdorf war damit bundesweit in den Schlagzeilen. Anfang 1997 verließ Hartmut Seibel bei Nacht und Nebel mit dem gesamten Kuhbestand Fresdorf und zog nach Hertefeld um. Die Milchviehanlage wurde folgend durch die „agro Saarmund e.G.“ übernommen, die diese heute noch betreibt.

In Hertefeld setzte sich die finanzielle Talfahrt der Seibel-Firma fort. Mitte 1999 war er gezwungen, Insolvenz anzumelden. Das Hertefelder Gut übernahm folgend Friedrich August Herzog von Oldenburg. Nach Angabe des Insolvenzverwalters war Herr Hartmut Seibel „unbekannt verzogen“. Der Sprecher des Ministeriums des Landes Brandenburg, Herr Schade, konnte dazu nur noch ergänzen, dass „Herr Seibel selten anzutreffen“ war und dass „seine früheren Ställe Problembetriebe“ gewesen wären. Zumindest hat Herr Wilfried Seibel als Finanzier inzwischen seine Ruhe gefunden. Er verstarb am 10.12.2015 in Bad Pyrmont-Oesdorf (3).

Die LPG „Tierproduktion“ Fresdorf ist inzwischen Geschichte, der Golfplatz Lehnmarke hingegen nicht. Dieser ist zweifelsfrei Mitverursacher des immensen Wasserverlustes des Großen Seddiner Sees und damit wiederholt in den aktuellen Schlagzeilen.



Das Haus

Brigitte Wilhelm, Heimatverein Glindow., brigittewilhelm-werder@gmx.de

Das Heimatmuseum Glindow wurde 1997 in dem weitgehend original erhalten gebliebenen Büdnerhaus aus dem frühen 18. Jahrhundert eröffnet. Das sind nun schon fünfundzwanzig Jahre her. Die letzte Eigentümerin des Hauses Anneliese Koch geborene Döring übertrug das Haus 1990 nach ihrem Tod testamentarisch an die Gemeinde Glindow mit einem Wunsch: „Zu meinen Erben bestimme ich den Rat der Gemeinde Glindow. Zum Nachlass gehört ein Grundstück in Glindow, Kietz 3. Der Rat der Gemeinde soll das Grundstück zur Einrichtung einer Heimatstube nutzen.“ Die Gemeinde nahm das Erbe an. Das marode Haus wurde 1993 unter Denkmalschutz gestellt und nach und nach von Grund auf instand gesetzt. Es war ein schwieriger Prozess von Erfolg und Niederlagen und viel Arbeit. Unermüdlich setzte sich der 1994 gegründete Heimatverein für ein Gelingen des Vorhabens ein. Nach vier Jahren Arbeit wurde nicht nur eine Heimatstube sondern ein ganzes Museum eröffnet, in dem der Verein bis heute seine Heimstatt hat.

Die 300-jährige Geschichte des Hauses ist die Geschichte von Menschen. Sie haben das Haus in all den Jahren mit Leben gefüllt: Menschen, die das Haus bauten, Generationen von Familien, die darin wohnten, die Mitglieder des Heimatvereines, die die Geschichte bewahren und fortsetzen sowie unzählige Besucher des Museums in fünfundzwanzig Jahren. Aus der frühen Geschichte des Hauses sind zwei Namen überliefert. Gottfried Dürre wurde 1769 in einer Erbverschreibung erwähnt und Albert Dürre verkaufte das Haus 1893. Aus den Eintragungen in kirchlichen Findbüchern im Domarchiv Brandenburg wurden Lebensdaten über Gottfried Dürre und seine Familie bekannt. Er wurde 1742 in Glindow geboren. Seine Eltern waren Joachim Dürre und Maria Elisabeth, geborene Müller. Sie heirateten 1741 und gründeten eine Familie. Nach Gottfrieds Geburt 1742 wurden noch zwei Kinder geboren, Anna-Dorothea und Andreas. Im Alter von 28 Jahren heiratete Gottfried Dürre 1770 Dorothea-Sophia geborene Krüger. Ihre Kinder waren Sophia, Carl- Friedrich der im Alter von drei Jahren verstarb und Friedrich-Wilhelm. Gottfried Dürre war Pate der drei Kinder seines Bruders Andreas und dessen Ehefrau, Geburtsname L. Liere. Die Taufurkunden waren aufschlussreich hinsichtlich Gottfried Dürres Profession. 1769 wird er als Füsilier (Dienstgrad) in der Königlich-Preußischen Armee bezeichnet, ab 1771 als Ziegelbrenner „allhier“ (in Glindow).



1883 wurde das Haus von dem Ziegeleiarbeiter Albert Dürre an die Eheleute Gottlieb und Friederike Senst verkauft. und blieb die folgenden 100 Jahre bis 1990 im Besitz ihrer Nachkommen. Die Erforschung und Dokumentation der Heimatgeschichte ist ein Schwerpunkt in der Vereinsarbeit. Mit dem vorliegenden Thema anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Museums wurde versucht, der Geschichte neue Facetten hinzuzufügen. Das wird in der Jubiläumsausstellung visualisiert und ist in einer Festschrift nachzulesen. Gegenständliche Sammlungen aus den Lebenswelten von Generationen sind überall im Museum zu finden, bis unter das Dach. Bei einem Spaziergang durch den historischen Glindower Kietz kann man Geschichte entdecken und nachfühlen, „da, wo alles begann“, wie man in Glindow sagt.

An markanten baulichen Merkmalen der Wohnhäuser des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, am Bau der alten Dorfschule (1838) und dem Bau der Kirche (1852/53), am Bau einiger Villen, wie der des Malers Gisevius (1911), bis hin zu einem 2021/22 erbauten neuen Wohnhaus auf historischem Boden kann man Rückschlüsse aus der Geschichte ziehen.

Das Museumshäuschen ist über dreihundert Jahre alt und somit das älteste unter den vorhandenen Häusern. Es wurde zu einer Zeit gebaut, als der von engen Gassen durchzogene und unregelmäßig bebaute Kietz durch die aufkommende Ziegelindustrie als zentraler Besiedlungspunkt an Bedeutung gewann. Nun nach 25 Jahren war es für das alte Büdnerhaus an der Zeit für behutsame denkmalgerechte Erneuerungen, die dank der Unterstützung der Stadt verwirklicht wurden. Es soll als Museum auch in Zukunft Besucher anziehen. Ein Magnet ist die bis heute erhalten gebliebene „Schwarze Küche“, ein fensterloser Raum, der von einem Mantelschornstein überwölbt ist. Hier wurden die Speisen gekocht und Lebensmittel über dem Herd geräuchert, wovon sich die Wände schwarz färbten.

Der Heimatverein hat bei der Heimatgeschichte auch die Zukunft des Museums im Blick und bereitet sich auf einen Wandel der vorwiegend analogen Museumspraxis vor. Digital und analog müssen Hand in Hand gehen. Der Fokus soll dabei auch in Zukunft auf den haptisch erfahrbaren Exponaten liegen. Der Anspruch hat sich jedoch dahingehend verändert, dass diese auch für viele weitere Generationen zugänglich bleiben sollen, wobei Zeitgeschichte – analog wie digital – bewahrt werden soll.



Wohnpark

Heinz Niendorf, Bad Belzig

Ende Juli 2015 kam ich vom Krankenhaus, wo ich mir im Mai bei einer Hüftoperation Keime eingefangen hatte, in den Seniorenwohnpark in Bad Belzig in der Hans-Marchwitza-Straße. Die Bekämpfung der Keime und die damit einhergehende Entzündung nahmen zwei Monate in Anspruch. Die ständige Behandlung mit Antibiotika und das sechsmalige Spülen der Wunde warfen mich total zu Boden, so daß ich im Rollstuhl landete. Obwohl ich hoffte nach einiger Zeit in meine Wohnung zurückzukehren, machte die Kommission zur Festlegung der Pflegestufe dem ein Ende. Zuerst kam ich in ein Zweibettzimmer. Im Januar 2016 erhielt ich ein Einzelzimmer im Parterre. Ich war begeistert. Wenige Meter vor dem Balkon begann der Wald. In das geräumige Zimmer lies ich mir von der Wohnungsauflösung den Bücherschrank, den Schreibtisch, meinen Fernseher, die Anlage mit CD-Platten und den Mini-Bake Heimtrainer mitbringen, mit dem ich zweimal täglich für 20 Minuten die Beinmuskeln stärkte. Die Wände zierten bald Bilder von Forst (Lausitz) meinem Geburtsort, von Potsdam und Dresden, Städte die in meinem Leben eine Rolle spielten. Damit erhielt das Zimmer einen etwas wohnlichen Charakter. Da es an der Ostseite des sechsgeschössigen Gebäudes liegt, kann ich im Sommer ab Mittag im Schatten auf dem Balkon sitzen.

Das Gebäude entstand 1988/ 89 in Großblockbauweise, als der letzte Rest des Klinkengrundes ab der Erich-Weinert-Straße nach Osten, bis kurz vor der Bahnlinie nach Potsdam, mit Wohnblöcken bebaut wurde, die weit über 300 Wohnungen enthalten. „Als der Plattenbau vor der Wende entstand galt er als Luxus. In der DDR mußte man nicht pflegebedürftig sein, um in das Wohnheim zu ziehen. Wer hierher wollte ist hierher gezogen. Für 120 DDR- Mark im Monat gab es Vollverpflegung und ein sehr schönes zu Hause. 201 Betten gab es in Ein- bis Vierbettzimmern mit Balkon. 2002 wurde der gesamte Wohnblock komplett saniert. Die Zimmer erhielten Bäder mit Duschen und wurden in Ein- und Zweibettzimmer umgewandelt. Das Haus hat eine Wäscherei, Fernsehen, einen Friseur und einen Manikürsalon sowie eine Bibliothek. Mit 100 Mitarbeitern bietet der Seniorenwohnpark und die Medina im selben Haus viel. Doch damit ist er teurer geworden und nur noch für pflegebedürftige Menschen offen.“ Das steht in einem Artikel der Märkischen Allgemeinen von 2019 zum 30-jährigen Jubiläum des Hauses.

Mir erzählten Pflegerinnen, die zu dieser Zeit schon hier arbeiteten einiges. Denn während der Sanierung konnten die Bewohner nicht im Hause bleiben. Sie mußten für längere Zeit nach Schmerwitz ausweichen. Die gesamte Sanitäranlage wurde erneuert, Zimmer umgebaut, neue Fenster und Türen eingebaut, Außentreppen für den Notfall installiert und vieles mehr. Das Aus- und Wiedereinziehen der Bewohner bedeutete viel Aufregung und große Anstrengungen für die Pflegekräfte, wie auch für die Bewohner. Doch die Rückkehr hieß nicht das Ende der Umbauarbeiten. Viele Handwerker hatten ihre Arbeiten noch nicht fertig. Lärm und Staub blieben noch eine ganze Zeit und waren sehr unangenehm.

Mit mir begann es auch weiter zu gehen. Durch Übungen kräftigte ich mich und wurde durch Ergo- und Physiotherapie unterstützt. Ich wollte nun, daß die abgebrochene Hüftoperation zu Ende geführt wird. Das sollte in der Oberlinklinik in Babelsberg erfolgen. Doch das dauerte. Inzwischen war auch die andere Hüfte fällig. Am 1. März und am 8. März erfolgten beide Operationen. Da war ich 91. Anschließend an die drei Wochen im Krankenhaus bekam ich fünf Wochen Reha in Lehnin. Dort erhielt ich jeden Tag 30 Minuten Physiotherapie. Gepaart mit viel Willen schaffte ich das Laufen mit dem Rollator zu lernen. Als ich nach acht Wochen wieder in das Heim kam und mit dem Rollator in den Speiseraum ging, gab es ein großes Staunen und Hallo. Bis zum Beginn der Corona-Pandemie 2019 fand im Heim jeden Monat eine Veranstaltung statt. Jede stand unter einem Motto wie Winterfest, Fasching, Sommerfest, Oktoberfest, Apfelfest, Lichterfest usw. Jedes beginnt mit Torte, Kaffee und Kuchen. Dann treten Akkordeonspieler, die Görzker Feuerwehrkapelle oder Alleinunterhalter auf und machen Spaß und gute Laune. Dazu gibt es Wein, Bier, Apfelschorle zu trinken und Eierlikör und manchmal ein Glas Sekt zum Anstoßen. Diese Veranstaltungen finden im Sommer auf dem Hof statt und im Winter oder bei schlechtem Wetter im großen Speisesaal. Am zweiten Advent wird im Hof ein Weihnachtsmarkt aufgebaut und ein Posaunenchor spielt Weihnachtsweisen. Es gibt Weihnachtsstollen, Bratwurst, Zuckerrübe, Glühwein und Quarkkeulchen. Zu Weihnachten kommt der Weihnachtsmann. Er hat natürlich eine Rute bei und wird von einem Engel begleitet. Er bringt jedem Bewohner ein Geschenk mit seinem großen Sack. Das Herzstück des Hauses sind die Pflegekräfte. Die Anzahl der Fachkräfte und der Hilfskräfte halten sich etwa die Waage. Es gibt auch eine Tagespflege und einige Zimmer sind für die Kurzzeitpflege vorgesehen, damit Personen die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, Urlaub machen können oder wenn sie selbst einmal ins Krankenhaus müssen. Die Leitung des Hauses hat an alles gedacht und sorgt für viele Dinge. Eine große Anzahl von Aktivitäten werden angeboten. Sport und Gedächtnistraining vor allen Dingen, denn über die Hälfte der Bewohner ist von Demenz betroffen.

Alles soll Spaß machen, weil Lachen gesund ist. Dazu tragen vor allem die Mitarbeiterinnen bei, die Lesungen oder Fragen- und Antwortspiele machen oder Volkslieder mit den Bewohnern singen. Es gibt Brett- und Kartenspiele. Heimbewohner, wenn sie wollen, können beim Spargelschälen helfen oder sich anderwertig betätigen. Das ganze Haus wird den Jahreszeiten entsprechend dekoriert. Der Pfarrer kommt ins Haus um eine christliche Stunde abzuhalten. Geburtstage werden gewürdigt und Gestorbenen wird gedacht. Ein Bewohnerbeirat stellt mit gewählten Mitgliedern die Verbindung zwischen Bewohnern und der Heimleitung her. Die Ergebnisse seiner Tätigkeit werden in Aushängen monatlich allen Bewohnern zur Kenntnis gebracht. Regelmäßig besuchen Hausärzte ihre Patienten im Heim. Auch Fachärzte wie Hautarzt, Zahnarzt und Urologe kommen ins Heim. Die von den Ärzten verordneten Medikamente werden von der Apotheke beschafft und den Bewohnern entsprechend der Dosis und der Tageszeit gegeben. Anordnungen für Verbände, Spritzen usw. werden gemacht. Monatlich erfolgen Gewichtskontrollen und Blutdruckmessungen. Zu bestimmten Untersuchungen wie z.B. beim Augenarzt und im Krankenhaus werden Krankentransporte bestellt. Den Bewohnern werden alle Wünsche erfüllt die machbar sind. Den Pflegekräften kann nur ein „Sehr gut“ für ihre schwere und verantwortungsvolle Tätigkeit ausgestellt werden. Leider wird ihre Arbeit bisher nicht gewürdigt wie es notwendig wäre, Händeklatschen genügt nicht. Seit dem die Corona-Pandemie grassiert hat die Heimleitung bisher durch besonnenes Handeln dafür gesorgt, daß es im Heim zu keinem Fall der Infizierung kam. Diese Pandemie verlangt auch von den Bewohnern Einschränkungen, die im Interesse aller zu tragen sind.



TREFFEN
ehem.
76 I.D.
in
BRÜCK
25. - 29. 9. 96



Kameradschaftstreffen

Heinz Niendorf, Bad Belzig

1991 las ich in der MAZ eine Notiz der Kameradschaft der ehemaligen 76. Infanterie – Division Berlin – Brandenburg e.V. . Darin wurde zu einem Treffen ehemaliger Angehöriger der 76.I.D. eingeladen. Ich kam im April 1943 mit 18 Jahren zu dieser Division, die nach Stalingrad in Frankreich im Raum Redon zwischen St. Nazaire und La Baule am Atlantik neu aufgestellt wurde. Das ist in diesem Jahr im April genau 80 Jahre her. Unfaßbar, daß ich das erlebe. Eventuell bin ich mit 98 Jahren bei klarem Kopf und mit der Gesundheit zufrieden.

Wir erhielten in Frankreich die Tropenimpfung und Afrikauniform und kamen nach Italien. Es hieß, daß wir zu Rommels Afrikakorps kommen. Doch als das kapitulierte, wurden wir zur Entwaffnung der italienischen Soldaten eingesetzt, da Italien gegenüber den Alliierten am 09. September 1943 kapitulierte. Schliesslich befahl Hitler die 76.I.D. nach Rußland zu schicken. Am 24. Oktober 1943 wurden wir in Pisa verladen und mit der Bahn 2000 Km bis nördlich der Krim, westlich des Dnepr gebracht. In der Front lösten wir die SS- Division „Totenkopf“ ab. Von drüben wurden wir mit Lautsprecher begrüßt und gesagt, daß uns ein zweites Stalingrad bereitet wird. Am 14. November deckten uns hunderte sowjetischer Geschütze mit einem eineinhalb Stunden dauernden Trommelfeuer ein. Danach waren nur noch 11 Mann von unserer Kompanie übrig.

Am 1. Dezember 1943 wurde ich mit nicht ganzen 19 Jahren zum Unteroffizier befördert. Auf die Notiz in der MAZ hin nahm ich in den 1990-er Jahren an den jährlichen Treffen der Kameradschaft teil. Am 27. September 1996 fand ein solches Treffen in der Kaserne in Brück statt. Vorsitzender der Kameradschaft mit 600 Mitgliedern war Generalmajor Jochen Löser, der im Laufe des Krieges vom Leutnant zum General aufstieg, Ritterkreuzträger war und nach dem Kriege in der Bundeswehr eine Division befehligte. Günther Lindow, ein ehemaliger Gefreiter, fungierte als Geschäftsführer der Kameradschaft. Bei dem Treffen in Brück hatte ich Gelegenheit das Buch „Bittere Pflicht“, die Divisionschronik, zu erwerben, die durch mehrere Angehörige der Division unter Leitung von Jochen Löser entstand. Ich fand unter den etwa 30 Anwesenden, keinen alten Kameraden. Außerdem war ich scheinbar der jüngste, 1925 geboren, denn die meisten mußten bedeutend älter sein. In den Diskussionen hörte ich die Sorge, was aus der Kameradschaft wohl in den Jahren werden soll.

Das Treffen setzte sich dann in Eiche bei Potsdam fort, das wir mit einem Bus erreichten. Dort fand ein Gefallenengedenken am Gedenkstein in der Havellandkaserne statt. Anschliessend besuchten wir die Traditionsräume der 76.I.D. in der Kaserne. Hier wurde ein Überblick mit Karten, Ausrüstungen verschiedener Art, Feldpostbriefen usw. über den Frankreichfeldzug, den Kämpfen im Osten bis zur Kapitulation in Stalingrad, dem Neuaufbau in Frankreich bis zum bitteren Ende in Rumänien am 8. Mai 1945 gegeben, wo dann wieder alle in Kriegsgefangenschaft kamen, wie im Februar 1943 in Stalingrad.

Ich kam im Januar 1944 zur Feld-Uffz.-Schule nach Deba bei Krakau und dann ins Lazarett, weil ich die Ruhr hatte. Von dort ging es zum Ersatz-Bataillon nach Potsdam, wo ich Genesungsurlaub erhielt und danach zum Waffen- und Geräte-Uffz. ausgebildet wurde. Als solcher erhielt ich den Marschbefehl an die Front zu einer Kompanie der 208. Infanterie Division, die sich durch Polen und die Tschechoslowakei nach Schlesien zurückzog. So stand ich am 8. Mai 1945 praktisch vor der Haustür.

In Eiche wurde anschliessend in der nahen Gaststätte „Landhaus Onkel Emil“ zu Mittag gegessen. Danach sollte es mit dem Bus nach Belzig gehen, wo der Tag bei Unterhaltung und Kaffee und Kuchen auszuklingen gedacht war. Während des Essens wurde mir übermittelt, daß ich nicht in den Bus einsteigen soll, sondern von einem Kameraden in seinem privaten PKW mitfahren würde. Der Kamerad stellte sich mir dann vor und bat mich einzusteigen. Erst jetzt erfuhr ich, daß ich neben dem Arzt von Stalingrad saß. Er sagte, daß wir schneller als der Bus in Belzig sind und ich ihm Belzig zeigen sollte, weil er gedachte mit seiner Familie Belzig zu besuchen. Er erzählte mir einiges von den Kämpfen in Stalingrad und wie er sich selbst ein Bein amputierte, ganz ohne Narkose. Er kam aus der russischen Kriegsgefangenschaft in Workuta erst 1953 mit den letzten Kriegsgefangenen frei. Die zehn Jahre war er dort als Lagerarzt tätig. Dann erzählte er mir, daß er mit Frau und Tochter über Moskau nach Workuta flog, um ihnen dort alles zu zeigen. Wörtlich sagte er: „Als wir an dem Blockhaus mit der Schule vorbei kamen, sagte ich zu meiner Tochter: „Siehst Du hier wärest Du zur Schule gegangen, wenn ich die Schwester geheiratet hätte, die mir assistierte.“

Wir kurvten dann durch Belzig und ich erzählte ihm einiges über Sehenswürdigkeiten und vergaß nicht etwas über die schöne Umgebung mit Wälder, dem Park in Wiesenburg und der Burg Rabenstein zu ergänzen. Das gemütliche Beisammensein fand dann im Burghotel statt. Als der Restaurantpächter Klaus Hartmann mich sah, fragte er mich: „Du gehörst auch zu dem Haufen, wo einer mit dem Ritterkreuz am Bande herumläuft?“. Er hat mir nicht zugetraut einige Jahre am

Krieg teilgenommen zu haben. Der Ritterkreuzträger war ein ehemaliger Oberstleutnant. Während der losen Unterhaltung warb der Geschäftsführer, Kamerad Günther Lindow, für Vorhaben der Kameradschaft: „Vom 12. bis 16. Juni 1997 wollen wir an den Feierlichkeiten der 23. R.I.C. in Esnes – en – Argonne und Verdun teilnehmen. Am 14. Juni 1940 wurde die Höhe 304 bei Esnes – en – Argonne und nach Mare und Bois das dritte der drei Forts nordwestlich von Verdun, Vacherauville, von einem Stoßtrupp des 1. Batallions des Regiments 178 unter Führung von Leutnant Naue erobert, der dafür das Ritterkreuz erhielt. Vom Bürgermeister von Verdun werden wir empfangen und am Ehrenmal des Regiments d' Infanterie Coloniale und unserem Ehrenmal gemeinsam an den Feierlichkeiten teilnehmen. Anschließend wollen wir nach Redon und in die Bretagne reisen, wo 1943 die Neuaufstellung der Division nach Stalingrad stattfand. Für den 15. Mai 1999 ist eine Reise nach Wolgograd/ Stalingrad geplant, um an der Einweihung des großen Soldatenfriedhofs bei Rossoschka teilzunehmen. Die 76. Inf. - Div. war 1942/43 im Nordriegel bei Rossoschka eingesetzt und hatte dort die größten Verluste erlitten. Rossoschka war der letzte Friedhof am Hauptverbandsplatz unserer Division im Kessel. Nach Stunden angenehmer Unterhaltung ging dieser ereignisreiche Tag des Treffens alter Kameraden zu Ende.



Kriegsgott und Friedensgott

Gerke Pachali, Pfarrer im Ruhestand in Krahnhe

Drei Sprachen braucht man zum Theologiestudium. Latein und Griechisch hatte ich in einem altsprachlichen Gymnasium im damaligen Westberlin gelernt. Für Hebräisch habe ich noch einen Schnellkurs gebraucht. Inzwischen ist das mehr als 60 Jahre her. Da bin ich schon etwas stolz darauf, dass ich die hebräische Schrift auf der Wetterfahne der Bricciuskirche in Bad Belzig lesen kann. Sie heißt auf Deutsch: „Gott ist mein Feldzeichen“. So steht es in der Bibel, 2. Mose 17,15. Als das Volk Israel in der Wüste unterwegs war, kamen ihm die Amalekiter zum Kampf entgegen. Die Israeliten siegten „mit der Schärfe des Schwertes“. Ihr Anführer Mose baute an der Stelle einen Altar und nannte ihn „Gott ist mein Feldzeichen“. Gott ist hier ein Gott des Krieges. Seitdem sind die Amalekiter die „Erbfeinde“ Israels.

Könnten wir diesen Kriegsgott beiseite legen? Das ist doch lange her. Aber dieser Kriegsgott reicht bis in unsere Zeit hinein: Über die Zeit, als Kaiser Konstantin im Jahr 312 seinen Gegner mit dem Feldzeichen des Kreuzes besiegte. Über die Zeit der alten Preußen, die „mit Gott für König und Vaterland“ Kriege führten. Über die NS-Zeit, da die Soldaten „Gott mit uns“ auf dem Koppelschloss tragen mußten, bis in die Zeit der Bundeswehr. „Helm ab zum Gebet!“ heißt es im Großen Zapfenstreich. Keinen religiösen Bezug hatte nur die NVA.

Aber schon in alten Zeiten haben die Propheten den Gott des Friedens angesagt, den Friedefürsten, Jesaja 9. Auch diese Ansage reicht bis in unsere Zeit. Friedensgott oder Kriegsgott? Vielleicht ist es gut, dass kaum jemand hebräisch kann.

Zwei Anmerkungen zu der Wetterfahne: - Die Form ist ein Drachenkopf, ein Symbol des Teufels, des Bösen. Dahinter steht die Vorstellung, dass man Böses mit Bösem vertreibt, den bösen Blitz mit dem bösen Teufel. - Der Stern erinnert entfernt an den Davidstern, aber er besteht nicht aus zwei gleichseitigen Dreiecken. Vermutlich ist der „Stern aus Jakob“ gemeint, 4. Mose 24, ein Kriegsheld, der die Feinde zerschmettert, auch die bösen Amalekiter.



Lateinisch in Pernitz

Gerke Pachali, Pfarrer im Ruhestand in Krahnhe

Pernitz ist seit 1957 ein Ortsteil von Golzow. Die kleine Kirche liegt direkt an der B 102. Als sie vor mehr als 300 Jahren neu ausgemalt wurde, war in Golzow der Pfarrer Peter Weitzke tätig. Er war ein Freund der lateinischen Sprache. Im Brandenburger Domarchiv habe ich mehrere theologische Texte von ihm gefunden, die er in Latein aufgeschrieben hat. Vermutlich hat er sich auch diese „Geheimschrift“ ausgedacht. Sie steht auf dem Schalldeckel über der Kanzel. Ein Freund von mir konnte sie nur mit zwei Aufnahmen erfassen. Weitzke hat sie wahrscheinlich für den Maler aufgeschrieben, und der hat sie abgemalt ohne den Sinn zu verstehen. So sind ihm Fehler und falsche Wortzusammenstellungen untergekommen. Der richtige Text heißt in der lateinischen Bibel, der sogenannten Vulgata: „PRAEDICA VERBUM, INSTA OPPORTUNE, IMPORTUNE: ARGUE, OBSECRA, INCREPA IN OMNI PA(TIENTIA)“, auf Deutsch: „Predige das Wort, stehe dazu, es sei zur Zeit oder zur Unzeit, weise zurecht, drohe, ermahne mit aller Geduld.“ Das steht in der Bibel in der Lutherübersetzung als Rat an einen Prediger (2. Timotheus 4,2). So ist die „Geheimschrift“ aufgeklärt.

Unklar bleibt, warum Pfarrer Weitzke diesen Text lateinisch anschreiben ließ. Niemand in Pernitz konnte Latein. War er der Mode seiner Zeit gefolgt, als er die Sprache der Gelehrten nahm? Wollte er stolz auf seine Bildung zeigen? Ich weiß es nicht.



Borstelmann



Lübnitz



Rottstock



Zixdorf

Die Glocken

Winfried Kuntz, Bad Belzig, nazard@web.de

Morgens um 8.00 Uhr, mittags um 12.00 Uhr oder abends um 18.00 Uhr sind von drei Kirchen in unserer Kreisstadt die Glocken zu hören, die einen reizvollen Dreiklang ergeben und die Bewohner an eine alte Tradition erinnern. Das Läuten von Glocken war immer ein Zeichen für eine Einteilung des Tages, für eine Ordnung, innerhalb derer ein Gemeinwesen funktioniert. Bevor die Sirene erfunden wurde war die Glocke auch die schnellste Möglichkeit, Signale oder Botschaften weiterzugeben und nicht selten hat das Glockenläuten auch viele Menschenleben gerettet, etwa bei Sturmfluten an der Küste oder beim Brand von Städten.

Glocken hatten und haben sowohl weltliche, wie auch geistliche Aufgaben: Die Schulglocke ruft noch heute mancherorts zum Unterricht, die Rathausglocke lädt zu Sitzungen oder Feierlichkeiten ein, die Vesperglocke gemahnt an den Feierabend und die Friedensglocken erinnern an schlimme Zeiten und die Menschen, die diese noch immer zu erleiden haben. Jede Glocke bekommt bei ihrem Guss einen Auftrag, auch im Bereich der Kirche. Da gibt es die Taufglocke, die Totenglocke, die Gebetsglocke oder die Sonntagsglocke. In früheren Zeiten waren die Menschen sensibler im Hören und wussten, was die jeweilige Glocke gerade verkündete.

Im Fläming gibt es seit dem 13. Jahrhundert Bronzeglocken, deren Entwicklung immer wieder durch Kriege, in welchen sie eingeschmolzen wurden, unterbrochen wurde. Zuckerhutglocken aus dieser Zeit hängen noch in Mörz, Dahnsdorf und Brück-Rottstock. Die Preußnitzer Kirche hat die älteste – und zweitgrößte – der Belziger Glocken in einem Glockenschauer vor der Kirche hängen. Datiert auf das Jahr 1481 trägt sie den damals häufig aufgegossenen Spruch: „o rex gloriae, veni cum pace“, O König der Ehren, komme in Frieden. Sie wiegt ca. 700 kg und ist ein prachtvolles historisches Musikinstrument. Weitere Glocken des 15. Jahrhunderts finden sich in Kuhlowitz mit einer Marieninschrift, in Fredersdorf, Hohenwerbig und Schwanebeck.

Die Bricciuskirche beherbergt eine Glocke des bedeutenden Gießers Heinrich Borstelmann aus Magdeburg aus dem Jahr 1618. Vom selben Meister stammen die Lühnsdorfer und die Klein-Gliener Glocke, von 1598, welche leider sehr unvorteilhaft aufgehängt ist, so dass ihr Klang stark entstellt wirkt. Die über viele Generationen tätige Glockengießersippe Heinze aus Spandau goss die Benkener Glocke 1683 und von George Billich aus Wittenberg stammt die kleine Glocke in Bergholz, gegossen 1680. Die stattliche Werbiger Glocke stammt aus dem Jahr 1777, aus dieser Zeit ist auch die Uhrschlagglocke der St. Marienkirche, ganz oben in der Turmlaterne.

Glocken sind nicht nur ungemein langlebige und musikalisch faszinierende Musikinstrumente, sie sind häufig auch Kunstobjekte mit geradezu verschwenderischen Verzierungen, obwohl man diese ja nur sieht, wenn man sich ihnen im Turm nähert: So finden sich auf Glocken von Meister Borstelmann häufig eine reliefartige Kreuzigungs-szene, auf von Gutsherren gestifteten Glocken das herrschaftliche Wappen und meistens mehrere Zierringe, Palmen- oder Lindenblätter und auch Weinlaub. Die Lübnitzer Nikolausglocke zeigt diesen Heiligen mit Bischofsstab und über die im Mittelalter üblichen Wallfahrten kamen auch Pilgerzeichen in Form von Medaillons aus Wilsnack, Köln, Belgien oder Aachen auf brandenburgische Glocken. Besonders schön und rührend sind auch – ganz profan - die Namen der Hufner, die die Glocke initiiert haben und Mädchenköpfe an den Kronenhaken der kleinen Glocke in Zixdorf – verschwendete Innigkeiten!

Welche Glocken bis zum 1. Weltkrieg in St. Marien läuteten wissen wir nicht. Das Jahr 1917 bedeutete einen großen Aderlass für sämtlichen deutschen Kirchtürme, denn die Kriegsindustrie forderte Bronze für Kanonen und Geschütze. Wahllos wurden wertvollste Geläute dem Irrsinn geopfert und das Schweigen vom Turm – auch in Belzig – war sicherlich dröhnend laut! Im 2. Weltkrieg ging es weiter und noch einmal 40.000 Glocken wurden in Hamburg und Rostock gesammelt, verhüttet und zu Devisen für die Kriegsmaschinerie gemacht. Davon haben sich die meisten Kirchtürme im Fläming bis heute nicht erholt und statt 3 oder 2 Glocken verblieb nur die Kleinste, und betrauert klingend die leeren Plätze ihrer Schwestern. In der St. Marienkirche wurde nach dem 1. Weltkrieg der jetzige, massive Eichenglockenstuhl 1922 eingebaut, um die aus Torgau stammenden Stahlglocken aufzunehmen. Diese bestimmen nun seit 100 Jahren das Klangbild der Kirche mit ihrem dumpfen, obertonarmen Klang. Nach den Weltkriegen waren Edelmetalle rar und man verwendete Eisen, Stahl oder Silicium als Ersatz für Bronze, welches jedoch mit Abstand die besten Klangeigenschaften besitzt.

Die Glocke der St. Bonifatiuskirche hingegen wurde 1932 mit der neu-gebauten Kirche installiert und ist aus Bronze, ebenso die Glocke der Gertraudkapelle, welche 2014 in Lauchhammer gegossen wurde. Leider hat diese Traditionsgießerei ihre Glockenproduktion 2018 ein-gestellt, die letzten Exemplare von dort hängen in Möritz und Locktow.

Ebenfalls im Ruhestand ist der Wanderglockengießer Peter Glasbren-ner, der 2011 auf der Burg Eisenhardt die klangschöne Lübnitzer Glo-cke erschaffen hat und 2012 die große Glocke in Brück-Rottstock goss. Sie ist ein Meisterwerk ersten Ranges, eine der schönsten Glo-cken im Fläming!

So haben wir also 6 Läuteglocken in Bad Belzig, derer drei täglich zu hören sind: Der helle Klang vom Bricciusberg, die feierliche Stimme von St. Bonifatius und der dunkle Klang von St. Marien. Sie erinnern uns an die Stufen des Lebens, an den Rhythmus eines Werktags und an ein sehr seltenes Handwerk, welches im Aussterben begriffen ist.



Rottstock



„Gegen die Vergewaltigung durch die Deutschen Christen bei der Kirchenwahl“

Detlef Fechner, Wittbrietzen, detlef-fechner@web.de

Als Pfarrer Johannes Wolff am 15. August 1945 nach vierjähriger Soldatenzeit und Gefangenschaft wieder nach Wittbrietzen zurückkehrte, waren dies seine ersten Zeilen in dem aus dem Versteck geholten Protokollbuch des Gemeindegemeinderates: „Am 23. April 1945 sind die Russen in Wittbrietzen eingezogen. Die darauf folgenden Wochen waren z.T. sehr schwer und unerfreulich. So seltsam es später klingen mag, die Russen haben uns von der z.T. geradezu irrsinnigen Verfolgung durch die Hitlerbonzen befreit. Nun können manche Dinge, die vor Bonzen, Polizei und Gestapo versteckt werden mußten, wieder hervor geholt werden. Manches wird erst noch später erscheinen, denn ich bin 4 Jahre Soldat gewesen. In meiner Abwesenheit mußte manches umgeräumt und neu versteckt werden, sodaß mir selbst der Ort oft nicht bekannt ist. So habe ich auch das Protokollbuch wieder hervor geholt, damit es seinen Dienst wieder übernehmen kann. Daß manche Sitzungen nicht protokolliert worden sind, bedaure ich selbst am meisten. Sie könnten die Kunde weiter tragen, wie hervorragend der GKR in all den Jahren gearbeitet hat.“

Welche dramatischen Ereignisse müssen sich in diesem Ort zugetragen haben, dass dieser Pfarrer, der Anfang 1933 noch voller Hoffnung das „nationale Erneuerungswerk der Nationalsozialisten“ begrüßt hatte, der Hitler fast als Heilsbringer betrachten konnte und schließlich selber Mitglied der NSDAP wurde, zu solch einem bitteren Urteil kommt? Über seinen inneren Sinneswandel schweigen die überkommenen Unterlagen weitgehend. Die äußeren Ereignisse sind jedoch beredend genug, diesen Sinneswandel glaubhaft und nachvollziehbar werden zu lassen. Schließlich brachten sie Wolff etliche Inhaftierungen, 15 Hausdurchsuchungen und zwei fast einjährige Zwangsversetzungen ein. In die Geschichtsbücher sind diese Konflikte als Zeit des Kirchenkampfes bzw. als Auseinandersetzung zwischen den 'Deutschen Christen' und der 'Bekennenden Kirche' eingegangen. Diese zunächst innerkirchlichen Auseinandersetzungen hatten von Anfang an eine brisante politische Dimension, da sich die Bekennende Kirche massiv gegen die Vereinnahmung und Gleichschaltung durch einen totalitären Staat zur Wehr setzte und gegen eine Verfälschung und Entstellung der biblischen Botschaft eintrat.

Pfarrer Wolff, vermutlich zur Zeit seines Dienstantritts in Wittbrietzen 1930, Foto: Pfarrarchiv Wittbrietzen

Als der 28-jährige und unverheiratete Johannes Wolff am 1. März 1930 in Wittbrietzen mit der Filiale Salzbrunn/Birkhorst seine erste Pfarrstelle antrat, konnte er bereits auf bemerkenswerte Welt- und Lebenserfahrungen zurückschauen. Geboren am 6.7.1901 und aufgewachsen als Sohn eines Missionars in Tandala im ehemaligen Deutsch-Ostafrika, kam er 1914 mit seiner Familie zurück nach Berlin. Seinem Abitur am berühmten Berliner Gymnasium zum Grauen Kloster folgte ein Theologiestudium in Rostock und Berlin sowie ein Vikariat in Konstantinopel. Trotz seiner großstädtischen Weltläufigkeit scheint er in der eher bäuerlichen Gemeinde von Wittbrietzen gut Fuß gefasst zu haben. Dies bezeugen insbesondere die Protokolle der Evangelischen Frauenhilfe, in der sich mit über 100 Mitgliedern Frauen aus zwei Dritteln aller Wittbrietzener Familien engagierten. Höhepunkt dieser ersten Jahre von Wolff war das groß gefeierte 25-jährige Vereinsjubiläum der Frauenhilfe am 3. Juli 1932, bei dem über 500 Gäste an langen Kaffeetafeln bewirtet wurden und die vier Chöre der Gemeinde fröhlich aufspielten und sangen. Nach Ausweis der überkommenen Zeitungsartikel und Protokolleinträge muss es ein großes Fest der Freude und Harmonie gewesen sein, auch zwischen Wolff und Eva Helm, der Vereinsvorsitzenden und Frau des Lehrers und Organisten Ernst Helm. Das Jahr 1933 sollte jedoch alles ändern.

Die Übernahme der Kanzlerschaft durch Hitler am 30.1.33 scheint im Dorf zunächst auf größte Zustimmung gestoßen zu sein. Laut einem Schreiben der Staatspolizeistelle soll es Mitte 1933 noch 150 Mitglieder der NSDAP bei ca. 750 Einwohnern gegeben haben. Wolff scheint erst Anfang 33 der Partei beigetreten zu sein, denn in einem seiner ersten Rechtfertigungsschreiben notiert er im Spätsommer diesen Jahres: „... Es widerspräche meiner Art, denn ich bin mit Leib und Blut unserem geliebten Führer geschworen und arbeite, wo ich kann, für die Verwirklichung seiner Ideen. Die 4 Jahre, die ich jetzt Pfarrer bin, sind ein vierjähriger ununterbrochener Beweis dafür. Das wird mir jeder bestätigen. Es ist in erster Linie mein Verdienst, daß Wittbrietzen zu 95% der Partei angehört, auch wenn ich erst spät der Partei beigetreten bin. Das habe ich aber alleine um des Amtes willen getan.“

Diese heute schwer nachzuvollziehende nationale und politische Euphorie war in Wittbrietzen jedoch von kurzer Dauer. Sehr ernüchternd heißt es in einem Bericht des Landrates Von Werder vom 28.4.34 über die Zustände in Wittbrietzen: „... waren dort zunächst durchaus erfreuliche Verhältnisse. Erst seit der Lehrer Pg. Helm den Auftrag erhielt, sich im Ort als Obmann der Deutschen Christen zu betätigen – Juli 1933 – entstand zwischen ihm und dem Pfarrer eine seitens des Pfarrers vom Zaun gebrochene Feindschaft. ...“.

Die wirklichen Hintergründe der zunehmenden Entfremdung vieler Wittbrietzenener zu den neuen Machthabern waren anderer Natur, als es die beschränkte Sicht eines Parteibeamten oft wahrnehmen konnte. Im Kern waren es zwei Ereignisse im Sommer 1933, die diesen Ernüchterungs- und Entfremdungsprozess einleiteten; zwei Ereignisse, die als typisch für diktatorische Regimes angesehen werden können, denen es immer nur um den eigenen Machterhalt geht. Dies betraf zunächst die Absetzung des im Dorf hoch angesehenen Ortschaftschulzen Emil Hagen. Bereits seit 1903 übte er dieses Amt aus und wurde darin immer wieder von der Dorfgemeinschaft in Wahlen bestätigt. Zugleich war er viele Jahre Kirchenältester, dies bis zu seinem Unfalltod 1936. Im Juni/Juli 33 musste Hagen für den Parteigenossen Friedrich Rügen sein Amt räumen. Dieser hatte zwar das 'richtige' Parteibuch, ohne sich jedoch eine wirkliche Anerkennung und Vertrauensstellung im Dorf erworben zu haben. Sodann waren es die für den 23. Juli von den neuen Machthabern zwangsweise angesetzten Kirchenwahlen, obwohl solche erst im November 1932 stattfanden. Auch hier erhoffte sich die NSDAP im Verbund mit den ihnen treu ergebenden Deutschen Christen DC, die Stimmenmehrheit in den Gemeindekirchenräten und Kirchlichen Körperschaften gewinnen zu können. In Wittbrietzen trat nur das Problem auf, so jedenfalls laut Pfr. Wolff, dass bis zum 16. Juli niemand im Ort etwas von der Existenz einer Ortsgruppe der DC wusste. Daher wurden wie eh und je treue Gemeindeglieder als Kandidaten für die Wahl aufgestellt. Dies rief wenige Tage vor der Wahl den entschiedenen Protest von Lehrer Helm und dem neuen Bürgermeister Rügen hervor, die auf Benachteiligung und Nichtberücksichtigung der DC klagten. Beide standen nicht auf der Kandidatenliste, beabsichtigten dies jedoch. Wolffs Urteil über Rügen: „Ein völlig unkirchlicher Mensch“. Pikant für Wolff wurde zudem die Tatsache, dass ihm in Person seines fast namensgleichen Amtsbruders Wulf aus dem benachbarten Buchholz ein gewichtiger Gegenspieler erwuchs. Dieser war Kreisvorsitzender der DC und in dieser Funktion der eigentliche Mentor und Einflüsterer von Lehrer Helm. In ihrem Kampf gegen die ursprüngliche Kandidatenliste schalteten Helm und Rügen nicht zuletzt die Kreisleitung der NSDAP und Untergauleiter Eggers ein.

In der Woche vor den Kirchenwahlen kam es folglich gleich zu zwei krisenhaften und erregten Gemeindeversammlungen. In der Zusammenkunft am 18.7. fiel zunächst eine von den DC eingebrachte alternative Kandidatenliste mit 80% DC-Anhängern unter großem Protest „glatt durch“. Im Anschluss wurde versucht, eine Kompromissliste zu erstellen. Zumindest Rügen schaffte es dabei auf die Liste. Seltsamer Weise schlug niemand im Saal Lehrer Helm als Kandidaten vor, nicht

einmal sein Vertrauter Rügen, obwohl Wolff ihm einen diesbezüglichen Wink gegeben hatte. Rügen wusste nur zu gut, dass Helm im Dorf einen schlechten Ruf hatte. Zumindest schien es an diesem Abend, dass diese Kompromissliste die Wogen glätten konnte. Lediglich der in seinem Ehrgeiz gekränkte Lehrer Helm ließ nicht locker. Noch in der Nacht muss er sich mit schweren Vorwürfen gegen Pfr. Wolff an den Untergauleiter Eggert gewandt haben. Bereits am Folgebend wurde Pfr. Wolff am Rande einer Gemeindeversammlung in Salzbrunn durch uniformierte SA-Leute ein scharfes Protestschreiben von Eggert übergeben. Darin war die Rede von „Verletzung der Parteidisziplin und irreführenden Erklärungen“. So kam es bereits am Folgetag – drei Tage vor der Wahl – zu einer neuerlichen Gemeindeversammlung im Saal der Gaststätte. Dies geschah in der einschüchternen Anwesenheit des Kreisleiters der NSDAP und brachte für Helm das erwünschte Ergebnis, dass er auch Kandidat für die Kirchenwahlen wurde. Wolff konnte nur noch resigniert feststellen, dass im Ergebnis eine Liste aufgestellt wurde, „die gar nicht nach kirchlichen, sondern nur nach politischen und Sonderwünschen jener Gruppe aufgestellt worden war. Die kirchlichsten und lautersten Männer sind entfernt, weil sie jenen nicht genehm waren“.

Seine Resignation währte jedoch nicht lange. Bereits am Tage nach der Wahl begann Wolff einen energischen Beschwerde- und auch Klageweg: „Beschwerde gegen die Vergewaltigung durch die Deutschen Christen bei der Kirchenwahl“. Doch seine Schreiben an den Staatssekretär Pfünder und an den Evangelischen Oberkirchenrat Dr. Söhnngen blieben offenbar ohne die erhoffte Wirkung. Schließlich wurden auch im Sommer 33 im Evangelischen Konsistorium in Berlin viele leitende Stellen mit DC-Leuten besetzt. Zu unbekannter Zeit muss Wolff sich sogar entschlossen haben, Klage gegen Lehrer Helm bei der Staatsanwaltschaft einzureichen. Dabei brachte er die seit vielen Jahren im Dorf unter der Hand erhobenen Vorwürfe gegen Helm zur Anklage, dieser würde zu Ungunsten der Kirchengemeinde Pachteinnahmen aus den Küsterländereien veruntreuen. All dies führte zwangsläufig zu einer völligen Verhärtung des Verhältnisses zwischen Wolff und Familie Helm, schließlich war Eva Helm Vorsitzende der Frauenhilfe und ihr Mann neben seiner Tätigkeit als Lehrer auch Organist und Leiter des Kirchenchores. In der Folge spitzte sich ebenso das Verhältnis zu Bürgermeister Rügen, dem Amtsvorsteher Kaplick und seinem Amtsbruder Wulf aus Buchholz enorm zu. So dauerte es nicht lange, bis die damaligen Wittbrietzener Verhältnisse bald übergeordnete Staats-, Partei- und Kirchengremien beschäftigten.

Am 14. Januar 1934 trat Eva Helm demonstrativ aus der Frauenhilfe aus. Von den 105 Mitgliedern der Frauenhilfe verließen mit ihr weitere acht dieses 'soziale und seelische Herz' von Wittbrietzen und gründeten die NS-Frauenschaft. Doch deren Resonanz blieb bescheiden und eine wie auch immer geartete Kooperation blieb trotz zeitweilig geäußerten derartigen Bekundungen unmöglich. Analog zu den Zahlenverhältnissen in der Frauenhilfe lässt sich der Eindruck gewinnen, dass auch in der sonstigen Gemeinde 80-90% der Einwohner treu hinter Pfr. Wolff standen. Nur unter dieser Annahme lässt sich die dramatische Zuspitzung der Situation Ende April 1934 verstehen. Sickerten doch zu dieser Zeit erste Gerüchte durch, dass es von übergeordneten staatlichen und kirchlichen Stellen Bestrebungen gab, sowohl Lehrer Helm als auch Pfr. Wolff zwangsversetzen zu wollen.

Ende April kam es gleich zweimal im und vor dem Saal der Gaststätte Neie zu tumultartigen Zusammenkünften, die zwangsweise Polizei und Staatsschutz auf den Plan rufen mussten. Am 23.4. lud die Leiterin der NS-Kreis-Frauenschaft, Frau Aumüller aus Lehnin, sowohl ihre Mitglieder als auch die Frauenhilfe zu einer Zusammenkunft ein. Ihrem Bericht vom Folgetag können wir entnehmen: „Meine Frauenschaftsleiterin in Wittbrietzen (Fr. Helm) hat dauernd Anfeindungen von den Mitgliedern der Frauenhilfe zu erdulden. Die Fr.mitglieder werden boykottiert. Deshalb fuhr ich nach Wittbrietzen und lud die Frauen und die Frauenhilfe besonders ein. Beim Betreten des Saales wurde ich begeistert von den Mitgliedern der Frauenschaft begrüßt, von der Frauenhilfe mit Ablehnung und unverständlichen Bemerkungen empfangen. Beim Sprechen wurden dauernd Bemerkungen und Zwischerufe feindlicher Art gemacht. Ich verbat mir das und verlangte national-sozialistische Disziplin. Als ich vom Klatschen sprach und die Bemerkung machte, daß in Wittbrietzen nicht geklatscht würde oder doch? und sagte, daß meine Fr.leiterin darüber auch ein Liedchen singen könnte, sprang eine Frau auf und fing an zu schreien: „Wir lassen uns nicht schmähen!“ Und auf Kommando brachen alle aus der Frauenhilfe los und verließen schimpfend den Saal. Es ist von einem Zeugen, der nicht aus Wittbrietzen stammt (Verbandsrevisor Pretsch, Finsterwalde) und von Pgs und Pgnns freiwillig bestätigt, daß Pfr. Wolff mit Handbewegungen und Bemerkungen die zögernden Frauen aufgefordert hat, mitzugehen. Selbst Frauen von Amtswaltern waren dabei! - Bemerkem möchte ich, daß vorher die Frauenhilfe eine Zusammenkunft hatte, daß sie geschlossen in den Saal kam und daß die ganze Art und Weise des Aufbruchs genauestens vorbereitet war. Beamtenfrauen der Frauenhilfe waren vorsichtshalber nicht erschienen, trotz-

dem sie an leitender Stelle stehen. Pfarrer Wolff hat stets die NS-Frauensschaft bekämpft und nicht gewollt, daß eine solche in W. aufgezogen wird. Gez. Aumüller“

Aus der Feder von Bürgermeister Rügen klingt sein Bericht an die Kreisleitung der NSDAP relativ ähnlich. Er schließt diesen jedoch mit der Bemerkung: „Indem ich nochmal auf die Beschwerde gegen den Pfarrer vom 13.3. verweise, gebe ich der Kreisleitung klar und eindringlich zur Kenntnis, daß die Verhältnisse in Wittbrietzen nun schon skandalös geworden sind und daß die Autorität der Ortsgruppenleitung sowie unserer Bewegung nur noch gewährleistet ist, wenn der auch für diesen Vorfall allein verantwortliche Pfarrer in Wittbrietzen sofort seines Amtes enthoben wird.“

Zwei Tage später kam es bei einer Regierungsstelle in Potsdam zu einer Anhörung, in der es um die geplante Amtsenthebung von Wolff gehen sollte. Zwölf anwesende Männer aus Wittbrietzen sprachen sich einmütig für den Verbleib von Wolff aus, lediglich der ebenfalls geladene und nicht aus Wittbrietzen stammende SA-Obersturmbannführer Melzer dagegen; dies offenbar im Auftrag des Polizeipräsidenten Graf Helldorff. Wolff war bei dieser Anhörung nicht geladen. Er war jedoch mit in Potsdam und im Anschluss traf er sich mit den Zwölf im Restaurant Weintraube.

Es mag nun Zufall oder dienstlicher Auftrag gewesen sein, dass SA-Mann Melzer gleich am Folgetag, am 26.4., bei einem Scharabend der SA in Wittbrietzen zugegen war. Doch selbst von den örtlichen SA-Mitgliedern wurde sein Eintreten für die Suspendierung von Wolff mit heftigen Vorwürfen quittiert. Über die weiteren Ereignisse berichtet Polizeipräsident Helldorff an die Gestapo: „Am 26.4. entfernte der Obersturmbannführer Melzer aus Treuenbrietzen einen unbotmäßigen SA-Mann bei einem Scharabend aus dem Gasthaussaal in Wittbrietzen. Bald darauf sammelte sich eine erregte Menge von 150-200 Personen vor dem Lokal und bedrohte den Obersturmbannführer. Nach einer Ansprache des SA-Führers wurde ein neu herbeigeeilter Trupp Ortseinwohner gegen diesen tätlich und riss ihm die SA-Abzeichen ab. Die Ursache des Zusammenstoßes ist die bevorstehende Suspendierung des Ortspfarrers und Gegensätze zwischen diesem und dem örtlichen Lehrer. Der Bauer Gustav Wilke, geb. 8.9.93 in Wittbrietzen, der Bauer Ferdinand Eulenburg, geb. 17.2.86 in Wittbrietzen, der Landwirt Friedrich Huschke, geb. 6.10.94 in Wittbrietzen, der Bauer Fritz Assmus, geb. 22.12.90 in Wittbrietzen und der Schmiedemeister Emil Kolzenburg, geb. 4.9.94 in Wittbrietzen, sämtlich in Witt-

brietzen bei Beelitz wohnhaft, sind die geistigen Urheber des Zwischenfalls. Ich habe dieselben am 26.4.34 in Schutzhaft genommen. Ich beabsichtige, die Schutzhaft über 7 Tage auszudehnen und die Genannten einem Konzentrationslager zuzuführen. Gez. Graf Helldorff“

Wie weitere Berichte belegen, konnte diese eskalierende Situation nur durch einen Warnschuss von Bürgermeister Rügen halbwegs beruhigt werden. Melzer soll auch gewürgt worden sein. Pikant dabei, dass ihm offenbar nur ein einziger SA-Mann, zudem ein auswärtiger, zur Hilfe kam. Zur endgültigen Beruhigung der Situation ließ der Landrat einen Trupp Polizisten nach Wittbrietzen beordern und traf in der Nacht noch selber ein. Am Folgetag wurden weitere Einwohner vernommen und z.T. verhaftet, darunter der Landwirt Emil Jungermann und der Arbeiter Gustav Werder. All die Genannten wurden am 5. Mai nach acht Tagen Haft wieder entlassen. Die Überstellung in ein Konzentrationslager blieb ihnen erspart, „nachdem das zuständige Gericht den Erlass eines Haftbefehls abgelehnt hat ... Gegen die Genannten schwebt beim Landgericht Potsdam ein Strafverfahren.“

Pfr. Wolff war an jenem Abend nicht zugegen. Dennoch wurde er am 30. April verhaftet, in den Augen der staatlichen Stellen als der eigentliche „geistige Urheber der Unruhen“ und „Rädelsführer“. Auch ihm blieb das Konzentrationslager erspart, obwohl etliche Polizei- und Parteibeamte dies forderten. Seine Schutzhaft in Potsdam währte bis zum 20. Mai und sie geschah in strenger Einzelhaft. Polizeipräsident Graf Helldorff soll in diesem Zusammenhang zu Wolff geäußert haben: „Damit der Pfarrer über seine Sünden nachdenken kann“. Allerdings war an seine Entlassung die Auflage geknüpft, den Landkreis Zauch-Belzig auf unbestimmte Zeit nicht mehr zu betreten. Bei Verstoß drohte neuerliche Inhaftierung. Auf Weisung der Kirchenleitung musste er sich für die Zeit seiner ersten Verbannung für neun Monate nach Meyenburg/Prignitz begeben. Lehrer Helm wurde von den zuständigen Stellen zum 1. Mai 1934 in die Uckermark versetzt. In gewisser Weise war es ein Stellentausch mit dem dortigen Lehrer Konrad Saarmann, ebenfalls ein strammer SA-Mann und NSDAP-Mitglied.

Die von den staatlichen Stellen erhoffte Beruhigung der Situation trat nur bedingt ein. Trotz der weiten Entfernung scheint es von Seiten seiner Gemeindeglieder zu einigen persönlichen und zahlreichen brieflichen Kontakten mit Wolff gekommen zu sein. Der von der Kirchenleitung übergangsweise nach Wittbrietzen entsandte Kandidat

der Theologie Braatz hatte einen schweren Stand, da viele Gemeindeglieder den Gottesdienst aus Protest boykottierten. Sehr ernüchternd für die offiziellen Stellen klingt auch ein Bericht der NSDAP-Ortsgruppe: „Während der ganzen Zeit seiner Aussperrung hatte Wolff seine Verbindung mit der ev. Frauenhilfe und seinen Freunden aufrecht erhalten. Er trieb dauernd eine stille oder fühlbare Hetze gegen die Partei und sorgte dafür, dass bald der eine und bald der andere Pg. von der Ortsgruppe abbröckelte. Das gegnerische Wirken des Wolff machte sich durch Austrittserklärungen überhaupt in allen Parteigliederungen auffällig bemerkbar. Hierüber ist von der Ortsgruppe wiederholt ausführlich berichtet worden.“

Insgesamt sollen in dieser Zeit von den einst 150 Parteimitgliedern über 50 ausgetreten sein. Auch im örtlichen BDM kam es zu 15 Austritten bei vorher 18 Mitgliedern. Selbst das Spendenaufkommen für das Winterhilfswerk ging deutlich zurück. So heißt es in einem Bericht der Staatspolizei Potsdam vom 27.2.35: „Ein großer Teil der Einwohner des Ortes, besonders die größeren Bauern, standen während der Abwesenheit des Pfarrers dem Winterhilfswerk ablehnend gegenüber und tun dies zum Teil auch heute noch. Sie sollen sich geäußert haben, wenn unserer Pfarrer wieder auf der Kanzel ist, dann wollen wir auch für das Winterhilfswerk geben. Kartoffeln sollen von den Bauern fast keine geliefert worden sein. Diese Leute gehören, so wird von jedem Nationalsozialisten des Ortes betont, den reaktionären Kreisen an“.

Zu einem äußerst bemerkenswerten Ereignis kam es am zweiten Weihnachtsfeiertag 1934. Wolff, immer noch aus Zauch-Belzig verbannt, nutzte dabei geschickt die Gunst der Stunde, dass mit Dobbrikow dieses Nachbardorf von Wittbrietzen bereits im Kreis Jüterbog-Luckenwalde lag. Hier amtierte zudem mit Heinrich Vogel ein Freund aus Studienzeiten und zugleich ein Amtsbruder, der noch stärker als Wolff zu einem Vordenker und Wegbereiter der sich entwickelnden Bekennenden Kirche wurde. Vogel stellte Wolff seine Kirche zur Verfügung und so konnte dieser seine Gemeinde dorthin einladen. In einem bewegenden Text von Wolff heißt es darüber: „Vielleicht stehen wir am Ende. - Vielleicht stehen wir am Anfang. Gott allein weiß es. Weil die Gemeinde seit acht Monaten verwaist war und in ihrer Not und Bedrängnis, die durch die „Deutschen Christen“ ihr aufgezwungen war, Gottesdienst und Feier als Unrecht empfand, lud ich sie zum 2. Weihnachtstag nach Dobbrikow zu Gottesdienst und Feier des hl. Abendmahls. Das ist die bitterste Not gewesen, daß die Gemeinde mit ihrem Pfarrer nicht im eignen Gotteshaus feiern darf, sondern eine andere Gemeinde um gastliche Aufnahme bitten muß. So sind wir am

26. Dezember 1934 in der Dobbrikower Kirche eingekehrt. Über 250 aus Wittbrietzen, trotz Winter und Kälte und weitem Weg. 180 sind anschließend an den Gottesdienst zum hl. Abendmahl gegangen.

Wir haben unseren alten Kelch mit hinüberkommen lassen. So blieben Kelch und Patene wie seit über 300 Jahren die gleichen und wir Menschen dieses so belasteten Geschlechtes. Ihre Namen weiß Gott. Dieser Gang der „weinenden Gemeinde“ zum Tisch des Herrn soll für uns und unsere Nachfahren Vermächtnis sein. Stehen wir am Ende unserer Kirche, so möge Gott uns gnädig sein und das Gebet der weinenden Gemeinde erhören. Stehen wir am Anfang eines Neubaus unserer Kirche, so möge Gott die Wunden, die uns geschlagen sind, heiligen der Gemeinde zum Segen, nachdem er sie in uns in jenem Gang gelindert hat. In seinem Namen gehen wir zum Tisch des Herrn. In seinem Namen. Amen“.

Am 28. Januar 1935 konnte Wolff auf Grund einer Amnestie nach Wittbrietzen zurückkehren. Darüber erfahren wir aus einem Spitzelbericht: „Wolff traf am 28. nachmittags hier ein. Er liess sofort seine Freunde mündlich zu einem Kirchgang für den Abend einladen, wohlgemerkt nur seine Freunde! Aber auch ein zuverlässiger Parteigenosse ging ohne Einladung zu dieser Versammlung. Er berichtet über den Verlauf folgendes: Wolff betrat die Kanzel und sagte einleitend, er wolle weder Gottesdienst abhalten noch predigen, sondern seinen Freunden nur erzählen, wie es ihm in der Verbannung ergangen sei und er schilderte dies. Er dankte für die erwiesene Treue sowie für die ihm zugegangenen Nachrichten und Geschenke. Zusammenfassend sagte er, die Lüge sei geschlagen, seine Partei habe auf der ganzen Linie gesiegt, die erste Welle sei überwunden. Ob die noch kommende zweite Welle überwunden werden würde, wisse er nicht, sie könne den Kopf kosten. Seine Erzählung war eine Hetzrede. Am Schluss erwähnte Wolff beiläufig und mit auffällig wenigen Worten, für den 30. Januar sei ein Dankgottesdienst angeordnet (Tag der Machtergreifung), dieser möge hiermit als abgehalten gelten. Die Ortsgruppe ist erregt hierüber und fragt sich: Spricht aus dem nur beiläufigen Hinweis auf den befohlenen Dankgottesdienst eine unerhörte Missachtung gegen unseren Führer? Zumal eingangs gesagt worden ist, dass es sich um einen Gottesdienst überhaupt nicht handele!“

Der in dieser Weise von Wolff geschickt umgangene Dankgottesdienst, der aus Anlass der 'Machtergreifung' von den offiziellen Stellen angeordnet wurde, rief sofort wieder die staatlichen Organe auf den Plan. Wichtig für die Zukunft der Kirchengemeinde wurde jedoch eine

wegweisende Entscheidung, die bei einer Sitzung der Kirchlichen Körperschaften am 4.2.35 getroffen wurde. Anwesend waren dabei 19 von 21 Mitgliedern; mit Rügen und Kaplick fehlten die beiden schärfsten Widersacher Wolffs. Zunächst wurde der im Vorjahr ebenfalls verhaftete Fritz Assmus auf die noch vakante Stelle von Lehrer Helm gewählt. Und dann kam es zu folgendem Beschluss: „Es wird einstimmig bei 2 Enthaltungen beschlossen, dass sich die Gemeinde von der deutsch-christlichen Kirchenleitung lossagt und der Bekennenden Kirche unterstellt. Die Körperschaften verurteilen die Irrlehren und Gewaltmethoden der DC“.

Dieser klare und mutige Beschluss – wie er in jener Zeit auch in vielen anderen Gemeinden getroffen wurde – bedeutete faktisch und theoretisch eine Abspaltung von der damaligen Evangelischen Kirche und die Konsequenz zum Aufbau von Parallelstrukturen. Der am 14.2.35 unter der Überschrift „Dauernde und sich fortgesetzt verstärkende Unterwühlung und Behinderung der Aufbauarbeit der NSDAP durch Pfarrer Wolff“ von der Regierung verbreitete Bericht konnte daher nur zu der Einschätzung kommen, dass Wolff wieder in Schutzhaft bzw. erneut ausgewiesen werden müsse. Dies geschah bereits am 16. März, nur sechs Wochen nach seiner ersten Verbannung. In diesem Falle erhielt Wolff ein Aufenthaltsverbot für die Kreise Zauch-Belzig und gleich auch noch Jüterbog-Luckenwalde. Wahrscheinlich steht der genaue Termin dieser zweiten Verhaftung und Verbannung im Zusammenhang mit einer von der Bekennenden Kirche für den 17.3. geplanten Kanzelabkündigung gegen das „Neuheidentum“. Offensichtlich hatte er sich geweigert, auf das Verlesen der Kanzelabkündigung zu verzichten, sodass er – wie etwa 700 andere Pfarrer in Preußen auch – am 16.3. kurzzeitig in Schutzhaft genommen wurde. Auf Weisung des Bruderrates der Bekennenden Kirche wurde Wolff danach in das Pfarramt Zorndorf entsandt, jenseits der Oder bei Frankfurt. Auch dort soll er vier Monate später verhaftet und anschließend mit einem Betretungsverbot für den gesamten Regierungsbezirk Frankfurt/Oder belegt worden sein. Bereits zum 1. April konnte der Bruderrat der Bekennenden Kirche den jungen Vikar Martin Schutzka zur Vertretung von Wolff nach Wittbrietzen entsenden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich Wolff und Schutzka bereits aus der Prignitz kannten, da Letzterer seit April 34 in der Gemeinde Bendelin als Vikar wirkte und dort der BK beirat. Schutzka trat seinen Dienst sehr beherzt an und setzte den weiteren Aufbau der Bekenntnisgemeinde Wittbrietzen im Sinne von Wolff fort. Polizeiliche Berichte sprechen besorgt davon, dass er noch energischer und staatsfeindlicher als Wolff agieren und predigen würde. Zuvor wurde er im Ostergottesdienst am 7.4.1935 in Wittbrietzen ordiniert.

In die Zeit seines einjährigen Wirkens im Ort fielen zwei wichtige Beschlüsse des Gemeindekirchenrates. So beschloss dieser bereits am 6. April einstimmig bei 15 Anwesenden, 7 Stimmberechtigte fehlten, u.a. auch Rügen, in einer geheimen und schriftlichen Abstimmung: „Die Bekenntnisgemeinde Wittbrietzen nimmt während der Abwesenheit ihres Pfarrers Wolff für alle Gottesdienste und kirchlichen Amtshandlungen nur Pfarrer der Bekennenden Kirche in Anspruch“. Damit sollte verhindert werden, dass die Kirchenleitung DC-Pfarrer bzw. neutrale Pfarrer in der Gemeinde zum Einsatz bringt. Dies war dringend nötig, da Superintendent Bauer den zweiten Beelitzer Pfarrer Muhlack mit der Verwaltung der verwaisten Pfarrstelle beauftragt hatte und dieser sich bereits am 25. März dem GKR in dieser Funktion vorgestellt hatte. Somit hebelte dieser GKR-Beschluss nachträglich eine Entscheidung des Superintendenten aus.

Und am 24. Juni beschlossen die „bekenntnistreuen Mitglieder der kirchlichen Körperschaften“, einen Antrag an den Kreisbruderrat der Bekennenden Kirche zu stellen, um Bürgermeister Rügen aus dem GKR auszuschließen. Dies geschah umgehend bei einer Sitzung des Kreisbruderrates am 7.7.1935 in Dobbrikow unter Vorsitz des dortigen Pfarrers Vogel. Die beglaubigte Protokollabschrift dieses Beschlusses gibt als Gründe lediglich „grobe Pflichtwidrigkeit“ an sowie, dass „eine weitere Zusammenarbeit zwischen den kirchlichen Körperschaften der Bekenntnisgemeinde Wittbrietzen und dem Ältesten Rügen durch das Verhalten des Ältesten Rügen unmöglich geworden ist“. Die genauen Hintergründe für den GKR-Antrag zum Ausschluss von Rügen lassen sich nur bedingt erhellen und es will scheinen, dass der auslösende Anlass banaler Natur war. So wollte der GKR bei seiner Sitzung am 25. Mai beschließen, dass der Einwohner Grund, der aus der Pfarrheide etwas Holz entnommen hatte, dafür an die Pfarrkasse 2 Reichsmark zahlen sollte. Darüber muss es zu einer hitzigen Debatte gekommen sein. Im Protokoll heißt es nur noch: „Bei der Beratung dieses Punktes verlassen die Herren Rügen, Kaplick und Bolze um 9.40 Uhr unter Protest die Sitzung. Herr Rügen ruft in den Sitzungsraum: „Ein ehrlicher Deutscher verläßt die Sitzung“. Damit endet die Mitgliedschaft von Bürgermeister Rügen im Gemeindekirchenrat. Im Protokoll der folgenden Sitzung vom 21.8.35 heißt es lediglich noch in einem Nachtrag: „Vor Beginn der Sitzung fordert Pastor Schutzka Herrn Rügen, der zu der Sitzung nicht eingeladen ist, auf, den Raum zu verlassen. Herr Rügen tut das.“

Weitere Informationen über Schutzka und den damaligen Gemeindealltag finden sich fast nur noch in Berichten staatlicher Amtsträger. So heißt es in einem Beschwerdebrief des neu ernannten Schulleiters

Engel an den Schulrat in Brandenburg: „Da das Ansehen des Staates und der Schule durch das Verhalten des Pastors Schutzka untergraben wird, sehe ich es als meine Pflicht an, meiner vorgesetzten Behörde von diesen Bestrebungen Mitteilung zu machen. In gleicher Weise wie Pfarrer Wolff ist er in seinem Wirken bestrebt, die Gemeinde zu zersplittern und damit der Bildung der wahren Volksgemeinschaft entgegenzuarbeiten. Als Ortsgruppenamtsleiter der NSV (National-sozialistische Volkswohlfahrt) und als Beauftragter des WHW (Winterhilfswerk) habe ich täglich Gelegenheit, den verderblichen Einfluss dieses Geistlichen festzustellen. Den sozialen Einrichtungen des dritten Reiches steht er völlig ablehnend gegenüber, da er weder Mitglied der NSV ist, noch jemals von der Kanzel auf die Bedeutung des WHW hingewiesen hat, noch auch persönlich durch Opfer bei den Sammlungen hervorgetreten ist. Der bemittelte Teil der Dorfbevölkerung, der sich aus Anhängern der Bekenntnisfront zusammensetzt, eifert diesem unsozialen Verhalten nach und bereitet damit der Durchführung aller Maßnahmen der NSV erhebliche Schwierigkeiten. Als umso bedeutungsvoller erschien dem Pastor die Aufgabe, im November eine Sammlung für die äußere Mission unter seiner Anhängerschaft erfolgreich durchzuführen. Auf Anordnung der Kreisamtsleitung der NSV wurde die gesamte Sendung von der Geheimen Staatspolizei beschlagnahmt. Auf Geheiß der gleichen Behörde musste Pastor Schutzka vor den versammelten Spendern eine Erklärung über die Unrechtmäßigkeit seines Verhaltens geben, ohne dass er dazu Stellung nehmen durfte. Als Ortsbeauftragter des WHW hatte ich dieser Versammlung beizuwohnen. Diese öffentliche Bekanntgabe wurde von dem Absingen vieler Liedverse und von dem Verlesen der Psalmen 46 und 62 umrahmt. Die sorgfältige Auswahl der gewählten Texte lies deutliche Spitzen gegen Staat und Schule erkennen. Im 62. Psalm, der von dem zur Unterstützung herbeigeeilten Bekenntnispfarrer Vogel aus Dobbrikow verlesen wurde, heisst es in Vers 10: „Aber Menschen sind ja nichts, große Leute fehlen auch; sie wiegen weniger denn nichts, soviel ihrer ist“. Von dem Lied „Wach auf du Geist der ersten Zeugen“ wurden die Strophen 1,2,5 und 7 gesungen. In der 7. Strophe finden sich im zweiten Teil folgende Worte: „Vertilg, o Herr, den falschen Glaubenswahn, und mach uns bald von jedem Mietling frei, dass Kirch und Schul ein Garten Gottes sei“. Bei der anschließenden Aussprache traten gerade die bekanntesten Saboteure am WHW hervor und verursachten eine feindseelige Stellung gegen die NSV und gegen meine Person, die sich noch heute bei jeder Gelegenheit äußert. ...

Dieses Foto entstand vermutlich Ostern 1936, kurz nach der Rückkehr von Pfr. Wolff aus seiner zweiten Verbannung, Foto: Pfarrarchiv

Auch in sonstiger Hinsicht wird der innere Widerstand des Pastors gegen die staatlichen Anordnungen spürbar. Von der Anwendung des Hitlergrusses im Konfirmandenunterricht und im Kindergottesdienst nimmt er bewusst Abstand. Er versteht es ferner, die Kinder durch Blockflötenunterricht an sich zu fesseln. Weiterhin ist er bemüht, sie bei jeder Gelegenheit mit Darbietungen an die Gemeinde in den Gottesdienst einzubeziehen. Die gegen Schule und Staat gerichtete Tätigkeit des Pastors Schutzka trägt dazu bei, das Vertrauensverhältnis zwischen Elternhaus und Schule zu zerstören und besonders die älteren Schulkinder in einen inneren Zwiespalt zu bringen, der sich auch in der ländlichen Fortbildungsschule in derselben Weise bemerkbar macht.“

Einem Bericht der Gestapo vom 7.2.1936 ist noch zu entnehmen, dass Martin Schutzka drei Gemeindeausflüge organisiert haben soll, um ein Treffen mit Pfr. Wolff zu ermöglichen: nach dem Harz, nach Brandenburg/H. und in den Spreewald. Im Zusammenhang der oben erwähnten illegalen Sammlung erhielt er einen Strafbefehl über 40 Reichsmark; für ihn fast ein halbes Monatsgehalt. Da er nicht von der Landeskirche besoldet wurde, erhielt er aus den Überschüssen der Pfarrkasse 100 RM pro Monat an Gehalt. Zudem wurde er am 28. Januar auf der Dienststelle der Gestapo in Potsdam eindringlich verwarnet „wegen seiner Aktivitäten im Kirchenstreit und der Zerreißung der Volksgemeinschaft in Wittbrietzen“. Mit der Rückkehr von Wolff Ostern 1936 endete das Wirken von Martin Schutzka.



Mit der Rückkehr von Wolff im Frühjahr 1936 lässt sich der Eindruck gewinnen, dass die Kirchengemeinde Wittbrietzen sich mit 80-90% ihrer Mitglieder klar als eine Gemeinde der Bekennenden Kirche definierte. Die Bewegung der Deutschen Christen spielte seit der Versetzung von Lehrer Helm 1934 im Ort faktisch keine Rolle mehr. Der Ausschluss von Rügen und der etwas spätere Rücktritt des Amtsvorstehers Kaplick ließen den GKR zu einem relativ einmütigen Gremium werden. Ebenso blieb die Frauenhilfe – weder zahlenmäßig noch in ihrem Engagement getrübt durch die dramatischen Ereignisse der Vorjahre – ein zentraler Bereich des gemeindlichen Lebens. Daher verwundert es nicht, dass Graf Wedel in einem Gestapobericht vom Februar 1936 nur resigniert feststellen konnte, dass „der größte Teil der Gemeinde unter dem Einfluss der beiden Pfarrer steht und gegen den nationalsozialistischen Amtsvorsteher und Bürgermeister eingestellt ist. Aus staatspolizeilichen Gründen bitte ich, die Pfarrer Wolff und Schutzka endgültig aus Wittbrietzen zu entfernen.“

Somit will es scheinen, dass es der Kirchengemeinde Wittbrietzen in einem mutigen und opferreichen Abwehrkampf gelungen ist, sich der Vereinnahmung durch einen übergriffigen NS-Staat weitgehend zu widersetzen und ihr christliches Profil als eine Gemeinde der Bekennenden Kirche zu schärfen. Zu Freudentränen darüber wird es wenig Anlass gegeben haben. Denn es blieb die Konfrontation mit den örtlichen und überörtlichen Machthabern, es blieben Bespitzelungen und Hausdurchsuchungen und es blieben weitere Verhaftungen von Pfarrer Wolff. Nicht minder schmerzlich dürfte die Spaltung und Entzweiung innerhalb der Gemeinde erlebt worden sein, auch wenn es sich mit 10-20% um eine deutliche Minderheit handelte. Vor 1933 existierte in Wittbrietzen eine wohl weitgehend intakte Dorfgemeinschaft, die mit der kirchlichen Gemeinschaft noch fast identisch war. Erst das Wirken der Nationalsozialisten hat diese Gemeinschaft zerstört, trotz aller Phrasendrescherei von der 'Einheit der Volksgemeinschaft'. Daher klingen die Worte, mit denen Pfarrer Wolff im September 1936 ein neues Protokollbuch für den Gemeindegemeinderat einleitete, eher wehmütig: „Mitten im Kampf um die Kirche, mitten unter der Verfolgung der Kirche beginnen wir dieses Buch, in dem von dem Ringen der Gemeinde gekündet werden soll, in all den Berichten über unsere Sitzungen. Mögen sie nüchtern sein, oder leidvoll, mögen sie von Kämpfen zeugen oder von Frieden in der Gemeinde – was auch geschrieben werde, was auch beraten werde, - Gott gebe, dass es alles zu seiner und unseres Herrn Christus Ehre sei.“

Mit dem Zeitpunkt der Rückkehr von Wolff aus seiner zweiten Verbannung enden leider die bislang so ergiebigen Akten von Gestapo und NSDAP, die „Akte Wolff“ und die „Akte Schutzka“, auch wenn vermutet werden darf, dass es im Landeshauptarchiv weitere, z.Z. noch nicht zugängliche Aktenbestände gibt. Zudem sah sich der GKR im Februar 1938 genötigt – nach einer nicht gelungenen Beschlagnahmung des Protokollbuches – zu beschließen: „wegen der Notlage der Haussuchungen, die Protokolle der Sitzungen des GKR's auf einzelnen Blättern zu führen, damit nicht das ganze Protokollbuch beschlagnahmt werden kann.“ Von diesen losen Protokollblättern sind nur wenige erhalten und für den langen Zeitraum von 5 Jahren findet sich vom April 40 bis zum August 45 nicht ein einziger Eintrag. So bleiben zur Erhellung des weiteren Geschehens nur die Einträge im Protokollbuch der Frauenhilfe, sporadische Einträge im Kirchenbuch und eher wenige sonstige Dokumente.

Einer der wichtigsten Mitstreiter und Vertrauten von Wolff im GKR sowie Mitglied im Posaunenchor der Gemeinde war der Bauer Friedrich Huschke. Trotz seiner eigenen Verhaftung im Frühjahr 1934 war dieser 1938 immer noch Mitglied der NSDAP. Allerdings erhielt er im Januar vom Kreisgericht den Eröffnungsbeschluss für ein Parteiverfahren: „Dem Angeschuldigten wird zur Last gelegt, er habe sich gegen seine politischen Leiter disziplinos benommen und grüße sie nicht. Den deutschen Gruß wende er grundsätzlich nicht an. Am 18.3.37 sei er in das jüdische Geschäft Hirschfeld in Beelitz gegangen. Seine Frau stehe als Vorstandsmitglied in der ev. Frauenhilfe der Frauenschaft feindlich gegenüber. Seine beiden älteren Kinder gehören nicht der HJ bzw. dem BDM an.“

Dieses Verfahren endete für Huschke nicht mit einem Parteiausschluss, sondern lediglich mit einer deutlichen Missbilligung und einer Verwarnung. Zugleich belegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe auch den Mut und die Charakterstärke von einzelnen Gemeindegliedern. In Ermangelung eines Organisten begann dessen 15-jährige Tochter Edith 1937 mit dem Spiel der Orgel; einen ehrenamtlichen Dienst, den sie fast 70 Jahre in der Wittbrietzener Gemeinde ausübte.

Vom 28.8. – 6.10.1937 kam es erneut zu einer Inhaftierung von Wolff, ohne dass sich die genauen Hintergründe erhellen lassen. Während dieser sechs Wochen im Potsdamer Gefängnis schrieb er das Gedicht: Christliches Abendlied eines Gefangenen

Menschen halten uns gefangen,
Türmen Steine, hohe Wände -
Eh'rne Stäbe in die Fenster
Zwängen sie und in die Türen
Unbarmherzig hartes, nacktes kaltes Eisen.

Und wir stehen wohl auch traurig,
Daß die Freiheit uns zerstört ist,
Unsre Freiheit, die wir lieben,
Der Erniedrigung wir seufzen,
Die uns frevler Menschen Sinn ersann.

Aber das ist unsre Freude,
Daß wir auch sind fest gefangen,
Nicht von Menschen Wahn und Wollust,
Sondern von dem einen, der der Herr ist,
Der uns lieb und wert und teuer hält.

Sein Gefängnis ist viel stärker
Als der Menschen Zellenfang.
Sein Gefängnis sprengt den Kerker,
der uns zwingt, und macht uns frei.
Er ist rein und licht und voller Freundlichkeit.

Das Gefängnis ird'scher Mächte
Sucht für uns nur Not und Tod.
Doch weil er uns hält gefangen,
Finden in Gefängnismauern
Wir den Frieden,
den kein Mensch uns rauben kann.“

Diese Zeilen von Wolff, auch wenn sie in Versmaß und Rhythmus zu wünschen lassen, bezeugen deutlich seine tiefe Verwurzelung im christlichen Glauben und wie ihm daraus – trotz arger äußerer Bedrängnis – Kraft, Mut und Zuversicht erwachsen. Daher verwundert es nicht, dass er seine Gemeinde, ob im Gottesdienst, in der Frauenhilfe oder im GKR immer wieder zu intensivem Bibelstudium und zu persönlichem Gebet ermunterte. Nur eine die Bibel kennende Gemeinde kann eine Bekennende Gemeinde sein.

Auf alle Fälle kam es in den Wochen dieser Verhaftung von Wolff dazu, dass die Kirchenältesten Aßmus und Huschke erste Gottesdienste als Laien hielten. Wohl ein Novum in der Geschichte der Gemeinde, da bislang immer nur Pfarrer von der Kanzel predigten. Der Älteste Aßmus soll zudem am Ende des Krieges etliche Beerdigungen gehalten haben.

Der Gemeindealltag jener Jahre kannte zwangsläufig auch viel Alltägliches. Nach seinen beiden Verbannungen hatte Wolff größte Mühe, die völlig vernachlässigten kirchlichen Finanzen zu ordnen. Im Blick auf den Konfirmandenunterricht ist immer wieder die Rede von „widerpenstigen Konfirmanden“. 1937 muss es zu schweren Konflikten bei der Verpachtung des Kirchenwaldes an den Jagdvorstand gekommen sein; ein Schreiben von diesem bewertet Wolff: „das den Geist kennzeichnet, der gegen die Kirche voller Haß kämpft“. Zu Kontroversen kam es ebenso bei der Verpachtung der kirchlichen Ackerflächen. Einzelne Kritiker warfen dem GKR vor, dieser würde die Äcker nur an Mitglieder der Bekenntnisgemeinde verpachten, was selbiger jedoch verneinte. Und 1936/37 schwebte über der Gemeinde die Sorge, dass ein Teil der Wittbrietzener Feldmark für die Erweiterung des Jüterboger Schießplatzes benötigt und diese enteignet werden könnte; doch dazu kam es nicht.

Die Kirchengemeinde pflegte offensichtlich den Kontakt und Erfahrungsaustausch mit anderen Gemeinden der Bekennenden Kirche. Am 11.9.1938 war eine größere Gruppe aus der Dreifaltigkeitsgemeinde aus Berlin hier zu Gast. Neben einem Kaffeetrinken im Pfarrgarten hielt Pastor Backhaus einen Vortrag über die Berliner Mätthäuskirche. Ähnliche Kontakte wird es zur Gemeinde in Dobbrikow gegeben haben. Nur so ist zu verstehen, dass die Frauenhilfe im April 1939 beschloss, „Pfarrer Vogel in seiner Not zu helfen“. Hintergrund dieses Beschlusses ist die fast einjährige Sperrung des Gehaltes von Vogel durch die Kirchenleitung in Berlin. So sammelte auch die Wittbrietzener Frauenhilfe Geld und Lebensmittel für Vogel und seine große Familie. Offensichtlich wirkte Wolff im Prüfungsausschuss der illegalen Theologenausbildung der Bekennenden Kirche mit. Denn für Ende September 1936 findet sich im Zusammenhang mit einer Beerdigungs-Vertretung der Vermerk: „Da ich zur Abnahme der 1. und 2. theologischen Prüfung nach Stettin verreist war.“ Nach Beginn des Krieges kam es am 3.12.1939 in der Frauenhilfe zu dem Vorschlag, verwundeten Soldaten Weihnachtspakete zu schicken. Dieser Vorschlag wurde jedoch abgelehnt „wegen schlechter Erfahrungen mit der Gestapo“.

1938 endete das Junggesellenleben von Wolff. Am 23. April wurde er in der Berliner Sophienkirche durch Pfarrer Vogel mit Emma Finke aus Dresden getraut. Zwischen Dezember 40 und Juni 44 wurden diesem Paar drei Töchter geboren, auch wenn diese in ihren ersten Lebensjahren weitgehend ohne Vater aufwachsen mussten. Schließlich kam es am 30. Mai 1941 zu einer neuerlichen Verhaftung, die jedoch wegen einer Erkrankung von Wolff zu Hausarrest unter Polizeiaufsicht umgewandelt wurde. Bereits am 9. August diesen Jahres wurde Wolff zur Wehrmacht eingezogen. Allerdings ist zu vermuten, dass diese Einberufung – analog zu der von seinem Dobbrikower Amtsbruder Heinrich Vogel – eher zu seinem Schutz diente, um ihn so vor der weiteren Verfolgung durch die Gestapo zu schützen. Zumindest in den ersten beiden Jahren seiner Einberufung scheint er in der näheren Umgebung stationiert gewesen zu sein, da er in dieser Zeit einige Male in der Frauenhilfe anwesend sein konnte und hier Amtshandlungen durchführte; schließlich wurden während dieser Zeit auch noch zwei Kinder gezeugt. Emma Wolff wurde bereits im August 1938 zur Vorsitzenden der Frauenhilfe gewählt, die sie sehr engagiert durch die schweren Jahre der Kriegszeit geführt haben soll. Nach Auskunft von ehemaligen Zeitzeugen, auch wenn keine schriftlichen Dokumente dies belegen, soll sie während der vierjährigen Abwesenheit ihres Mannes etliche Bereiche der Gemeindefarbeit geschultert haben.

Nach dem Ende von Krieg und Nazizeit sowie nach der Rückkehr von Wolff aus seiner Gefangenschaft im August 45 hätte das große Aufatmen beginnen können. Doch der braunen Diktatur folgte bald die rote. Alle Bemühungen der Frauenhilfe, hier 1947 eine kirchliche Gemeinde-Schwesternstation gründen zu wollen, liefen angesichts der neuen Machthaber ins Leere, auch wenn sie in Person des Landrats und des Kreisgesundheitsamtes Fürsprecher hatten. Der neue SED-Bürgermeister Dreßler wusste dies jedoch zu verhindern. Zudem kam es 1946 innerhalb des Gemeindekirchenrates zu einem schweren Zerwürfnis, dessen genaue Konturen nur bruchstückhaft zu erkennen sind. Mit Fritz Aßmus und Gustav Wilke traten danach diese langjährigen Weggefährten von Wolff aus dem GKR aus.

Im Frühjahr 1948 beendete er nach achtzehn schicksalhaften Jahren seinen Dienst in Wittbrietzen und wechselte in die Pfarrstelle Falkensee/Falkenhagen. Daneben hielt er Vorlesungen an der Kirchlichen Hochschule Berlin und promovierte 1959/60 im Bereich der Praktischen Theologie. Nach einem Herzinfarkt war er zu dieser Zeit gesundheitlich angeschlagen und starb am 26.4.1961. Sein Grabstein trug lediglich die Aufschrift: „Herzlich lieb hab ich dich, o Herr.“

Frau Kästner und der Koffer

Chris Rappaport, Groß Kreutz (Havel), rappaport@freenet.de

Die Chronistenvereinigung Potsdam-Mittelmark hat eine Partnerschaft mit der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg und tauscht Veröffentlichungen aus. Im Jahrbuch für brandenburgische Geschichte 2021 stoße ich auf den interessanten Artikel über den aus Niemeck stammenden Professor Dr. Otto Poppenberg. Der Autor Günter Nagel zeichnet das Lebenswerk des für das Militär im ersten Weltkrieg forschenden Chemikers nach. Dabei geht er auf die Archivalien ein, beschreibt die auch durch die Geheimhaltung teilweise fehlenden Unterlagen und schreibt dann:

„So war es ein besonderer Glücksfall, Frau Helga Kästner (geb. 1935) zu finden, die sich zusammen mit ihrem Mann Günter der Erforschung der Geschichte von Bad Belzig, Niemeck, Brück und zahlreicher Orte des Flämings verschrieben hat. Frau Kästner war bei Kriegsende gerade mal 10 Jahre alt und wohnte ab 1947 in Niemeck, in der Bahnhofstraße. Im Haus nebenan, in der Nummer 16, lebten Otto Poppenberg und seine Ehefrau Charlotte. Mit ihr, der „Omi Poppenberg“, unterhielt sich das junge Mädchen gern. Oft lauschte sie den „vielen Geschichten aus dem alten Berlin“, die „Omi“ zu erzählen wusste. Auch der Professor, der „immer an seinem großen Schreibtisch saß und lange Zahlenreihen vor sich hatte“, ist als „immer höflich lächelnd in Erinnerung“. 1949 sei das Ehepaar Poppenberg in den Westen Deutschlands gezogen, nach Landshut. Zurück blieb ein kleiner Koffer mit persönlichen Unterlagen. Nach dem Tod der Mutter von Frau Kästner brach der, bis dahin bestehende, lose briefliche Kontakt ab. 1956 starb Otto Poppenberg in Landshut. Seine Papiere in Niemeck gerieten in Vergessenheit.“

Autor Günter Nagel beschreibt mit Hilfe dieser Unterlagen in seinem Artikel die Bedeutung des Chemikers Prof. Poppenberg für die militärische Entwicklung in Deutschland bis nach dem zweiten Weltkrieg, und selbst noch das Interesse der Amerikaner nach seiner Übersiedlung nach Westdeutschland. Die Unterlagen werden im Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam aufbewahrt. In Niemeck hat Chronist Stefan Pirnack eine Familienchronik Poppenberg daraus erstellt. Wo der Koffer abgeblieben ist, lies sich nicht mehr feststellen, gerne hätte ich euch ein Foto davon gezeigt.



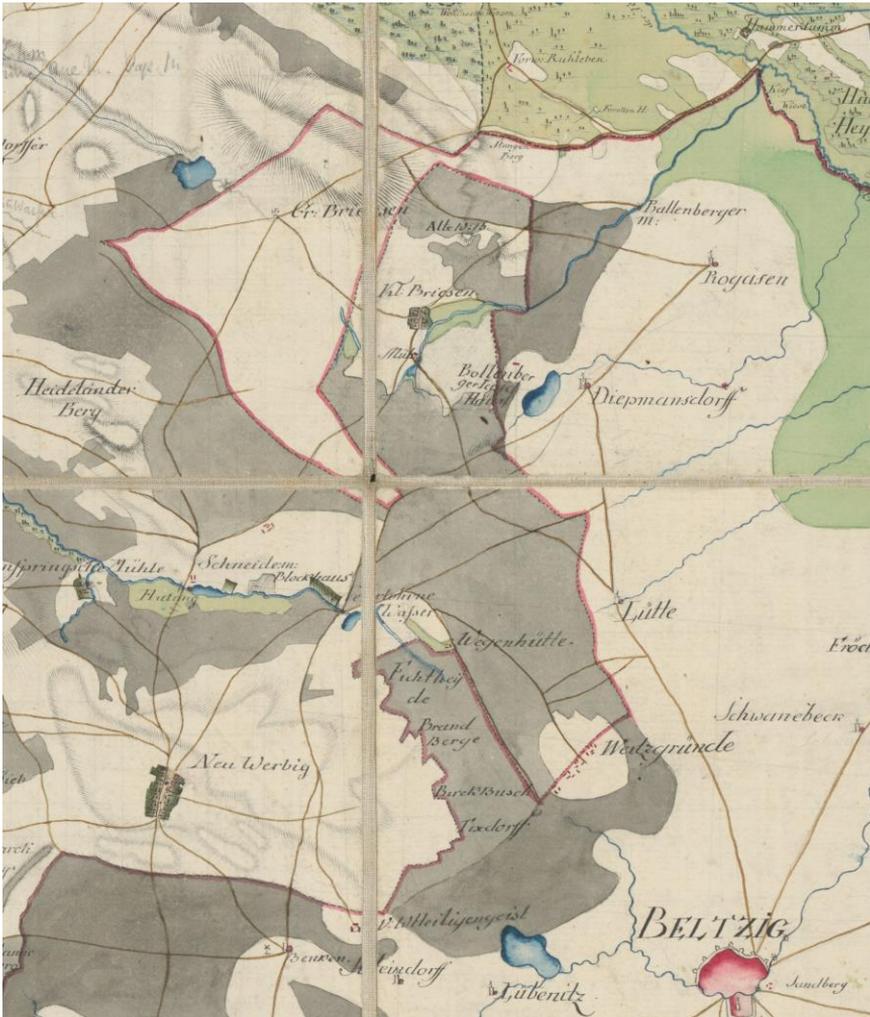
Allianzporträt von König August II. von Polen, 1670-1733, und König Friedrich Wilhelm I, Gemäldegalerie Alte Meister, Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Gal.-Nr. 770, angefertigt vor 1730, Foto: Elke Estel/ Hans-Peter Klut

Gewaltsame Werbungen der preußischen Armee

Matthias Hoffeins, matthias.hoffeins@hotmail.de

Der Eintritt in ein stehendes Heer des 18. Jahrhunderts erfolgte auf vielfältige Art und Weise. Die Kompaniechefs mussten eigenständig für die Werbung der benötigten Soldaten sorgen. Wollte ein Mann Soldat werden, wandte er sich an eine in der Nähe stationierte Kompanie oder ließ sich von deren Werbern ansprechen. Die Höhe des Dienstgeldes und die Dienstdauer unterlagen seinem Verhandlungsgeschick. In der Garnison erfolgte anschließend die Musterung. Für den Eintritt in die Armee war der freiwillige Rekrut an Vorgaben gebunden, die immer wieder durchbrochen. Diese Vorgaben definierten das Militär und der zivile Staat. Für die Armee waren die physischen Gesichtspunkte des Rekruten wichtig: Alter, Körpergröße und Gesundheit. Die zivilen Institutionen des Staates versuchten dagegen aus wirtschaftlichen Erwägungen zahlreiche Personengruppen vom Militärdienst freizustellen.

Konnten die geforderten Sollzahlen durch die freiwillige Bereitschaft nicht gewährleistet werden, wichen die Kompaniechefs auf die gewaltsame Werbung aus. Diese Werbungen, freiwillige wie gewaltsame, fanden sowohl im In- als auch im Ausland statt und werden in ihrer Gesamtheit als freie Werbung der Regimenter bezeichnet. Gerade größere inländische Werbungsaktionen mündeten jedoch nicht selten in Unruhen und Fluchtbewegungen innerhalb der betroffenen Bevölkerungsgruppen. Zudem blieb die gewaltsame Werbung stets rechtswidrig und da das Militär auf der Suche nach geeigneten Männern auch keinen Halt vor angesessenen Bürgern, Bauern und Kossäten machte, auf die nun wiederum der Landesherr aus ökonomischen Gründen weder verzichten wollte noch konnte, begann der Staat nach Alternativen der Rekrutierung zu suchen. Deshalb wurde schon relativ früh das Augenmerk auf sogenannte Vagabunden und Müßiggänger gerichtet, also auf Personen, die die Wirtschaft eines Landes ohne Einbußen entbehren konnte. Für diesen nicht gerade präzise definierten Personenkreis setzte sich allmählich eine Dienstpflicht durch. Hierfür mussten die lokalen Verwaltungsorgane - Grundherrschaft, Gemeinde, Stadtrat - in die Rekrutierung involviert werden, denn nur sie konnten die entsprechenden Personen aufgrund ihrer Kenntnisse der lokalen Zustände dem Militär melden und deshalb oblag ihnen auch die Entscheidungsfreiheit, wer als Müßiggänger und Vagabund anzusehen war. Erst nach ihren übermittelten Auskünften trat die Armee in Aktion, in dem sie die angegebenen Männer rekrutierten. Wurde jetzt gewaltsam vorgegangen, war die Gewalt staatlich legitimiert und wurde nicht als gewaltsame Werbung angesehen.



Auszug aus dem Kartenblatt 88 des Kartenwerks von Schmettau, 1767-1787, Maßstab 1:50.000, Staatsbibliothek zu Berlin. Preußischer Kulturbesitz, deutlich zu sehen ist der kursächsisch-brandenburgische Grenzverlauf

Einen Überblick über den damaligen Grenzverlauf zwischen Sachsen und Brandenburg erlaubt der Brandenburgviewer, den die Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg LGB bereitstellt. Klickt man auf der entsprechenden Webseite <https://bb-viewer.geobasis-bb.de/> die „Schmettaukarten“ an, ist es problemlos möglich, dem damaligen Grenzverlauf zu folgen.

Die preußische Kantonsverfassung ist die bekannteste Form der Dienstverpflichtung, die nicht mehr temporär mit unterschiedlicher Intensität auf die Untertanen wirkte, sondern mit der Enrollierung aller Jungen eines Jahrgangs in den jeweiligen Kantonen alle männlichen Untertanen erfasste und für alle auch eine Dienstpflicht voraussetzte. Damit wusste die betroffene Bevölkerung von vornherein, dass sie bei Bedarf zum Militärdienst verpflichtet war und man dieser Pflicht auch nachzukommen hatte. Die Kantonverfassung war das Resultat eines mehrjährigen Prozesses und wurde laut Reglement erst 1733 rechtskräftig. Als Friedrich Wilhelm I. zwanzig Jahre zuvor den Thron bestieg, bediente er sich für die Aufrüstung seines Heeres, mit der er sofort begann, bei den bereits vorhandenen und oben beschriebenen Methoden. Schon im Jahr seines Regierungsantritts vergrößerte der junge König die Armee um über 9000 Mann. Sein repressives Vorgehen in Kombination mit der hohen Anzahl an geforderten Rekruten führte dazu, dass viele Soldaten desertierten und wie zahlreiche potenzielle Rekruten über die Grenzen in die Nachbarländer entwichen. Doch damit nicht genug. Der neue König stellte zudem höhere Ansprüche an seine Soldaten, speziell an die Körpergröße. Deshalb wurden die Infanterieregimenter laut Reglement vom 28. Februar 1714 aufgefordert, dass jedes Bataillon jährlich 25 Mann auszurangieren habe, die durch jüngere, sprich größere Rekruten zu ersetzen seien. Das erhöhte den Druck auf die Regiments- und Kompaniechefs, den geforderten Sollbestand einzuhalten, denn durch die Desertionen, die geflohenen potenziellen Rekruten und die zusätzliche Forderung, bestimmte Körpergrößen bei den Rekruten zu beachten, gestaltete sich die Werbung neuer Soldaten äußerst schwierig. Zwar wurde der Druck auch auf die zivilen Behörden übertragen, denen nun die Aufgabe zukam, mögliche Kandidaten den Regimentern zu melden, doch auch diese gerieten an ihre Grenzen, da es nicht in ihrem Sinn sein konnte, benötigte Arbeitskräfte an die Armee abzugeben. Deshalb griffen sowohl die Armee als auch die zivilen Behörden zu einem Vorgehen, das noch heute oft mit der Werbepaxis der preußischen Armee verbunden wird: der gewaltsamen Werbung in benachbarten Territorien.

Von diesen gewaltsamen Werbungen war auch der heutige Landkreis-Potsdam Mittelmark betroffen, der zu großen Teilen bis 1815 zum Kurfürstentum Sachsen gehörte, dessen Kurfürst Friedrich August I. in dem hier zu interessierenden Zeitraum zugleich als August II. König von Polen war. Der andere Teil des Landkreises war brandenburgisch. Hier regierte der als Soldatenkönig bekanntgewordene Friedrich Wilhelm I.

Obwohl besagte Grenze zwei Reichsterritorien trennte, also zwei staatsähnliche Gebilde, denen freilich die Souveränität fehlte, war jene kaum sichtbar. Die stärker frequentierten Straßen mögen Schlagbäume gekannt haben, doch grundsätzlich zeichnete sich die Landesgrenze nur durch Markierungen und Grenzsteine mit dem brandenburgischen und sächsischen Wappen aus. Diese Grenze konnte schnell und unbemerkt passiert werden – von Deserteuren, flüchtigen Untertanen und Soldaten auf der Jagd nach Deserteuren und flüchtigen Untertanen. Dementsprechend verwundert es nicht, wenn die sächsischen Gebiete, die im Umfeld der brandenburgischen Grenze lagen, von preußischen Werbekommandos heimgesucht wurden.

Der preußische Offizier und Militärhistoriker Max Jähns fand im 19. Jahrhundert im Dresdner Archiv noch 18 Bände, die sich ausschließlich mit preußischen Werbeexzessen in Sachsen zwischen 1716 und 1738 beschäftigten. Die hier nun vorzustellenden sechs Vorfälle geben einen kleinen Einblick in die damalige Situation der Werbepaxis. Die Akte, der sie entnommen sind, listet 72 solcher Werbungen auf. Die meisten von ihnen betreffen das heutige Sachsen-Anhalt, einige wenige die frühere Niederlausitz und den heutigen Landkreis Teltow-Fläming. Die Nummern, die den jeweiligen Quellenauszügen vorangestellt sind, entsprechen den Nummern der Akte. Bei der Transkription wurden Abkürzungen aufgelöst und die Groß- und Kleinschreibung sowie die Interpunktion den aktuellen Rechtschreibregeln angepasst. Das gilt auch für die Getrennt- und Zusammenschreibung.

Inhaltlich bieten die Auszüge ein breites Spektrum der damaligen Werbepaxis. Die Nrn. 11 und 12 zeigen märkische Bauern, die in kursächsisches Gebiet mit durchaus großer Truppenstärke vordringen, um die gewünschten Rekruten nach Brandenburg zu bringen. Dabei sind sie nicht nur nachts unterwegs, sondern wagen einen Einfall sogar am Tag. Die Rekruten werden nicht zufällig aufgegriffen, stattdessen suchen die Bauern gezielt nach bestimmten Personen, deren Aufenthaltsort sie zuvor in Erfahrung gebracht haben. Bei den gesuchten Männern dürfte es sich teilweise um gebürtige Brandenburger gehandelt haben [Nrn. 17, 24], die man nun zum Militärdienst verpflichten wollte. Diese gewaltsamen Werbungen unternahmen die Bauern kaum aus Lust am Übergriff. Vermutlich waren die Dörfer Werbig und Görzke aufgefordert worden, Rekruten aus ihren eigenen Reihen zu stellen. Da sie das nicht leisten wollten oder konnten, suchten sie nun gezielt Männer, deren Tauglichkeit sie aus eigener Anschauung kannten, entweder weil sie in ihren Dörfern als Knechte gedient hatten oder vielleicht sogar von dort stammten, und die sie dann statt der eigenen Kinder an die Regimenter abliefern.

Bei den landesherrlichen Behörden stieß besonders der Einfall in das Forsthaus Dippmannsdorf in der Morgendämmerung des 25. Juni 1716 [Nr. 14] auf Empörung, denn die attackierten Forstleute galten als landesherrliche Bedienstete, das Forsthaus als Eigentum des Kurfürsten. Die Kompanien, die gezielt um Belzig Männer warben, lassen sich in zwei Fällen dem Regiment des Generalmajors Johann Sigismund Freiherr v. Schwendy zuordnen, [*Schwindickischen, Schwendichen*, vgl. Nrn. 11, 17]. Es handelte sich dabei um das Infanterieregiment Nr. 24, das erst 1713 aufgestellt und in Spandau und Umgebung stationiert worden war. Die Übergriffe fanden meist in Grenznähe statt. Die betroffenen Orte Schwanebeck [Nr. 4], Ragösen [Nr. 17], hier lag auch die Bullenberger Mühle [Nr. 11], Dippmannsdorf [Nr. 14], Lütte [Nrn. 11, 17] und schließlich Belzig [Nrn. 12, 24] liegen heute alle an der Bundesstraße 102 und waren damals nur wenige Kilometer von der Grenze entfernt. Letzteres galt im Besonderen für die Dörfer Ragösen, Dippmannsdorf und Lütte. Die übergriffigen Bauern stammten aus Görzke [Nr. 12] und Werbig [Nr. 11] nahe der Grenze.

Die lokalen Behörden nahmen die preußischen Übergriffe nicht klaglos hin. Berichte über die Vorgänge um Belzig landeten im Geheimen Konsilium und im Geheimen Kabinett in Dresden, den beiden höchsten Landesbehörden Kursachsens. Schon nach den ersten gemeldeten Vorfällen im Raum Belzig gingen Schreiben am 30. April und erneut am 14. Mai 1716 an die preußischen Geheimen Räte mit der Forderung, die gewaltsam geworbenen Personen mit sofortiger Wirkung freizulassen und die Teilnehmer an den gewaltsamen Werbungen zu bestrafen. Eine Antwort darauf erfolgte verzögert, sodass der sächsische Gesandte am Berliner Hof, der pommersche Adlige und sächsische Geheime Kabinettsminister und Wirkliche Geheime Rat Ernst Christoph, seit 1719 Graf von Manteuffel laut Schreiben vom 12. Juni 1716 aufgefordert wurde, die nötigen Stellen in Berlin an eine Antwort zu erinnern. Schließlich formulierten die sächsischen Behörden am 6. Juli 1716 die Drohung, dass man in Zukunft genauso viele brandenburgische Untertanen entführen würde, wie es von brandenburgischer Seite geschehe. Erfolgreich war die Drohung freilich nicht. Der Einfall in das Forsthaus Dippmannsdorf [Nr. 14] und weitere Übergriffe führten schließlich zu erneuten diplomatischen Anweisungen und wieder wurde der Gesandte v. Manteuffel in den preußischen Behörden vorstellig. Der Erfolg blieb erneut aus. In den folgenden Jahren kam es wiederholt zu Beschwerden aus Sachsen, die die gewaltsamen Werbungen allerdings nicht beendeten. Zwar erließ der preußische König am 9. Januar 1720 ein Mandat, das alle preußischen Werbungen in Sachsen verbot, ein Ende der geschilderten Vorgänge in den Grenzgebieten wurde aber auch damit nicht erreicht.

Quellenauszüge: [Nr. 4] Anno 1716. 14 Tage vor Pfingsten sind 3 Mann von Gens d' Armes, so preußische Montur getragen, zu Pferde ins Dorff Schwanebeck chursächßischer Hoheit, unter das Ambt Belzig gehörig, gekommen und haben einen Wegweiser verlanget, weil aber der Richter Thiele solchen nicht sofort ausgemachet, haben sie deßelben Sohn gleich vor dem Hause weggenommen und indem einer die geladenen Pistohlen herausgezogen und auf ihn gehalten mit den Worten: Du Bestie, wenn du nicht mitwil[ls]t, ich will dich gleich schießen. Ihn also mit abermahliger grober, in fremden Territorio unternommener Gewaltthat gezwungen, daß er ihnen den Weg weisen müßen.

[Nr. 11] Den 4. Mai 1716 haben eine Anzahl märkische Bauern aus Neu-Werbig zur Nacht auf der Pullenbergischen im chursächßischen Territorio und des Ambts Belzig Jurisdiction liegenden Mühle einen Einfall gethan und mit Einlegung einer Wand die Thüre des Pferde-stalles eröffnet, dadurch eingedrungen und den in Schloff befundenen Knecht aus dem Bette gerißen in Meynung, selbigen mit fortzuschleppen, wiewohl dieses, weil er nicht der rechte gewesen, den sie gesucht, noch unterblieben und sie zu Pferde damahlß ihre Retirade genommen; des Tags drauff aber haben [sie] den zuvor in ermeldeter Mühle gewesenenen, iezo aber in der Schneidemühle vor Belzig gedienten Knecht namens George Puldmannen in chursächßischer Heyde und unstreitigen Territorio bey Lütte, daraus er Schneideholz hohlen sollen, 24 Persohnen starck, vom Pferde und Wagen auf der Straße mit Gewalt hinweggenommen, ihme die Hände auf den Rücken gebunden und denselben würcklich mit sich fortgeschleppt, auch der preußischen Miliz ausgeliefert, da er unter dem Schwindickischen Regimente Dienste nehmen müßen.

[Nr. 12] Den 18. Mai [1716] hat eine Parthey märkischer Bauern aus Görzschke zwischen Bencken und dem Eichholze die chursächßischen Gränzen überschritten und einen auf dem Hospitals-Vorwercke zu Belzig dienenden Schäferknecht auf dem Felde aufgesuchet und unerachtet, derselbe aus Gommern bürtig, ihn hinwegnehmen wollen, auch da er entsprungen und des Pächters Leuthe ihm zur Hülffe zusammengesetreten, 2 zugegen gewesene Persohnen zu 2malen mit einem Stocke harte geschlagen.

[Nr. 14] Den 25. Juni 1716 sind 11 Mann königlich preußische Soldaten mit Ober- und Untergewehr im Amte Belzig in das königlich und chursächßisch eigenthümbliche Forsthauß zu Dipmannsdorff frühe in der Dämmerung gewaltsamlich eingefallen, alwo sie einen Knecht unter des Oberförsters Prellens Bette, auch unter der Pferdekrippe und

wo es sonst noch finster gewesen, mit entblösten Degen im Pferde-stalle herumbgesuchet und gestochen, von dar auf dem Hofe unter dem Wagen-Schürr- und andern Ställen, it: in Backofen vorm Hofe alles durchvisitiret, sich darbey auf des Oberförsters Zuruffen auf königliche Majestät in Preußen Ordre bezogen, gefluchet und gedrohet, auch dem Jägerpurschen ein gut Hembde und Flohr umb den Halß aus dem Pferde-stalle mit weggeraubet, daß also auch ihrer königlichen Majestät in Pohlen und churfürstlichen Durchlaucht zu Sachsen Bediente und eigenthümliche Häußer vor dergleichen groben und unerhörten Gewaltthaten weder verschonet geblieben noch am mindesten respectiret worden.

[Nr. 17] *Den 5. Februar 1717 haben eine Parthie königlich preußischer Miliz, wohl 16 Mann starck, von des Generals Schwendichen Bataillon des Nachts anfangs bei Lütte, einem unter das churfürstlich sächßische Ambt Belzig gelegenen Dorffe, mit bewaffneter Hand die Hirtenhäuser erbrochen, Jacob Buroen, den Pferdehirten, geschimpffet und gedrohet; auch ihme 2 Hemden, 18 Groschen werth, geraubet; Jacob Schmieden, dem Schweinehirthen aber die Lade erbrochen, ob sie wohl nichts darauß kriegen können, weil Schmid gleich darzugekommen, und ihn einen etc. gescholten; sowohl Martin Nitzen, dem Schaffhirthen, ein Hemde vor 8 Groschen werth mitgenommen; und in allen 3 Hirthenhäusern nach Peter Habedancken, einen Knecht, gefraget und ihn gesucht, aber nicht gefunden. Eben diese Soldaten sind darauf zu Ragösen als einem auch chursächßischen, an der Landesgränze gelegenen Belziger Ambts-Dorffe des Morgens in aller Frühe den 6. Februar in Joachim Bußens Hoff mit bewehrter Hand [ein]gefallen und ihm den Knecht namens Christian Bußen, ein brandenburgisches Landeskind, hinweggenommen und mit sich nach Spandau geführt.*

[Nr. 24] *Den 20. September 1717 hat ein königlich preußischer Dragoner-Lieutenant, Haacke genannt, einen aus dem brandenburgischen Landen bürtigen Becker namens Johann Andreas Zirpeln, der aber in Belzig, einem chursächsischen Amte, das Bürgerrecht gewonnen, auch eines dasigen Fleischhauers Tochter heyrathen wollen, auszuliefern verlanget, unter diesem wiewohl ungegründeten und mit nichts erwiesenen Vorgeben, daß besagter Zirpel auf seine des Lieutenant Commission von deßen Vater, dem Landrath Haacken, sich hette werben laßen.*

Noch im 17. Jahrhundert war es in Europa gängige Praxis, erst im Angesicht eines militärischen Konflikts Söldner anzuwerben und ein Heer aufzustellen, um es nach Beendigung desselben möglichst schnell wieder aufzulösen, da die damit verbundenen Kosten, wenn nicht vermieden, so doch in einem überschaubaren Rahmen gehalten werden mussten. In Frankreich behielt jedoch Henri IV. nach dem Ende der Religionskriege über 6000 Mann unter Waffen, die Habsburger lösten nach dem Westfälischen Frieden 1648 einen Teil ihrer Regimenter nicht mehr auf und Brandenburg-Preußen begann in den 1660er Jahren ein Heer zu formieren, das in Zukunft ständig unter Waffen stehen sollte. Diese stehenden Heere bildeten fortan ein wesentliches Machtinstrument der absolutistischen Fürsten und so wie die Prachtentfaltung jener Fürsten nach dem Vorbild Versailles` wuchs, wuchsen auch die Mannschaftsstärken ihrer Armeen.

Das französische Heer bestand 1659 aus 72.000 Mann, 1740 waren es 169.000. Als Friedrich Wilhelm I. 1713 den preußischen Thron bestieg, konnte er auf 40.000 Soldaten zurückgreifen, 1720 waren es schon über 56.000 und bei seinem Tod 1740 mehr als 76.000 Mann. Dieser wachsende Mannschaftsbedarf stellte die Staaten bald vor erhebliche Probleme, denn es gab nicht genug Männer, die sich freiwillig zum Dienst mit der Waffe verpflichten wollten.

Deckblatt der Akte Sächsisches Staatsarchiv, 10026 Geheimes Kabinett, Nr. Loc. 03330/03, Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden

3400.

3330.

Nun. 49.

Die Verbündten der Freyheit
Milit. in Sachsen etc.

1717.
18.
19.

gleichen
Ansehen
C. Kellern v.
gefordert, in
die man

Loc. No 510.

Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden
10026 Geheimes Kabinett
Loc. 3330 13

Vor 250 Jahren: Abtrennung der West-Zauche auf königlichen Befehl *Matthias Helle, dr-helle@gmx.de*

Preußen-König Friedrich II., genannt der Große, war regelmäßig auf ‚Revue-Reisen‘. Hierbei ging es um Truppenmusterungen und Heeresschauen. Im Mai 1772 befand sich der König auf Revue im Herzogtum Magdeburg. Aus diesem Anlass hatten sich einige Regimenter, wie gewöhnlich, östlich der Elbe auf der Heide zwischen Körbelitz und Pietzpuhl versammelt. Friedrich II. nutzte häufig solche Revue-Reisen, um sich neben der militärischen Inspektion noch anderen Dingen zu widmen. So ist es auch diesmal geschehen. Er begab sich zum nahen Schloss Pietzpuhl, Wohnsitz des Herrn von Wulffen. Hier muss zur Sprache gekommen sein, dass Pietzpuhl und einige Nachbarorte, obwohl weit im Magdeburgischen liegend, zum Kreis Zauche und damit zur brandenburgischen Kurmark gehörten. Ebenso verhielt es sich mit Küsel, der Herrschaft Leitzkau sowie Groß und Klein Lübars. Sie alle lagen als zauchische Exklaven mitten im Herzogtum Magdeburg. Hinzu kam das Gut Golmenglin, das wiederum als zauchische Exklave in Anhalt-Zerbst lag. Dem Monarchen, um eine effiziente Verwaltung bemüht, missfiel diese Konstellation offensichtlich. „Er urtheilte also, daß es zur Erleichterung der Unterthanen dienen würde“, wenn man die betreffenden Orte „unter die Collegia [die Behörden] des Herzogthums Magdeburg legte“, wie der zeitgenössische Topograph Anton Friedrich Büsching schrieb.

Mit dem Luckenwaldischen Kreis hatte es eine ähnliche Bewandnis. Dessen Gebiet gehörte zum einstigen Erzstift Magdeburg. Deshalb unterstand er noch immer dem Herzogtum Magdeburg, obschon er weit von Magdeburg entfernt, größtenteils von der Mittelmark umschlossen und seit einigen Jahren auch der Kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer als regionaler Behörde zugeordnet war. Der König beschloss, nunmehr den Luckenwaldischen Kreis offiziell der Kurmark zuzuschlagen – und im Gegenzug die westlichen Orte des zauchischen Kreises dem Herzogtum Magdeburg beizulegen. Die Ausarbeitung des konkreten Umgliederungs-Plans wurde von der Magdeburger Kriegs- und Domänenkammer unter Aufsicht des preußischen Finanzministers begonnen, in Berlin von einer Kommission der Kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer weitergeführt, anschließend vom Generaldirektorium, die preußische zentrale, ministerielle Staatsbehörde vollendet. Der König ordnete am 17./18. September 1772 per Kabinettsbefehlen an, die Umgliederung eine Woche nach Pfingsten 1773 zu vollziehen.

Der entsprechende Befehl vom 18. September hat folgenden Wortlaut: „Demnach Se[ine] Königliche Majestät in Preußen, unser allergnädigster Herr, allerhöchst Selbst bemerkt haben, daß verschiedene Districte, Ortschaften und Gegenden der Churmark, besonders des dazu gehörigen Zauchischen Kreises, nahe bey der Stadt Magdeburg, und in dem dortigen Herzogthum belegen; von hier aus aber zu weit entfernt sind, als daß darauf die gehörige Aufsicht gehalten werden könne, woraus denn nichts als Inconvenienzen [= Unzuträglichkeiten], Verzögerungen und Nachtheil im Dienst bisher entstanden: so haben höchstgedachte Seine Königliche Majestät bey diesen Umständen, und da der Luckenwaldische Kreis eben so weit von Magdeburg ab, und der Churmark näher gelegen ist, in Gnaden resolviret [= beschlossen], daß, um allen Irrungen fürs künftige abzuhefeln, und damit alles mit mehr Aufsicht und promptitude [= Eifer, Schnelligkeit] tractiret [= behandelt] werden möge, vorgedachter Luckenwaldischer Kreis von Trinitatis künftigen 1773sten Jahres an zur Churmark, und dagegen der Theil des Zauchischen Kreises, welcher jenseits der sogenannten Bache [= Bach Verlorenwasser] bey dem sächsischen Dorf [Groß] Briesen, inclusive Gröningen [= Grüningen] und Wollin bis an die Buckau liegt, und worinn die in anliegender Specification benannten Oerter befindlich sind, zum Herzogthum Magdeburg verleget, und also diese Districte in Landes- und Hoheitssachen von den resp[onsablen = verantwortlichen] Landescollegiis der Provinzen, wozu selbige gelegt worden, respiciret [= berücksichtigt] werden sollen. Und befehlen daher Allerhöchstdieselben Dero Justiz- und geistlichem Departement hiemit in Gnaden, hiernach an die Justizcollegia und Consistoria das nöthige zu verfügen, jedoch aber denenselben dabey aufzugeben, in den Erkenntnissen sich nach den in jeder Provinz hergebrachten Rechten zu achten. Potsdam den 18. Sept. 1772. [gez.] Friedrich.“

Auf diese Weise wurde vor zweieinhalb Jahrhunderten die bis dahin brandenburgische West-Zauche magdeburgisch. Sie bildete fortan im Herzogtum Magdeburg einen eigenen, den Ziesarschen Kreis. Zu ihm gehörten die Stadt Ziesar, der Flecken Leitzkau sowie 26 Dörfer und 21 Vorwerke bzw. einzelne Güter. Im Jahr 1784 zählte man im Kreis 8.357 Einwohner, ein Jahrzehnt später 8.802 Einwohner. Der hier ansässige Adel blieb im Verband der kurmärkischen Stände und wechselte nicht zu den magdeburgischen Ständen. Gerade bei den Adligen des Kreises sorgte die administrative Umgliederung für Ärger. Sie beschwerten sich nämlich, dass sie bei der Teilung der früher mit den Zauchischen Ständen gemeinsam geführten Kreiskasse benachteiligt worden seien.

Es kam das Jahr 1806 und damit die katastrophale Niederlage Preußens im Krieg gegen das napoleonische Frankreich. Infolgedessen musste Preußen seine Hoheitsgebiete westlich der Elbe abgeben. Vom preußischen Herzogtum Magdeburg verblieben nur die ost-elbischen Kreise Jerichow und Ziesar. Es war naheliegend, beide Kreise einstweilen der brandenburgischen Kurmark anzugliedern. So unterstand die West-Zauche wieder der Kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer, die 1809 zur Kurmärkischen (Bezirks-) Regierung umgewandelt wurde.

Falls in der West-Zauche bzw. im Ziesarschen Kreis die Hoffnung aufgekeimt sein sollte, dass die erneute Zugehörigkeit zu Brandenburg nicht nur zeitweilig sei, so wurde diese 1815 – nach dem Sieg über Napoleon – enttäuscht. Und zwar beschloss die königlich-preußische Regierung, nunmehr das gesamte Staatsgebiet Preußens zu reorganisieren. Das aus alten und neuerworbenen Territorien zusammengesetzte Königreich bedurfte einer administrativen Neueinteilung. Beim Zuschnitt der neuen Verwaltungsbezirke dachte man eher schematisch und nahm auf ‚landsmannschaftliche Bindungen‘ kaum Rücksicht. Im Zuge dieser Reorganisation entstand der Regierungsbezirk Magdeburg, dem laut königlicher Verordnung das vormalige „Herzogthum Magdeburg mit dem einverleibten Ziesarschen Kreise“ eingegliedert wurde. Die West-Zauche war also wieder unter magdeburgerischer Administration. Und damit nicht genug! Der Ziesarsche Kreis verlor seine Eigenständigkeit und wurde 1816 mit dem Ersten Distrikt des alten Jerichower Kreises sowie mit dem vormals sächsischen Amt Gommern und dem zuvor anhaltischen Amt Walternienburg zum Kreis Jerichow I vereinigt.

Es vergingen 136 Jahre, bis es zumindest für einen Teil der West-Zauche eine Quasi-Rückkehr nach Brandenburg gab. In der DDR wurden 1952 die bisherigen Länder und Landkreise abgeschafft. Aus dem aufgelösten Kreis Jerichow I kamen von den west-zauchischen Orten die Stadt Ziesar, die Landgemeinden Boecke, Buckau, Bücknitz, Dretzen, Glienecke, Gräben, Grebs, Köpernitz, Rottstock, Steinberg, Wenzlow mit Grüningen, Werbig, Wollin, Zitz sowie die kleinen Siedlungen Dahlen, Egelinde, Friesdorf, Hohenspringe, Struvenberg und Verlorenwasser an die neuen Kreise Brandenburg-Land und Belzig im ‚märkischen‘ Bezirk Potsdam.



oben: *Ökonomische Enzyklopädie*, Titelkupfer Bd.45 (1789)
 links J.D. Titius, mitte C.F. Germershausen, rechts J.G. Krünitz
 unten: Kirche und vormaliges Pfarrhaus in Schlalach,
 Aquarell Pfarrarchiv Schlalach, Scan von Wolfgang Beelitz, Linthe

Christian Friedrich Germershausen 1725-1810

Jan Zessin, Linthe, J.Zessin@dpdhl.com, www.zessin.info

Es gibt durchaus einige historische Persönlichkeiten unserer märkischen Region, welche im Zeitverlauf leider in Vergessenheit geraten und der Erinnerung wert sind. Christian Friedrich Germershausen, ein für unser Gebiet doch bekannter Pfarrer, stammt aus meinem Nachbardsdorfe Schlalach. Durch die ständig anwachsenden Veröffentlichungen und deren Zugänglichkeit im Internet ergeben sich durchaus neue Erkenntnisse und Zusammenhänge. Mit der eigenen Hausbibliothek aus Beständen aus über 450 Jahren konnte ich die geschichtliche Forschung erweitern. So möchte ich sie mit anderen Interessierten teilen und erlebbar machen.

Im Folgenden bringe ich ein wenig Licht in das Dunkel des Lebens von C. F. Germershausen und der damaligen Zeit. Christian Friedrichs Familie stammt ursprünglich aus dem Magdeburgischen. Sein Großvater Christian (1664-1739), geboren in Magdeburg, war nach seiner Ausbildung von 1688 bis 1690 Pfarrer in Gielsdorf bei Strausberg, wo er seine Ehefrau kennenlernte und dann später ab 1691 Pfarrer in Bochow (ehemals Kirchenkreis Lehnin), heute ein Ortsteil der Gemeinde Groß Kreutz (Havel) war. Dessen Sohn, Johann Christian (1689-1748), Vater von Christian Friedrich, wurde dann ab 1715 Pfarrer in Schlalach, wo er Elisabeth Hövel in Schlalach heiratete. Sie war die Tochter des Joachim Christoph Hövel (1686-1716), Pfarrer in Berge/Westhavelland (westlich von Nauen gelegen). Christian Friedrich entstammte somit einer Familie mit längerer Pastorentradition.

Schlalach befindet sich auf halber Strecke zwischen Potsdam und Wittenberg, ca. 40 km südwestlich von Potsdam. Das Dorf liegt nördlich vom Hohen Fläming und südlich von der Hochfläche der Zauche, zwischen Plane und Nieplitz. Aufgrund der feuchten Niederungen umgingen in der historischen Entstehung die Hauptverkehrswege das Dorf und die Entfernung Schlalachs von einer Handelsstraße spielte in der Dorfentwicklung durchaus eine Rolle. Etwa 8 km entfernt liegt Treuenbrietzen, ca. 45km entfernt auf der mittelalterlichen Landstraße nach Brandenburg a.d. Havel. Vornehmlich über Treuenbrietzen konnte man damals Berlin (ca. 65 km) erreichen.

Im Archiv der Franckeschen Stiftung zu Halle finden sich zahlreiche Briefwechsel des August Hermann Francke (1663-1727) mit Zeitgenossen. Unter anderem sind Briefe des Großvaters von Christian Friedrich an August Hermann Francke belegt. Einer, datiert vom 01.04.1710 in Halle, weist vom Vater Johann Christian die Bitte an die Stiftung um finanzielle Unterstützung für ein Studium seines Sohnes Christian Friedrich aus. 1739 verstarb sein Großvater mit 75 Jahren in Bochow. Vermutlich verbrachte sein Enkel die ganze Jugend in Schlalach. Sein Studium der Theologie hat er im ungefähren Alter von 19-23 Jahren in Halle bis 1748 absolviert. Im gleichen Jahr, als Christian Friedrich gerade mal 23 Jahre alt war, verstarb sein Vater und am 21. November 1748, wurde Germershausen von Seiner Majestät mittelst allerhöchster Kabinettsorder allergnädigst ins Predigeramt im Dorf Schlalach eingeführt. Die Pfarrei war mit zwei Hufen ausgestattet, was auf eine sehr frühe Gründung hindeutet. 1751 im Alter von 26 Jahren ehelichte Germershausen Dorothea Günther entweder in der Sankt Nikolaikirche oder in der Sankt Marienkirche in Treuenbrietzen. Die Ehe blieb kinderlos. Er und seine Frau nahmen in den 1770-er Jahren den Ziehsohn Karl August Bandow (1768-1835) zu sich in ihre Obhut. Karl August war Sohn des Oberpfarrers und Inspektor des Pfarrsprengels in Luckenwalde. Aufgrund des frühen Todes des Vaters von ihm, wurde er von Christian Friedrich Germershausen als Stiefgroßvater aufgenommen. Im Jahre 1781 verstarb seine geliebte erste Frau Dorothea. Später heiratete Germershausen ein zweites Mal, eine Schwester der Ehefrau des Johann Gottlob Schulze, namens Caroline Manger (gest. 1804). Sie war eine geborene Manger und Tochter des bekannten Potsdamer Baumeisters Heinrich Ludwig Manger. Karl August genoss als Kind Germershausens Unterricht und wurde ab dem 10. Lebensjahr nach Treuenbrietzen (1778) und im Alter von 12 Jahren nach Witzke unweit Rathenow (1780-1782) zum Unterricht gebracht. Friedrich Christian hatte noch eine Schwester Dorothea, welche zwei Söhne hatte und in Witzke wohnte. Vermutlich lebte der Ziehsohn dort, weil Christian Friedrichs Ehefrau in jener schweren Zeit verstarb. Anschließend im Alter von vierzehn Jahren kam Karl August in das Hallische Waisenhaus, wo er 3 ½ Jahre die dortige Schule besuchte und im Jahr 1787 die Universität daselbst absolvierte. Im Jahre 1797 erbat sich Germershausen seinen Ziehsohn zum Adjunkt aus und im Jahre 1807 wurde er mit der Anwartschaft auf die Nachfolge im Pfarramt bestätigt. Auffällig für die damaligen Schlalacher Pastoren dieser Zeit ist, dass die Pfarrer seit 1653 bis 1810 über vier nachfolgende Pastoren verwandt waren und alle eine doch relativ lange Amtszeit von ca. 30 Jahren und mehr ausübten.

Am 22. Mai 1810 verstarb Christian Friedrich Germershausen in Schlalach, für damalige Verhältnisse im hohen Alter von 85 Jahren, 29 Jahre nach seiner Ehefrau. Jene Jahre als „Alleinlebender“ nutzte er für seine mannigfaltige Publikationstätigkeit und sein Engagement in der Märkischen Ökonomischen Gesellschaft in Potsdam.

Genealogische Spurensuche ist mit heutigen „modernen Mitteln“ durchaus interessant und bringt hie und da Zufallsfunde mit zu Tage. So war zum Beispiel ein Bruder von Christian Friedrichs Großvater Christian, Johann Stephan Germershausen, welcher eine doch nicht ganz unbedeutende Persönlichkeit war. Der Geheime Obertribunalrat war Direktor der Jurisdiktions- und Examinationskommission noch unter Friedrich dem Großen und er wirkte maßgeblich bei der neuen Einrichtung der Justizämter in der Kurmark mit. Eine Tochter von ihm war Caroline Catharine Frederike Germershausen, sie war wiederum die Mutter von Leopoldine Frederike Caroline Mayer, welche 1801 in Berlin Johann Paul Friedrich Richter (1763-1825) besser bekannt als Schriftsteller „Jean Paul“ heiratete.

Wie lässt sich die damalige Zeit im historischen Kontext fassen, in welcher Christian Friedrich lebte? Regionalgeschichtlich sind einige Ereignisse mit Akten belegt. So unter anderem: Klagen des Amtes und mehrerer Dörfer zum Grund und Boden der Büsche der Stadt Treuenbrietzen (1720); Bau- und Reparaturarbeiten an der Kirche und am Begräbnisplatz in Schlalach (1740), Beschwerden von Kossäten aus Schlalach wegen des ihnen fehlenden und von den Bauern genutzten Ackers (1741-1747), Grenzstreitigkeiten mit Kursachsen und Arretierung des sächsischen Untertanen Georg Nichellmann aus Niederwerbig von brandenburgischen Untertanen aus Schlalach und Saarmund wegen Abholzung von Grenzbäumen (1741-1754), Besetzung der Küsterstelle zu Schlalach (1748) und einige mehr. 1752 erfolgte die Verpachtung der Kirchengrundstücke in Schlalach. 1758 erging eine Beschwerde des Hegermeisters Grashoff in Schlalach über die Entziehung seiner Nebennutzungen aus mehreren Dörfern durch die Stadtbediensteten von Treuenbrietzen. Und 1764 erfolgte die Vererb-pachtung des Vorwerks Schlalach an die Gebrüder von Kalkreuth. Auch wird aus dem Jahre 1767 berichtet, dass eine Bestrafung des Küsters Schüler zu Schlalach wegen eines Vergehens gegen den Inspektor Homp und den Prediger Germershausen (Christian Friedrich) erfolgte. Der Anlass hierzu ließ sich nicht ermitteln.

1773 erfolgte eine frühe Separation zwischen Treuenbrietzen, Schlalach und Brachwitz wegen der Koppelhütung im Legenbusch. Die langwierige Periode von Separationen zog sich noch bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hin. Und Ende des 18. Jahrhunderts kamen, neben Bauern und Kossäten noch eine „dritte Klasse“ innerhalb der Dorfgemeinschaft hinzu, die Büdner. Erst 1808 wurde eine Schule eingerichtet und ein Lehrer in Schlalach angestellt.

„1757 gab es im Dorf 10 Bauernstellen“. Germershausen war im Alter von 32 Jahren und bereits seit neun Jahren der Pfarrer des Dorfes Schlalach. „Wie üblich in den brandenburgischen Dörfern hatte jeder Bauer zwei Hufen. Der Pfarrer verfügte ebenfalls über zwei Hufen, der Schulze über drei und der Krüger über eine. Außerdem bewohnten 10 Kossäten und 13 Halbkossäten das Dorf.“ Sie hatten eigene Höfe, Gehöfte fränkischen Ursprunges, also drei bzw. vierseitig umbaut mit Wirtschaftsgebäuden. „Im Dorf wohnten auch zwei Büdner, zwei verheiratete Hausleute und fünf Einlieger. Das Gutsvorwerk verfügte über 14 Hufen. Die Hufner waren verpflichtet, insgesamt 140 Tage im Jahr Frohn-, Hand-, Hof- und Gespanndienste zu leisten. Bei den Kossäten waren es nur 70 Tage. Das Pfarrhaus lag auch damals mitten im Dorf gegenüber dem Anger, auf dem die Kirche steht. Der Pfarrer war Dorfgenosse, geistlicher Betreuer und Aufseher über das sittliche Leben der Gemeinde.“ Das Kurmärkische Konsistorium, seit 1543 bestehend als Gerichtsinstanz u.a. für Ehesachen, Verwaltung von Schulen und kirchlichen Gebäuden, Berufung und Versorgung der Geistlichen, steuerte diese vorgenannten Angelegenheiten von Berlin aus in der Mark Brandenburg. So bestanden die Einkünfte eines protestantischen Landpredigers aus zwei Hufen, den Pfarrzehnten der Dorfbewohner und deren Dienste für die Kirche und den Pastor. Die Schlalacher Kirche besaß ein Stück Ackerland und drei Wiesenstücke. „Als Gegenleistung erhielten die Gemeindemitglieder geistliche Führung. Der Küster der Kirche bekam jährlich 22 Scheffel, 8 Metzen Getreide und 56 Brote als direkte Lieferung der agrarischen Arbeit des Dorfes. Zudem erhielt er zusätzlich zwei Thaler vom Amt Saarmund. Außerdem hatte er das Recht, vierteljährlich mit einem Korb durch die Gemeinde zu gehen, um Nahrungsmittel als Geschenke zu sammeln. Für das Orgelspielen erhielt er jährlich sechs Thaler.“

„Im Januar 1764 reichte der Hauptmann Kalkreuth eine Bittschrift an den König Friedrich II. ein, in der er zusammen mit seinem Bruder Pächter des Vorwerks Schlalach zu werden ersuchte. Nach weiteren Verhandlungen schließlich wurde der Antrag angenommen und die Gebrüder Kalkreuth wurden Arrendatoren des Dorfes, also Pächter eines zumeist der Landesherrschaft oder dem König gehörenden Guts oder Vorwerkes. Die neuen Pächter verpflichteten sich, die Dienste der Untertanen in Dienstgeld umzuwandeln. Sie haben somit vertraglich dem Wegfall von Hand-, Spann- und Gesindediensten zugestimmt. Außerdem stimmten sie der Ansiedlung neuer Kolonisten im Dorf zu. Jeder Bauer war verpflichtet, 12 Reichsthaler zu entrichten, statt 140 Dienstage zu leisten. Beim Halbbauern war es die halbe Summe. Ein Teil des eingenommenen Dienstgeldes war an das Amt Saarmund abzuliefern, der andere Teil war Einnahme der Pächter. Mit Übernahme des gepachteten Vorwerks wurden die dazugehörigen 14 Hufen geteilt, wovon sechs an Bauern bzw. Kossäten verpachtet wurden, der Rest des Landes verblieb beim Vorwerk. Die Bewirtschaftung des Vorwerks erfolgte mit eigenen Leuten, also Kolonisten oder Büdnern, sogenannte Tagelöhner.“

Im einem Band seines „Hausvaters“ schreibt Germershausen 1785: „Um aber an ökonomischen Erfahrungen nicht arm zu seyn, ist es eben nicht immer nöthig, selbst eine sehr große oder weitläufige Wirthschaft zu betreiben, ob es mir gleichfalls eine geraume Zeit hindurch daran gar nicht gefehlet hat. Denn da einer meiner nächsten Anverwandten, seiner Neigung und vormaligen Lebensart zuwider, das königliche Vorwerk allhier, welches ehemals zweien Rittersitze ausmachte, in Pacht übernommen, und theils Alters, theils Schwachheit halber, mich an die 10 Jahre, bis an sein Ende hindurch zur Unterstützung als Theilnehmer oder Rathgeber bey allen seinen Wirthschaftsoperationen gehabt hatte, so habe ich frühzeitig genug Gelegenheit gehabt, praktische Kenntnisse in der Landwirthschaft zu erlangen, und solche immer mehr zu erweitern.“ Leider ist über die „von Kalkreuth oder Kalkreut(h)“, eines schlesischen Adelsgeschlechts, kaum etwas Verwertbares zu den beiden Brüdern zu finden. Warum Germershausen jene Pächter als seine Anverwandten beschreibt, kann leider nicht belegt werden. Demzufolge half Germershausen etwa zehn Jahre lang mit bei der Bewirtschaftung des königlichen Vorwerks. Er selbst betrieb einen kleinen Hof, auf dem er in den 1780er Jahren mit Erfolg Schafe züchtete, worüber er auch zwei Bücher „Das Ganze der Schafzucht“ schrieb.

Die Büdner waren eine neue soziale Schicht im Dorf. Sie besaßen relativ kleine Häuser mit Garten und keine ausgedehnten Äcker und Wiesen wie die Bauern. Im Jahr der Pachtübernahme der von Kal-kreuths wurden auf dem abgetretenen Land des Vorwerks am nördlichen Dorfrand, drei Büdnerhäuser gebaut. Die meisten Schlalacher Büdner waren Handwerker oder ehemalige Soldaten. Das Ziel, Kolonisten anzusiedeln war insbesondere vom König Friedrich II. maßgeblich gefördert worden durch seine sogenannte Peuplierung- bzw. Bevölkerungspolitik. Sie sollten wie im Oderbruch und anderswo die Landwirtschaft befördern. Das Vorwerksdorf war somit für den König Einnahmequelle und ein Bevölkerungsprojekt.

In den preußischen Ländern wurden akribisch statistische Aufzeichnungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse geführt. Im „Manual über Allgemeine Einnahme und Ausgabe des königlichen Vorwerks Schlalach“ 1763-1764 wurden die agrarischen Produkte wie auch beschaffte Konsumgüter regelmäßig vermerkt. „Die Hauptezeugnisse waren Gerste (davon wurden Produkte im Werte von 748 Reichsthalern jährlich verkauft), Roggen (498 Rthl.), Weizen (318 Rthl.), Stroh (229 Rthl.), Hafer (114 Rthl.), Heu und Gras (86 Rthl.) und Flachs (84 Rthl.). Die Produkte wurden hauptsächlich in Treuenbrietzen und Potsdam vermarktet. Von außerhalb kaufte man neben anderen Produkten auch Bier, Fleisch, Butter, Mehl, Heringe, Essig. So stand das Vorwerk in regelmäßiger Verbindung mit den umliegenden Dörfern und Städten. Die Pächter lieferten jährlich 1077 Reichsthaler an das Amt Saarmund.“

Die Separation in Deutschland begann Ende des 18. Jahrhunderts. Bereits 1756 wurde in Schlalach eine frühe Form der Separation vorgenommen. Eine Flurbereinigung, welche die private Neuverteilung der vormals gemeinsam genutzten landwirtschaftlichen Flächen zum Ziel hatte. Nachweislich erhielten die Schlalacher 1756 einen größeren Handlungsraum in der Waldnutzung gegenüber der Stadt Treuenbrietzen, welche die Eigentümerin zu jener Zeit war. Weitere Separationsschritte kamen in Folge zwischen Schlalach und den umliegenden Dörfern zustande. So die Separation der Koppelhütung des Nichelschen Busches zwischen Nichel und Schlalach (1777-1783). 1777 klagten die Schlalacher, dass das Nichelsche Vieh die morastige Weide innerhalb der Schlalacher Gemarkung niedergetreten habe, so dass sie „unter Wasser“ stand. Aufgrund dessen beantragten die Schlalacher eine Separation beim Amt Saarmund. Der Ökonomische Kommissar des Amtes, Siebrand, leitete die daraufhin eingeleiteten Untersuchungen. Die Umsetzung dauerte bis 1783. Gleichartige Bestrebungen gab es 1778 zwischen Brachwitz und Schlalach.

Das Amt Saarmund, eine landesherrliche Verwaltungseinheit, war für das Dorf Schlalach und für das königliche Vorwerk zuständig. Das Amt umfasste um 1800 neben Saarmund 29 Dörfer, 11 Vorwerke oder Mühlen und zwei größere Forste. So wurden im Laufe der Zeit die Nutzungsrechte der Bauern umverteilt und dadurch änderten sich ebenso die bäuerlichen Besitzrechte. Die Bauern arbeiteten nunmehr im stärkeren Maße für sich selbst mit eigener Produktvermarktung und der Staat wurde nun die neue Herrschaft, nicht der Gutsherr oder Gutspächter. Außerdem waren da die Pächter des Vorwerkes, welche nunmehr selbst Personal akquirieren und entlohnen musste. Alle wurden mehr oder weniger vom Amt Saarmund „gesteuert“.

In den Jahren 1775-1776 gehörte auch Schlalach zu einem größeren Meliorationsprojekt der königlichen Regierung. Wesentliches Ziel war die Regulierung der Nuthe, einschließlich der Nieplitz. Davon betroffen waren 34 adlige Dörfer, 45 königliche Vorwerksdörfer sowie fünf Städte. Der Mühlengraben in Schlalach von Nichel bis Birkhorst war Teil des Entwässerungsvorhabens für mehr nutzbares Ackerland einschließlich der Eindämmung potenzieller Überflutungsgefahren bei Nuthe und auch der Nieplitz von deren Quelle bei Frohnsdorf über Treuenbrietzen und Beelitz bis in die Nuthe bei Gröben. So wurde der einst sumpfige Boden von Schlalachs Umgebung für die Agrarwirtschaft nutzbar. Die zusätzliche Besiedelung mittels Kolonisten ging vielfach mit Meliorationen von Flussniederungen einher und somit auch einer Erschließung von Ödland für die Agrarproduktion.

Dass Friedrich der Große sich oftmals auf seinen Reisen um sein Land kümmerte, belegt auch folgender Aktenauszug aus dem Preußischen Staatsarchiv: So fragt er, eben von einem seiner Kriege zurückgekehrt, noch mit Staub bedeckt, wie de Launay als Augen- und Ohrenzeuge berichtet, den Minister Michaelis, warum nach der sächsischen Grenze hin noch so viel unbebaute Strecken lägen? und erwidert nach erhaltener Auskunft, dass es den Besitzern dieser Ländereien, armen Edelleuten und Gemeinden, an den Mitteln zur Urbarmachung fehle: „warum man ihm das nicht früher gesagt habe? Man wisse doch ein für allemal, dass, wenn etwas in seinen Staaten über die Kräfte der Unterthanen gehe, es ihm obliege, die Kosten zu übernehmen, so dass den Unterthanen nur übrig bleibe, die Früchte davon einzusammeln. Er assignire hiermit 300.000 Thlr. zur Urbarmachung dieser Ländereien, und wenn diese Summe nicht hinreiche, werde er mehr thun.“

Der zunehmende Brenn- und Bauholzbedarf aufgrund von Neusiedlungen ganzer Kolonistendörfer führte auch zur Holzverknappung und zum Holzmangel am Ende des 18. Jahrhunderts. Germershausen plädiert 1792 in einer seiner Publikationen für einen Unterricht im Baumpflanzen angesichts des drohenden Mangels. Dieser erhöhte auch den Preis der Pottasche für die Herstellung von Seife. Seit den 1760er Jahren verschwanden zusehends die selbstverständlichen Waldnutzungsrechte der Dorfeinwohner. Gleichzeitig regulierte die königliche Regierung immer mehr den Häuserbau und kontrollierte das Hauen von Brennholz. Vermehrt gab es herrschaftliche Erlasse zum Umgang mit Holz.

Und wie sah es weltgeschichtlich in Christian Friedrichs Lebenszeit aus? Auch die Geschichte erhellt die Lebenszeit von Christian Friedrich Germershausen (1725-1810). Nachfolgend möchte ich kurz auf historisch bedeutsame Ereignisse eingehen, um die Lebensbedingungen der Menschen zu jener Zeit anzudeuten. Parallel hierzu werden „Lebensbausteine“ Germershausens chronologisch gespiegelt.

-1740: Friedrich der Große wird König von Preußen. Mit Ableben seines Vaters, des sogenannten „Soldatenkönigs“ Friedrich Wilhelm I. Christian Friedrich ist gerade einmal 15 Jahre alt. Sein Vater Johann Christian ist von 1715 bis 1748 Pastor in Schlalach.

-1740-1748: Österreichischer Erbfolgekrieg (Erster und Zweiter Schlesischer Krieg) während Christian Friedrich 16-23 Jahre alt ist. Er hat zu jener Zeit seine Lehr- und Studienjahre zu absolvieren. Im November 1748 übernimmt mit 23 Jahren Christian Friedrich von seinem Vater das Pastorenamt.

-1756 bis 1763: Es wütet der Siebenjährige Krieg in Europa. Aus preußischer Sicht wurde der Siebenjährige Krieg auch als Dritter Schlesischer Krieg bezeichnet. Währenddessen ist Christian Friedrich in seinen besten Jahren (31-38 Jahre alt). In diesem Alter befindet er sich inmitten seines beruflichen Werdegangs als Pastor.

-1775-1783: Amerikanischer Unabhängigkeitskrieg. 1777 veröffentlicht Germershausen im Alter von 52 Jahren seinen ersten von fünf Bänden „Die Hausmutter in allen ihren Geschäften“ und bereits 1781 erscheint der fünfte und letzte Band.

-1778-1779: Bayerischer Erbfolgekrieg.

-1780-1784: Englisch-Niederländischer Krieg. Schon 1780-1785 erfolgt, wohl aufgrund der hohen Nachfrage der Leserschaft, die zweite Auflage „Die Hausmutter“.

-1783: Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika im Frieden von Paris vom Königreich Großbritannien anerkannt. In jenem Jahr wurde die erste von der fünfbandigen Ausgabe „Der Hausvater in systematischer Ordnung - vom Verfasser der Hausmutter“ veröffentlicht. Ebenso noch im gleichen Jahr erschien sein Buch „Entwürfe und Kostenberechnungen zur Meublierung der Wohngebäude, für Hausmütter sowohl als Hausväter von verschiedenen Ständen. Herausgegeben von dem Verfasser der Hausmutter“. Germershausen ist 58 Jahre alt und veröffentlicht seine kommenden Werke oftmals nur mit der bescheiden formulierten Autorenumschreibung „vom Verfasser der Hausmutter“ (bezugnehmend auf sein berühmt gewordenes Hauptwerk).

-1786: König Friedrich der Große stirbt im August im Alter von 74 Jahren in Potsdam. Germershausen beschließt seinen „Hausvater“ mit dem fünften und letzten Band im Alter von 61 Jahren.

-1789-1799: Französische Revolution. In der Zeit von 1789/91 erscheinen zwei Bände von Germershausen mit dem Titel „Das Ganze der Schafzucht aus Beurtheilung und Berichtigung älterer und neuerer Theorien nach Gründen und eigener Erfahrung“.

-1791-1794 erscheint die nunmehr dritte Auflage der „Hausmutter“. Ebenfalls im Jahr 1791 im August findet in Potsdam die Gründungsveranstaltung der Märkischen Oeconomischen Gesellschaft zu Potsdam statt, wobei Germershausen einer der Gründungsinitiatoren, gemeinsam mit seinem Schwager, war. Im Jahre 1791 gibt es eine weitere Publikation Germershausens „Des Herrn Präsidenten von Beneckendorff Abhandlung von richtiger Bedüngung der Felder“. Germershausen bezieht sich auf eine Schrift Beneckendorffs „Abhandlung der Lehre von der richtigen Bedüngung der Felder“ von 1784. Auch erschienen im selbigen Jahr noch die zwei weiteren Bände „Die Geschäfte der Hausmutter in der Gesinde- und Herrschaftsküche“. Die beiden ersten Bände seiner Hausmutter ließ er mit einigen Vermehrungen unter anderem Titel wieder abdrucken.

-1795-1799 erscheinen, ebenfalls noch zu Zeiten der französischen Revolution, ganze vier Bände des „Oekonomisches Reallexicon: worinn alles was nach den Theorien und erprobten Erfahrungen der bewährtesten Oekonomen unsrer Zeit zu wissen nöthig ist in alphabetischer Ordnung zusammengetragen, berichtet und mit eigenen Zusätzen begleitet wird“. Bei Beendigung des Werkes ist Germershausen bereits 74 Jahre alt.

-1806: Schlacht bei Jena und Auerstedt; Napoleon Bonaparte marschiert mit französischen Truppen in Berlin ein. Ende des Heiligen Römischen Reiches durch Abdankung des Kaisers Franz II.

-1807: Leibeigenschaft, Erbuntertänigkeit sowie Gutspflichtigkeit in Preußen aufgehoben durch die Stein-Hardenbergsche Reformen 1807–1815

-1808-1809: C.F. Germershausen wird für ein Jahr Direktor der MÖG zu Potsdam (7. Direktor in Folge) im 83. Lebensjahr, nachdem er 1807 seine Pastorenstelle in Schlalach nach fast 57 Berufsjahren aufgab. Nachfolger dort wurde sein Ziehsohn Karl August Bandow (1768-1835).

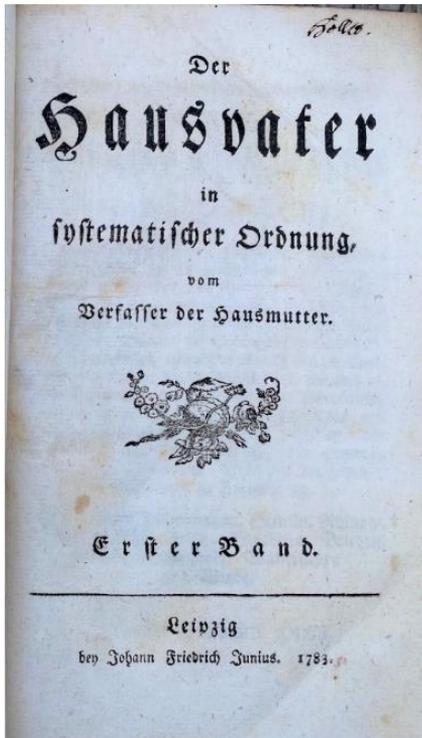
-1809: Österreichisch-Französische Krieg

-1809-1812: Die vierte Auflage der „Hausmutter in allen ihren Geschäften“, ergänzt von Dr. Fr. E. G. Gericke, Ober-Amtmann zu Kloster St. Lüdgeri bei Helmstedt, erscheint. Christian Friedrich zählt bereits 84 Lebensjahre. Ein Jahr darauf, 1810, verstirbt er mit 85 Jahren.

Unter diesen vorab skizzierten Lebensumständen im familiären und historischen Kontext begann der Schlalacher Pastor sich vermehrt ab den 1770er Jahren mit der Schriftstellerei zu beschäftigen. Innerhalb eines Zeitraumes von 25 Jahren veröffentlichte er, beginnend mit den fünf Bänden „Die Hausmutter in all ihren Geschäften“ (1778-1781), ganze 23 Bücher. Sein erstes Buch schrieb er mit 53, sein letztes noch im Alter von 78 Jahren. Anlassgebend für seine ersten Arbeiten war ein sechsbändiges Werk des Gutsbesitzers Otto von Münchhausen unter dem Titel „Der Hausvater“ (1764-1773), denn hierauf bezieht sich Germershausen mehrfach in seinen Büchern. Er war einer der ersten Schriftsteller in der deutschen Wirtschaftsgeschichte hinsichtlich einer systematischen bzw. möglichst vollständigen Haushaltungskunde, mit welcher er sich ausschließlich an die Frauen als Leserschaft gerichtet hat.

Er selbst schreibt im Vorwort zum ersten Band „Da ich die sämtlichen Geschäfte der Hausmutter beschreibe, so habe ich dem Werke den Titel: Hausmutter gegeben; damit der so bekannte als beliebte Hausvater des Herrn von Münchhausen (obgleich derselbe in seinem Fache nichts systematisches geliefert hat,) in der ökonomischen Bibliothek, nicht länger gleichsam mehr paarlos gefunden werde.“ Da er 1783-1786 bereits die fünf Bände seines Hausvaters unter dem Titel „Der Hausvater in systematischer Ordnung“ veröffentlichte, konnte er doch einen Großteil des Lebens eines Hausvaters und einer Hausmutter, als einer Familie auf dem platten Lande, verbinden und abbilden. So stellte er eine doch fast lückenlose Anzahl der damaligen, zeitlich anfallenden Tätigkeiten jener Zeit dar. Es handelt sich im Grunde um eine Art frühe Ratgeberliteratur, die nicht nur die Haushaltsführung und Fragen rund um die Landwirtschaft inklusive Viehzucht, Forstwirtschaft, Jagd und Imkerei behandelte, sondern auch Regeln für Familie, Ehe und Kindererziehung sowie den Umgang mit dem Gesinde aufstellte. Rückblickend wurde Germershausen so in der Literaturgeschichte zum letzten Repräsentanten der Hausväterliteratur in Deutschland. Seine durchaus ökonomischen Betrachtungen richteten sich insbesondere im deutschen Sprachraum an die gebildeten Besitzer von Landgütern. Interessanterweise erfuhr sein Hauptwerk „die Hausmutter“ in Folge mehrfache Auflagen, so erschien noch 1809-1812 die 4. Auflage, also zum Teil noch nach Germershausens Ableben. Zusätzlich erschienen Auszüge aus seinem Ursprungswerk unter anderen Titeln: „Hausmutter-kalender über jeden Monath vorfallenden vornehmsten Geschäfte der Hausmütter“ (1781), „Auszug aus der Hausmutter, vom Verfasser derselben“ (1782) oder noch 1803 „Die Hausmutter im Küchen- und Kräutergarten oder gründliche Anleitung zu richtiger Behandlung aller in der Haushaltung nöthigen Gemüse, Gewürz- und medicinische Kräuter, bey ihren Anbau, Einsammlung oder Einkauf, deren gute Erhaltung und nützlichen Gebrauche“. Offensichtlich hatte Friedrich Christian einen „Nerv der Zeit“ getroffen. Die Nachfrage nach seinen „Hausmütter Büchern“ war so groß, dass auch die Verleger Johann Friedrich Junius und Johann Gottlob Feind in Leipzig daran gesteigertes Interesse hatten.

Weitere Bücher mit Germershausen als Autor erreichten eine Leserschaft 1783 „Entwürfe und Kostenberechnung zur Meubliung der Wohngebäude“, 1789-91 „Das Ganze der Schafzucht aus Beurtheilung und Berichtigung älterer und neuerer Theorien nach Gründen und eigenen Erfahrungen“, 1791 „Des Herrn Präsidenten von Benekendorf Abhandlung von richtiger Bedüngung der Felder verbessert und vermehrt durch C. F. Germershausen“ und abschließend nochmals vier ganze Bände 1795-99 „Oekonomisches Real-Lexicon“.



Den reichhaltigen Schatz, welchen Germershausen mit seinen zehn Bänden von der Hausmutter und des Hausvaters hinterlassen hat, sind insgesamt über 7.600 beschriebene Seiten, und gibt vielfachen Einblick in das Leben unserer Vorfahren und längst vergangener Tage. Im ersten Band der Hausmutter widmet er sich den Geschäften der Hausmutter in der Küche des Gesindes. Damals, zumindest bei größeren Wirtschaften mit Knechten und Mägden, gab es durchaus nur eine Küche, jedoch mit zwei getrennten „Speiseplänen“ und Herrschaft und Gesinde nahmen ihr Essen nicht am gleichen Tisch ein. Anschließend werden allgemeine Regeln für die Zubereitung und Darreichung der Gesindekost aufgelistet. Die Regeln untermauert er auch mit eingängigen Geschichten, die der einfache Landmann/-frau auch verstehen konnten. So z.B. von Reinlichkeit, Ordnung und Tageszeit des Essens sowie die Veränderung der Speisen bis hin zu Speisevorräten. Auch für den Umgang mit dem „Murren des Gesindes über das Essen“ gibt Germershausen Rat.

Die Schlüssel zur Speisekammer und für den Keller sind von der Hausmutter gut zu überwachen. Danach erfolgen Anweisungen wie die Speisen des Gesindes zu bereiten seien. Das ist eine Art Kochbuch mit allerlei Rezepten für die Küche. Von Suppen, Kaltschalen, Vorkosten oder Gemüse, Zukost und Brot, Braten, Fleisch, Fisch und Kuchen etc. Hinzu kommen noch Diätetische Regeln, Zeit- und Dauerspeisen (jahreszeitbedingtes Essen, Speisen zur Erntezeit). Bei den diätetischen Regeln geht es um gesundes Brot und Fleisch wie auch um nicht verbrannten Braten etc. Zudem beschreibt er eine Form einer zusammenhängenden Gesindespeisung, z.B. Speiseplan in einer Erntewoche, Anschlag und Berechnung der jährlichen Gesindekost, wobei er zwischen weiblichem und männlichem Gesinde unterscheidet, sowie Gesindespeisungsdeputat. Auch gehören natürlich Getränke, wie Bier und Branntwein dazu, welche sonntags zur Mittagszeit oder auch während der Erntemonate gereicht wurden. Weiter geht es mit den Geschäften der Hausmutter in der Küche des Mittelmannes, womit die Speisen für die Herrschaftsfamilie gemeint sind. Nach allgemeinen Regeln kommt nun eine Art Kochbuch für die Herrschaft. Dieses ist natürlich weitaus reichhaltiger an Rezepten und Zutaten. Allein 15 verschiedene Kaltschalen, 45 Vorkosten, 57 Fleischgerichte etc. werden aufgezählt und ihre Zubereitung erläutert. Natürlich beschreibt er auch die bereits damals schon „berühmte“ märkische Rübe.

Im zweiten Band der Hausmutter widmet er sich den Backwaren mit immerhin 130 Kuchen- und Gebäckrezepten. Gefolgt von Pasteten aller Art, wiederum diätetischen Regeln und Anweisungen zu Ordnung und Zierlichkeit bey dem Anrichten und Auftragen der Speisen. Im Anschluss geht es um das Hausschlachten, das „Aufbehalten der Fische durch Mariniren, Räuchern und Einpökeln“ sowie die „Anschaffung und Aufbewahrung vegetabilischer Dauerspeisen zum bereitesten Küchengebrauche“. Beim Letzteren geht es hauptsächlich um Obst und Gemüse, dem Obstdörren (Trockenobst) und Musskochen etc.

Im dritten Band der Hausmutter geht es um das Einmachen der Obstfrüchte, die monatliche Folge des Tafelobstes für den Nachtsch (hinsichtlich der Frage, wann sind welche Obstsorten verfügbar), „Kenntniß der Gewürze und andrer Speisebedürfnisse“, „Oel aus einheimischen Vegetabilien“. Weitere Kapitel beschäftigen sich mit dem Kochen der Seife und mit dem „Lichtziehen, Lichtgießen“ inklusiver dem „wohlfeilste Geleuchte“. Dann weiter von den Waschgeräten, „Vorbereitung des Zeugens zum Waschen“, von Ausbesserung der Wäsche bis zu „Waschen des groben oder des Gesindezeuges“. Hausbacken zur „Brod Herstellung“ und Bierbrauen beschließt den 3. Band.

Im vierten Band der Hausmutter geht es um das Destillieren, also um das Brandweimbrennen. Dann folgen das Essigmachen, Bereitung des Meths und des Cidres, „Allerley wohlschmeckende und arznei-sche Getränke“, insbesondere von Obstweinen. Spannend ist, warum das Branntweimbrennen bei der Hausmutter und nicht, wie eigentlich zu erwarten wäre, beim Hausvater zugeordnet ist. Beschrieben wird die Bearbeitung von Milch, Butter und Käse. Weitere Kapitel widmen sich dem Flachsbaum auf dem Felde und der Vorbereitung des Flachses zum Spinnen. Dann folgt das Spinnen, Das Verweben des Garns zu allerley Leinen und „Mancherley Bearbeitungsarten der Leinewand“. Darauf folgen das Bleichen, dann ausländische Leinewandsorten, verschiedene Spitzen oder Kantensorten sowie die Aufbewahrung und Erhaltung des Leinenzeuges. Anschließend geht es um die Tierzucht: die Rindviehzucht, die Schweinezucht, die Federviehzucht und ein Kapitel über Poularderiegeflügel.

Im fünften Band der Hausmutter: Lebensbeschreibung einer vortrefflichen Hausmutter. In welcher er eine vermeintliche oder tatsächlich einmal erlebte Hausmutter in ihrem Wesen und ihrer Art beschreibt. Unter dem nächsten Kapitel „Zweckmäßiges Leben der Hausmutter“ gibt er jungen Hausmüttern Regeln: u.a. zum Hauptzweck aller Wirthschaften, „Wirtschaftsfuß, Wirtschaftsetat“, „Das Halten der Wirthschaftsbücher“, die Sparsamkeit als eine Haupttugend rechtschaffener Hausmütter, „Ordnung in Haus- und Wirthschaftsgeschäften“, oder den Rat „Ohne der genauesten Einträchtigkeit des Hausvaters und der Hausmutter kann keine rechte Ordnung im Haus- und Wirthschaftswesen nicht erhalten werden“. In einem weiteren Kapitel geht es um die „Regierung des weiblichen Gesindes“. Interessanterweise ist die Hausmutter fürs weibliche Gesinde und die eigenen Kinder verantwortlich, hingegen der Hausvater für das männliche Gesinde. Ausagen über die Wahl von neuem Gesinde, die Bedeutung der Religion fürs „Dienstvolk“ (Gottesdienste privat und öffentlich), Entlohnung und Verhaltensplan, „Ueppige Tanz- und Spielgesellschaften des Gesindes“, „Schlafstellen des weiblichen Gesindes“ u.v.m. Oft haben Mägde mit den Kindern der Dienstherrnenfamilie zusammen genächtigt, hingegen die Knechte meist nur im Stall. Im Kapitel „Lebensart der Schwangeren“ geht es um Kindsgeburten. Die Zeit des Wochenbettes wird beschrieben, dann Kindtaufen und Wochenvisiten, Behandlung neugeborener Kinder und einige „Zufälle der Kinder“. Letzteres meint Krankheiten bzw. andere „nicht normale Auffälligkeiten“. Es folgen mehrere Kapitel über Erziehungsperioden künftiger Hausmütter. Ausstattung der Töchter, Hochzeit, dann Gastmahle, Familienfeste, Visiten. Beim Kapitel „Leichen“ geht es um Kosten für Särge und Einkleidung der Verstorbenen, Begräbnisorte und Trauer an sich.

Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit dem „Verhalten der Hausmutter vor, bey und nach gewissen Unglücksfällen“, insbesondere Feuersbrünste und Brandschäden und dem Verhalten bei gewaltsamen Einbruch der Diebe. Bemerkenswerterweise spricht Germershausen auch andere „Unglücksfälle einer Hausmutter“ an, so: „Der Ehegatte, ein Spieler“, „Der Ehegatte, ein Treuloser“ oder „Der Ehegatte ein Sorgloser, ein Karger, ein Verschwender, ein Wagehals, ein Eigensinniger, und Närrischer zugleich oder auch ein Mann ohne Religion“. Abschließend folgen noch „Berechnetes Hausgeräthe fürs Gesinde“ (Betten, Tisch- und Stubenmöbel, Küchen- und Kellengeräthe etc.) sowie „Beschriebenes und Berechnetes Hausgeräthe für Herrschaften“. Bei Letzterem geht es der Vielseitigkeit nach natürlich auch ein wenig üppiger zu als beim Gesinde. Eine detaillierte Beschreibung von verschiedensten Arten von Tischen Sitzmöbel, Sofas und Kanape's, Schränken, Betten sowie Koffer und Kommoden etc. Den Abschluss des letzten Bandes bildet ein Hausmutterkalender über die „jeden Monath vorkommenden vornehmsten Geschäfte der Hausmutter“.

Der ersten Band des Hausvaters von Germershausen beinhaltet auch zuerst allgemeine Regeln, wie bei der Hausmutter. Unter anderem solchen wie z.B. „Der Landwirth kann ohne Kenntniß der Wirthschaftsregeln nicht bestehen“. Auf alle Phasen hinsichtlich eines Landbesitzes geht er ein. Von der „Erlangung der zu bewirtschaftenden Güther“ über „Das Kaufen und Verkaufen, Pachten und Verpachten der Güther“, „Berichtigung der Gränzen“ und Haltung der Grund- und Lager- und Hausbüchern bis zur „Einrichtung des nöthigen Wirthschaftsfußes“. Im Folgenden schreibt er über die Notwendigkeit einer „Uebereinstimmung des Hausvaters und der Hausmutter in die innere Haushaltung“. Danach geht es im Weiteren um die „Regierung des männlichen Gesindes“, wie bei der Hausmutter, das Pedant zum weiblichen Gesinde mit ähnlichen Regeln. Auch findet Erwähnung, dass die Herrschaft die Befugniß ihr Gesinde zu züchtigen besitzt“. In den folgenden Kapiteln werden dann Grundsätze zur Bestellung des Ackers, „Kenntniß des verschiedenen Erdreichs“, die „Mischung verschiedener Erdarten zur Beförderung der Fruchtbarkeit“ und die „Gewöhnlichen und ungewöhnlichen Düngungsarten“ behandelt. Abschließend das Graben und Pflügen und das Eggen und Walzen.

Der zweite Band des Hausvaters enthält Tätigkeiten des Ackerbaue, das Säen, Abhandlungen über den Einfluß der Witterung auf die Ge-

wächse, das „Aerndten“, das Dreschen., das „Aufbewahrung und Verwendung der mancherley zur eigenen Consumption und Verkauf“ sowie über die „Behandlungsart jeder Feldfrucht besonders“.

Im dritten Band geht es um Oeltragende Pflanzen, dem Pressen des Oels anhand von Ölmühlen, dem Wiesenbau mit Kräutern und Gräsern, um Futterkräuter fürs Vieh, um die „Huthweiden“ und deren Beschaffenheit. In einem folgenden Kapitel geht es um den Küchengarten, um Mistbeete und Düngung des Gartens, vom Besäen über jäten zum Begießen und Verpflanzen verschiedener Gemüsearten.

Der vierte Band des Hausvaters enthält noch die Fortsetzung zum Küchengarten, gefolgt von Gewürz- und Handelskräutern, der Obstbaumzucht, dem Weinbau, einschließlich der „besten Arten des Weinmachens, Pflege und Erhaltung der Weine im Keller“. Diesen Band beschließt eine längere Abhandlung über die „Oekonomische Bauwissenschaft“. Jene enthält das Wesentlichste, nämlich eine Anleitung zum landwirtschaftlichen Bauen, sprich das Errichten von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden wie Stall, Scheune etc. auf einem Gehöft. Das beinhaltet auch eine Beschreibung der Baumaterialien, „Wände und Mauern, nebst ihren Grundbauen oder Fundamenten in der Erde“. Auch „Verschiedener Grund und Boden, worauf vorbeschriebene Wände können aufgeföhret werden“, verschiedene Arten von „Beda- chungen“. Aber auch in einem weiteren Kapitel die „Größe des innern Raums, welchen Landgebäude zu Wohnungen, zu gewissen Verrichtungen, Aufbewaltung der Vorräthe, u.s.f. haben müssen“, und Zusammensetzung dergleichen Gebäude, „nach den gefundenen Größen, an die schicklichsten Oerter, damit sie ein ganzes Gehöfte ausmachen“. Abschließend beschreibt Germershausen noch folgendes „Zusammensetzung vorbeschriebener Gebäude zu einem Bauergehöfte“, „Einige andere zur Bauwissenschaft gehörige Sachen“ und die Kalkulation von Bauanschlägen.

Im letzten und fünften Band seines Hausvaters beschreibt er die typischen Waldbäume, die Pferdezucht, die Schafzucht, die Bienenzucht.

Damit hatte Germershausen für sich und seine Person und seinen weiteren Fortgang und Lebensentwicklung ein Fundament geschaffen, von welchem er bis zu Lebensende „zehren“ sollte. Nebenbei sei angemerkt, das 1789 in Moskau (vermutlich ein Raubdruck) eine verkürzte Ausgabe des Hausvaters in russischer Sprache erschien.

Darüber hinaus war der Schlalacher Pfarrer auch anderweitig fleißig am Schreiben und Publizieren. Seine weitere reichhaltige, fleißige Publikationstätigkeit vor allem im Wittenbergischen Wochenblatt wie

auch im Leipziger Intelligenzblatt gibt Aufschluss über seine Aktivitäten. Zahlreiche Artikel in den von Germershausen bevorzugten Veröffentlichungsmedien erschienen im Laufe von seiner rund 40-jährigen fleißigen Autorenschaft. Die vorgenannten Zeitschriften waren zu jener Zeit wohl die verbreitetsten und bekanntesten in Germershausens Lebensumfeld. Bemerkenswert ist, dass er als Brandenburger sich für sächsische Zeitungen für seine Artikel zur Veröffentlichung entschied. So erschien beispielhaft „Gnädigst privilegirten Leipziger Intelligenz-Blatt“ 1781 „Eben dieselbe Versammlung hat auch den Pastor Germershausen veranlaßt, seine Gedanken über die Anlegung der Darrhäuser zum Flachs mitzutheilen“, 1783 „Etwas von dem sogenannten Dünkelweizen“ oder 1784 „Das Aufsaugen eines Landes durch den Klee“. 1802 schrieb ein Herr von Schwarzkopf in seinem Buch „Ueber politische Zeitungen und Intelligenzblätter in Sachsen, Thüringen und Hessen“ folgendes: „Dieses gnädigst privilegirte Leipziger Intelligenzblatt ... sehr oft ist der Inhalt mit zweckmäßigen Anwendungen auf das bürgerliche Leben, und sonst mit gemeinnützigen Aufsätze durchwebt, unter deren Einsendern man im letzten Jahrzehnt mit Vergnügen die Namen eines Germershausen, Riem, Schirbell, von Burgsdorf liest“.

Erste Artikel von Germershausen im Wittenbergischen Wochenblatt erschienen in 1770ziger Jahren, bereits 1772 lobt der Herausgeber dieser Zeitschrift, Johann Daniel Titz (bzw. latinisiert Titius), Germershausen namentlich „Vorzüglich kann ich den Beytrag zweener bereits ehedem angeführter gelehrter Landgeistlichen, des Herrn M. Grulichs, Pastors in Rädigke, und Herrn Pastors Germershausen, in Schlalach, beyde in unserer Nähe, anitzt nicht ungerühmet lassen. Es verdienet die Gelehrsamkeit dieser Männer in ihrem Hauptgeschäfte, und der Eifer in ihrem Amte eben so viele Achtung, als ihre Aufmerksamkeit und Forschung in der Landwirthschaft und Naturkunde“. Bis 1782 nachweislich veröffentlichte Germershausen Artikel. Wie zum Beispiel „Anzeigen von den Witterungsbeobachtungen“ (1773), „Beschreibung zweyer vorzüglicher Futtergräser, besonders des einen, für nasse und niedrige Gegenden“ oder auch „Etwas vom Eisvogel“ (1780).

Die „Oekonomische Encyclopädie“ oder allgemeines System der Staats- Stadt- Haus- und Landwirthschaft, so der Titel einer der umfangreichsten Enzyklopädien des deutschen Sprachraums. Jenes Werk erschien 1773 bis 1858 in 242 Bänden. Krünitz selbst als Herausgeber begann 1773 mit dem ersten Band, die einzelnen Bände haben zwischen rund 600 und mehr als 900 Seiten. Bis zu seinem

Tode 1796 hatte er ganze 72 Bände, somit fast ein Drittel der Enzyklopädie selbst erarbeitet. Das Werk führten im Weiteren dann die Brüder Flörke, Korth und Hoffmann bis zum 242. Band 1858 zu Ende. Die Enzyklopädie war insofern auch für Germershausen bedeutsam, da sie seine Berühmtheit in damaliger Zeit doch wohl nicht unmaßgeblich mitbeeinflusste. Zahlreiche Zuarbeiten zu einzelnen Artikel der Krünitz'schen Encyclopädie lieferte Germershausen bzw. fand durch Krünitz selbst und seine Nachfolger eine positive Erwähnung oder wurde aus seinen Veröffentlichungen zitiert. So auch häufig aus dem Wittenberger Wochenblatt (1768-1785). Was auch kein Wunder war, zumal beide Schriftsteller ein freundschaftliches Verhältnis zueinander verband. In einer Zeitschrift mit dem Titel „Beytrag zum Reichs-Postreuter“ vom 12. September 1782 steht unter der Überschrift „Schreiben aus Schlalach, bey Treuenbrietzen“, das eine Gesellschaft „der Freunde der Wissenschaften und des guten Geschmacks“ an jenem Tage ihrer monatlichen Versammlung in Treuenbrietzen abhielt. Unter einigen anderen Gästen befanden sich auch der General von Rhodich aus Potsdam sowie auch „der berühmte Herr D. Krünitz aus Berlin“. Der Autor war Christian Friedrich Germershausen. Und wir lesen „...Herr D. Krünitz aus Berlin hatte diese Woche zu einer benötigten Erholung von seinen so mühsamengelehrten Arbeiten bey mir gewidmet, und ich ersuchte ihn, eine beliebige Abhandlung zum vorgedachten Tage vorzuweisen, nachdem ich ihm die Erlaubniß dazu von dem Stifter der Gesellschaft erbeten hatte“.

Zurück zur Krünitzschen Enzyklopädie. Unter anderem findet Germershausen bei 64 lexikalischen Stichwörtern 144 mal namentlich Erwähnung bzw. wird er zitiert. So beispielhaft unter folgenden Stichworten: „Fäule der Schafe, Flöh-Kraut, Gans, Haus-Mutter, Hederich, Hopfen, Hunds-Wuth, Hygrometer, Kammer-Wissenschaft, Kartoffel, Käse, Kiefer, Kirsche, Klee, Kochen, Kohl, Korn-Boden, Korn-Preis, Krähe, Kresse, Kropf, Kröte, Küchen-Wissenschaft, Land-Mann, Land-Schule, Lebens-Mittel, Leber-Krankheiten, Leder, Leibesverstopfungen, Lieschgras, Lilie, Linde, Löwenzahn, Mangold, Mäßigkeit, Mast, Mauke, Maulwurfgrille, Mays, Mehl, Mehlspeise, Melone, Meth, Mißgeburt, Mistbeet, Mittagsspeisen, Mohn, Mortificiren, Muttermahl, Öhl, Öhlpflanze, Pastete, Pfannkuchen, Pfirsichbaum, Pflaumensuppe, Pinsel, Platten, Plinse, Pularderie; Räuchern, Raupe, Reinlichkeit, Rindern, Auswahl der Schafe beim Einkauf, Zucht und Wartung der Schafe“.

Aus den besagten Stichwörtern lassen sich auch Germershausens „Schwerpunkte“ ablesen: die Land- und Hauswirtschaft, bei ersterem

insbesondere die Schafhaltung. Unter dem Stichwort "Hygrometer" im Band 27 von 1783 erschienenen der Enzyklopädie schreibt der Herausgeber Krünitz, der Begründer des Werkes daselbst: „Im Sept. dieses Jahres hatte die Ehre und das Vergnügen, diesen würdigen Gönner und Freund, in Gesellschaft unsers gemeinschaftlichen Freundes, des berühmten Hrn. Prediger Germershausen, zu besuchen, und ich bat ihn, bey dieser Gelegenheit, um eine ausführlichere Beschreibung, nebst Zeichnung seines Hygrometers, welche er mir auch vor einigen Tagen mitzutheilen die Gütigkeit gehabt hat“. Gemeint ist hier Herr Titius, Professor in Wittenberg, wo sich 1783 im September alle drei Herren trafen.

Damals war es noch üblich in Büchern eine Widmung oder Zueignung durch den Autor an eine für ihn verehrungswürdige Person dem Buch voranzustellen. Krünitz zeigte seine Dankbarkeit dem Freunde gegenüber, indem er im Band 29 (1783 Pauli, Berlin) seiner Enzyklopädie Germershausen als sogenannten „Bandpaten“ - ein Kupferstichportrait widmete. Es ist das einzige Portrait des Schlalacher Pfarrers was angefertigt wurde und von einem Künstler namens Eckstein stammt. Im Gegenzug hierzu erwähnte Germershausen dann auch die Herren Krünitz und Titius, welchen er den 4. Band des Hausvaters (1785) widmete bzw. zueignete. Er schrieb für beide Herren jeweils wörtlich: „Seinem verehrungswürdigsten Freunde und Gönner“.

Entsprechende Anzeigen und Rezensionen zu seinen immerhin 23 von Germershausen verfassten Büchern gab es natürlich auch damals schon reichlich. Jene erschienen vornehmlich in den damals bekannten Zeitschriften, wie zum Beispiel der Allgemeinen Literatur-Zeitung (1785-1849), der Allgemeine Deutsche Bibliothek (1765-1806) oder ebenso in den Göttingischen Anzeigen von gelehrten Sachen (1739-1801) und einigen andern.

Die eigentlichen Gründer der Märkischen Ökonomischen Gesellschaft waren Germershausen aus Schlalach und neben ihm sein Schwager, der Oberbaurath und Garteninspektor Johann Gottlob Schulze aus Potsdam. Auch nannte sich Germershausen in einem Schreiben vom Februar 1791 bereits „Bevollmächtigter der projektierten ökonomischen Sozietät in der Kurmark Brandenburg“. Die Gesellschaft ist maßgeblich durch die private Initiative des Pfarrers und landwirtschaftlichen Schriftstellers Germershausen entstanden. Er war zu diesem Zeitpunkt unter anderem bereits Mitglied der Ökonomischen Sozietät in Leipzigs, der Naturforschenden Gesellschaft zu Berlin sowie

einer Kurpfalz-bayerischen Gesellschaft. Vermutlich hatte er sich zeitgemäß „als Patriot anstecken lassen“ und somit selbst eine Gesellschaftsgründung im märkischen Potsdam initiiert. Im August 1791 fand in Potsdam eine erste Versammlung von Gleichgesinnten statt, in der die MÖG gegründet wurde. Die ersten Wochen war Germershausen übergangsweise Präses und Carl Friedrich Dickow, ein Kaufmann aus Potsdam kurzzeitig Direktor. Neben Germershausen waren noch sieben andere Gründungsmitglieder anwesend.

Aufgemuntert unter anderem durch den General Hans Rudolph von Bischoffwerder (1741-1803), legten dann die ersten Deputierten die Statuten dem König zur Bestätigung vor. Und so erschien denn am 15. Dezember 1791 folgendem Artikel im „Der Anzeiger“ unter dem Titel Beförderung der Industrie: „Se. Majestät von Preußen, Unser allernädigster Herr, finden den Zweck, zu welchem sich die ökonomische Gesellschaft in der Mark Brandenburg, nach der Anzeige ihrer Deputirten vom 29sten vorigen Monats (Nov. 1791) vereinigt hat, Dero Beyfalls völlig würdig, und approbiren daher diese Gesellschaft und ihre eingereichten Statuten. In dieser Absicht haben Allerhöchst Dieselben, der erforderlichen Ausfertigung wegen, das Nöthige an Dero Statsministerium gelangen lassen. Potsdam, den 3. Nov. 1791. Fr. Wilhelm. Die Deputirten der ökonomischen Gesellschaft in der Mark Brandenburg zu Potsdam, Germershausen, Kletschke und Dikow.“

In den Statuten, welche nach November 1791 und mit seiner königlichen allhöchsten Majestät durch das Generaldirektorium versehenen Bestätigung veröffentlicht wurden, wird der Zweck der Gesellschaft deklariert, so unter anderem: „Über Gegenstände, die zur Aufnahme und Beförderung der einheimischen ländlichen und städtischen Nahrungsgeschäfte dienen, Untersuchungen anzustellen“. Die Versammlungen (die erste im Februar 1792) fanden bis 1793 im Hause des Kaufmanns und Fabrikanten Dickow am Kanal statt. Und ab 1794 wurde dann das Pagenhaus in der kleinen Jägerstraße, welches der König der Gesellschaft zu diesem Zwecke anwies, das Versammlungsort (Jägerstraße 23/ Ecke Charlottenstraße). Dort wurde sogar eine Vereinsbibliothek angelegt.

Erster offizieller Direktor der Märkischen Ökonomischen Gesellschaft (MÖG) wurde noch 1791 im ersten Jahr des Bestehens Friedrich Eberhard von Rochow (1734-1805) aus Reckahn. Er war Gutsbesitzer und Pädagoge zur Zeit der Aufklärung, bekannt vor allem durch seine Schulreform im Geist des Philanthropismus. In Folge waren mehrere

Staatsminister Direktoren dieser Gesellschaft. So übernahm unter anderem 1793 der Staatsminister Graf Ewald Friedrich von Hertzberg (1725-1795) die Direktorenstelle und von 1800 bis 1807 war der Staatsminister Otto Carl Friedrich von Voss (1755-1823) amtierender Direktor. Von 1808 bis 1809 wurde Germershausen (1725-1810) als Gründungsiniziator im Alter von 83 Jahren Direktor der MÖG für ein Jahr. Hieraus wird ersichtlich, dass der Pastor Germershausen aus dem kleinen Vorwerksdorf Schlalach unter den doch vielen preußischen Staatsministern als Gesellschaftsdirektoren durchaus eine besondere Stellung einnahm.

Neben anderen historischen Berühmtheiten waren, um nur einige zu nennen, folgende Persönlichkeiten im Zeitverlauf Mitglied dieser Gesellschaft, welche unter Namensänderungen seit Gründung 1791 bis 1889 Fortbestand hatte:

- Alexander von Humboldt, Forschungsreisender
- Adelbert von Chamisso, Naturforscher und Dichter französischer Herkunft
- Johann Wolfgang Goethe, Dichter und Naturforscher
- Friedrich Wilhelm von Rhodich, Staats- und Kriegsminister, Generalleutnant
- Franz Carl Achard, Naturwissenschaftler
- Albrecht Thaer, gilt als Begründer der Agrarwissenschaften
- Justus Liebig, Chemiker
- Johann Elert Bode, Astronom
- Johann Casimir Heinrich von Carmer, preußischer Justizreformer
- Johann Ch. Christoph Rüdiger, Kameral- und Sprachwissenschaftler
- Johann Christian Friedrich Keferstein, preußischer Landbaumeister
- Sigismund Friedrich Hermbstaedt, Apotheker, Chemiker, technischer Schriftsteller, Technologe
- David Gilly, Geh. Oberbaurat (berühmter preußischer Architekt)
- Johann G. Krünitz, Herausgeber der Ökonomischen Enzyklopädie
- Carl Christian Horvath, Buchhändler und Gründer des deutschen Börsenvereins der Buchhändler zu Leipzig.

Nun noch einiges zum Beziehungsnetz von Germershausens Freunden und Bekanntschaften. Jenes ergab sich im Laufe der Zeit aufgrund seiner schriftstellerischen und gesellschaftlichen Tätigkeiten und nebenbei sei angemerkt, ging alles immer von jenem kleinen Dorf Schlalach im Märkischen als Lebensmittelpunkt Germershausens aus. Zum einen ist da Johann Gottlob Schulze (1755-1834), Architekt - Oberhofbaurat und Gartendirektor in Potsdam zu erwähnen, er war der Schwager von Germershausen. Denn Germershausen heiratete nach dem Tod seiner ersten Frau (1781) noch ein zweites Mal, nämlich ebenfalls eine Tochter Mangers namens Caroline. Bereits 1785 heiratete Schulze die Tochter, Hedwig Charlotte, seines Vorgesetzten Manger, mit welcher er später 15 Kinder hatte. Jener Heinrich Ludwig Manger (1728-1790), war ebenfalls Architekt und königlich preußischer Baubeamter - Oberhofbaurat und Garteninspektor in Potsdam. 1790 wurde Schulze, nach dem Tod Mangers, auf eigenen Vorschlag des Königs Garteninspektor der Gartendirektion in Sanssouci und somit der Nachfolger Mangers. Schulze und Germershausen waren maßgebliche Gründungsinitiatoren der Märkischen Ökonomischen Gesellschaft in Potsdam. Schulze hat auch in den Zeitschriften der Gesellschaft, wie die Annalen oder das gemeinnützige Volksblatt, zahlreiche Beiträge veröffentlicht. Auch Manger war ebenso Mitglied der Gesellschaft. Beide Herren sind auf dem Bornstedter Friedhof in Potsdam beerdigt.

Wie bereits oben bei der Ökonischen Enzyklopädie erwähnt, waren Germershausen und Johann Georg Krünitz (1728-1796) miteinander gut bekannt. In 47 von 242 insgesamt erschienen Bänden, im Zeitraum von 1778 bis 1825, also noch über Germershausen Tod hinaus, ist sein geistiges Werk in jenem Sammelwerk verewigt. Krünitz war ein deutscher Enzyklopädist, Naturwissenschaftler und Arzt. Diese „Oeconomisch-technologischen Encyklopädie“ (1773-1858) wurde später umgangssprachlich nur als „der Krünitz“ so nach ihm benannt. Germershausen diente als Bandpate für den 29. Band des Nachschlagewerkes, wobei Bandpate ein Kupferstichportrait Germershausens als Frontispiz meint. Es ist meines Erachtens nach die einzig erhaltene Abbildung von Germershausen. Auch die wenigsten Landprediger kamen in der damaligen Zeit zur Ehre, einen doch kostspieligen Kupferstich anzufertigen. Beide Germershausen und Krünitz, waren sowohl in der Leipziger Ökonomischen Sozietät als auch in der Potsdamer Märkischen Oekonomischen Gesellschaft Mitglied. 1782 war Krünitz, wie oben bereits erwähnt, bei Germershausen für ein paar Tage zu Gast in Schlalach und beide besuchten zusammen eine Veranstaltung

der „Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften und des guten Geschmacks“ in Treuenbrietzen. Und 1783 besuchten Krünitz und Germershausen zusammen einen gemeinsamen Freund namens Titius (dtsch. Tietz) in Wittenberg. Johann Daniel Titius (1729-1796), war Professor an der Universität in Wittenberg, der sich unter anderem mit Astronomie, Physik und Biologie befasste. Auch er war Mitglied in der Märkischen Ökonomischen wie auch der Leipziger Ökonomischen Gesellschaft. Als Herausgeber und Autor gab er das Wittenbergische Wochenblatt (1768-1792) heraus. Jenes Wochenblatt war für Germershausen das bevorzugte Publikationsmittel, bereits seit 1770er Jahren veröffentlichte er regelmäßig darin seine Artikel. Als Dank widmete er seinen 4. Band des Hausvaters (1785) seinen beiden Freunden Titius und Krünitz. Er schrieb für beide Herren jeweils wörtlich: „Seinem verehrungswürdigsten Freunde und Gönner“.

Der Verleger von Germershausens meisten Werken war Johann Friedrich Junius (1725-1794), ein Leipziger Buchhändler und Verleger. Er, gleichaltrig mit Germershausen, druckte alle Bände der Hausmutter und Hausvater in der Zeit von 1778 bis 1786. Ebenso war er auch der Verleger der zweibändigen Ausgabe „Das Ganze der Schafzucht“ Germershausens. Also eine fast 10-jährige Zusammenarbeit zwischen Verleger und Autor. Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit sind sich beide Herren wohl auch das ein oder andere Mal allein aufgrund des Buchdruckes begegnet.

Carl Friedrich Wiesiger (1764-1812), Justizassessor aus Treuenbrietzen. Er war wie Germershausen auch ein Mitglied der „ersten Stunde“ der Gesellschaft in Potsdam. Als ein produktives Gesellschaftsmitglied hielt er oft Vorträge und Abhandlungen und publizierte eigene Werke wie z.B.: „Beantwortung der Fragen: Was ist Wucher? Ist es gut ihn zu hemmen? Und wodurch kann er gehemmt werden?“ oder „Vorschläge zur Vermehrung des städtischen Wohlstandes in besonderer Beziehung auf die Berliner aller Stände“. Da Germershausen und er beide in der Märkischen Ökonomischen Gesellschaft Mitglied der „ersten Stunde“ waren und Treuenbrietzen nur knapp 6 km von Schlalach entfernt liegt, kannten sich beide Herren gut. Wie oben erwähnt, gab es zudem noch die Treuenbrietzener Gesellschaft „Freunde der Wissenschaften und des guten Geschmacks“ in den 1780er Jahren. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird Wiesiger ebenso ein Mitglied dieser Gesellschaft in der Kleinstadt gewesen sein.

Friedrich Eberhard von Rochow (1734-1805), Gutsbesitzer und Pädagoge zur Zeit der Aufklärung. Er versuchte mit seiner Arbeit unter anderem das Schulwesen im Sinne des Philanthropismus, also humanistisch, zu reformieren. Eberhard von Rochow schrieb ein erstes modernes Lesebuch für Volksschulen „Der Kinderfreund“ und gründete 1773 auf seinem Landgut eine reformpädagogische Dorfschule, für die kein Schulgeld gezahlt werden musste und deren Lehrer im Vergleich sehr viel besser bezahlt wurden als üblich. Zu Rochows Lebenszeit besuchte Germershausen die dortige damals berühmte Schule. Ein erhalten gebliebenes Besucherverzeichnis wurde 1878 veröffentlicht und blieb so der Nachwelt erhalten. Demnach war unter den Besuchern auch Germershausen am 26. Oktober 1791. Auch wenn die Schule bereits seit 1773 Besucher von auswärts verzeichnete. Eberhard von Rochow wurde im gleichen Jahr 1791 von den Mitgliedern zum ersten Direktor der Märkischen Ökonomischen Gesellschaft gewählt. Es könnte sein, dass der Plan der Gesellschaftsgründung, von beiden ein gemeinsamer war. Auch wenn Eberhard von Rochow bei der konstituierenden Sitzung nicht anwesend war. Hier und da vertrat Germershausen bei den jährlichen Versammlungen der Gesellschaft auch den zu verschiedenen Zeiten amtierenden Direktor von Rochow in Abwesenheit. Beide Herren gehörten mit zu den engagiertesten Mitgliedern, sie schrieben zahlreiche Aufsätze und Abhandlungen und hielten häufig in den stattfindenden jährlichen zwei Versammlungen Vorlesungen. Da beide als maßgebliche Initiatoren der Potsdamer Gesellschaft gelten und beide in den Annalen dieser Gesellschaft einen Großteil der dort abgedruckten Beiträge lieferten, kannten sich beide wohl sehr gut.

Carl Christian Horvath (1752 - 1837), Potsdamer Buchhändler und Gründer des deutschen Börsenvereins der Buchhändler zu Leipzig. Ab 1811-1817 war er Stadtrat im Magistrat Potsdams. Er druckte die sämtlichen Annalen und andere Zeitschriften der Potsdamer Märkischen Ökonomischen Gesellschaft. Auch er war, wie die anderen Herren, Mitglied der Ökonomischen Gesellschaft in Potsdam.

Johann Riem (1730-1807), Pfarrer, Bienenzüchter, Landwirt, Schriftsteller und Mitglied in der Leipziger Ökonomischen Sozietät, wie auch Germershausen. Riem war Germershausen freundschaftlich verbunden, einer kannte den anderen Schriften, für Riem war Germershausen immer „der große Oeconom“. 1789 wurde Riem zum Churfürstlich-Sächsischen Kommissionsrat zu Dresden ernannt. Ab 1791 erscheinen die „Anzeigen der Churfürstlich Sächsischen Leipziger Ökonomischen Societät“ bis 1808 zwei Mal pro Jahr. Gemeinsam mit

Germershausen und Beneckendorf veröffentlichte Riem 1787 eine Publikation über Viehzucht, wo es vor allem um die Stallfütterung geht. Darüber hinaus verfasste Riem als Schriftsteller zahlreiche Bücher. Und es gibt noch zahlreiche andere erwähnenswerte Personen aus Germershausens Beziehungsnetzwerk. Darunter andere Landgeistliche, Verleger, Beamte, Naturforscher. Nicht alle können hier beschrieben werden.

Der spätere Begründer der Agrarwissenschaften Thaer (1752-1828) konnte auf den Erkenntnissen und dem Wissen von Persönlichkeiten wie Germershausens und den Erfahrungen der Märkischen Ökonomischen Gesellschaft aufbauen. Er zehrte von den gemachten Vorerfahrungen vieler engagierter Mitglieder in den patriotischen und ökonomischen Gesellschaften.

Stichworte: notwendiger Umbau der heutigen Landwirtschaft zu mehr ökologischer Landwirtschaft, Rückbesinnung auf den Handel von Regionalprodukten, adäquaterer Umgang mit Natur und natürlichen Ressourcen, wertschätzender Umgang mit Nahrung. Nachhaltigkeit mit Bestehendem, mit Bestandsbauten, historisches Baumaterial sind als wieder verwendbare Ressource durchaus nutzbar und wertvoll. Entwicklung von nachhaltigen Technologien: z.B. „seltene Erden“, welche in Mikrochips für Mobiltelefone, Computer und Autos benötigt werden. Bereits bei Einführung neuer technologischer Entwicklung sind Folgeabschätzungen mitbedenken, um auch längerfristig Bestand auf Märkten zu haben. Oder auch „vergessene“ Heilmittel und -kräuter sind durchaus wieder zu entdecken und hilfreich. Unsere Vorfahren haben lange Zeit experimentiert und berechnete Erfahrungen gesammelt. Wieder mehr „zurück zur Natur“ als unserer Lebensgrundlage auf unserem blauen Planeten mit tatsächlich begrenzten Ressourcen. Und eben einem nicht permanent steigerungsfähigen und verlängerbarem, unnatürlichen Wachstum in jeder Hinsicht. Und Nutzung bereits vorhandenen Wissens unserer Vorfahren. Vieles ist noch durchaus aktuell und nicht unnützlich, nur oftmals leider in Vergessenheit geraten.

Christian Friedrich Germershausen selbst: „... wie wird es mit der Nachwelt, vieler Orten aber auch um uns selbst schon aussehen, wenn der Holzangel immer mehr bey uns einreissen sollte? Eine Frage, die uns aus einem langen Schlummer gleichsam erwecken, und jedem Oekonomen die Cultur der Waldbäume höchst interessant machen muß.“ Dies schrieb er in einer Vorrede 1786. Schauen wir uns unsere Wälder an oder nehmen wir auch den Preisanstieg des Holzhandels, ergeben sich schon Parallelen zur modernen Zeit.

ZWISCHEN HAVEL UND FLÄMING 2023

Das Leben in der DDR

- Seite 01 Tulpen aus Amsterdam und Gladiolen aus Brück
Seite 05 Das Ferienlager der Schule Ziesar an der Ostsee
Seite 09 Meine Zeit als Tankwart
Seite 15 Lernen, lernen, nochmals lernen! *von W. I. Lenin*
Seite 21 Siebzehnter Juni
Seite 23 aus der Not geboren...
Seite 25 Die DDR etabliert sich in Reetz
Seite 31 Reetz auf dem Weg zur LPG
Seite 39 Die LPG Tierproduktion Fresdorf 1990
- Seite 45 Das Haus
Seite 49 Wohnpark
Seite 53 Kameradschaftstreffen
Seite 57 Kriegsgott und Friedensgott
Seite 59 Lateinisch in Pernitz
Seite 61 Glocken
Seite 65 „Gegen die Vergewaltigung durch die Deutschen Christen bei der Kirchenwahl“
Seite 83 Frau Kästner und der Koffer
Seite 85 Gewaltsame Werbungen der preußischen Armee
Seite 95 Vor 250 Jahren: Abtrennung der West-Zauche auf königlichen Befehl
Seite 99 Christian Friedrich Germershausen 1725-1810

Treffen 200 der Chronistenvereinigung Potsdam-Mittelmark am Mittwoch, 19.04.2023 im Heimatmuseum Deetz, Saal Obergeschoss, **25 Jahre Chronistenvereinigung**, Grußwort Landrat, Gespräche mit Kulturamt Doris Patzer, Ehrungen für 25-jährige Mitgliedschaft, Mittagessen Wildschwein aus dem Dorfbackofen, nachmittags Mitgliederversammlung

Auch unser Mitglied Heimatverein Deetz feiert 2023 seine fünfundzwanzigste Gründung, Gratulation. Mit einem neuen Vorstand soll der Generationenwechsel erfolgen.

Unser Mitglied Heimatverein Glindow hat eine Festschrift zum 25-jährigen Bestehen des Heimatmuseums herausgebracht. Die Chronisten wünschen weiterhin Erfolg.

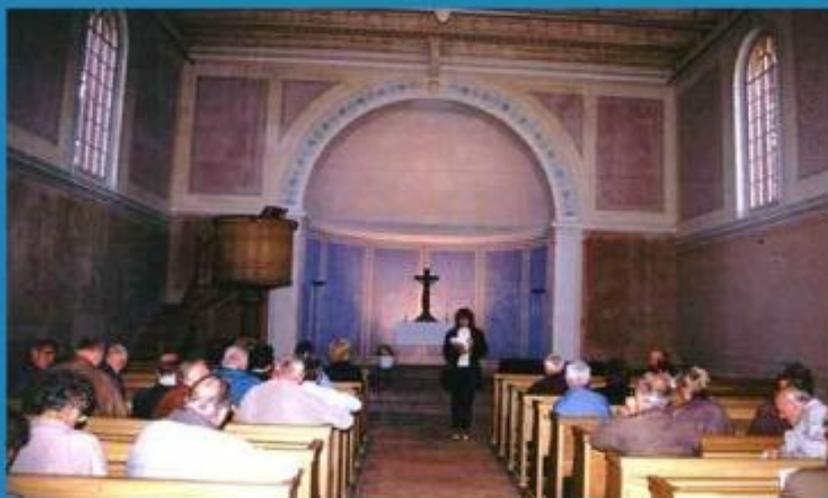
Herausgeber und Redaktion: Der Heimatkalender für Potsdam-Mittelmark wird herausgegeben von der CHRONISTENVEREINIGUNG POTSDAM-MITTELMARK e.V., Sitz Nuthetal, verantwortlich Vereinvorsitzender Jaromir Schneider. Der Heimatkalender erscheint jährlich zum 1. Advent. Autoren werden noch gesucht, bitte bis zum 01.07.2023 Mitteilung mit Titel und Entwurf oder besser Stichworten an die Redaktion unter info@chronistenvereinigung-pm.de. Autorenhonorare werden nicht gezahlt, Redaktions-schluss ist der 01.09.2023.

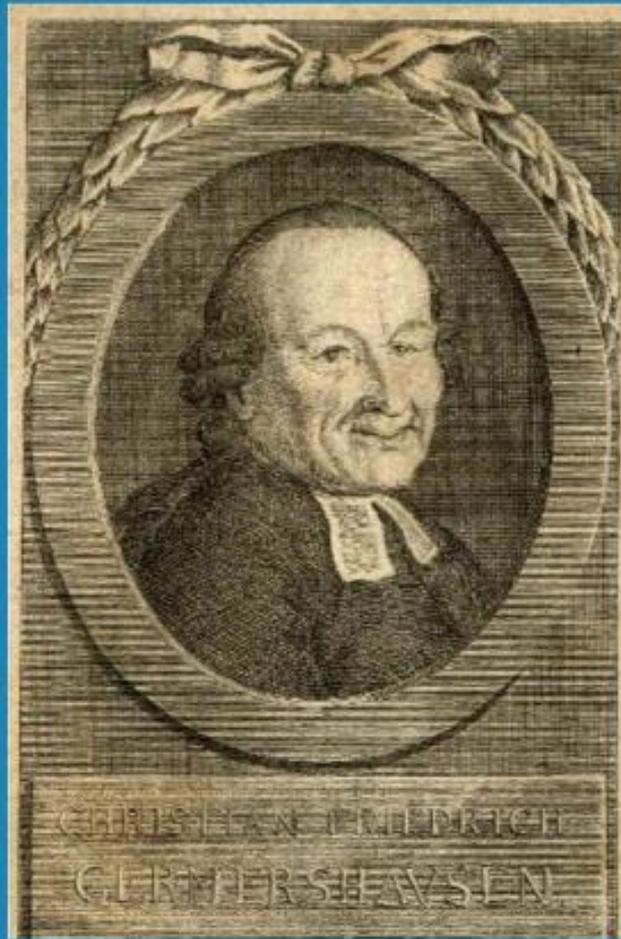
Verkaufsstellen werden noch gesucht für Kommissionsverkauf, Mitteilung an den Vertrieb unter rappaport@freenet.de. Gedruckt bei WIRmachen DRUCK GmbH, Backnang 2022. Covergestaltung Chris Rappaport, Groß Kreutz. Boken-Regionalverlag Groß Kreutz (Havel), Info unter www.ines-potsdam.de unter Publikationen, ISBN 978-3-946668-10-7.

Die Chronistenvereinigung dankt dem Landkreis Potsdam-Mittelmark für die finanzielle Beteiligung am Heimatkalender.

Gestern ist bereits Geschichte. Wir müssen nicht Jahrzehnte zurückgehen mit der Erforschung von Ortsgeschichte. Was wir in unserem Leben erlebt haben, gehört aufgeschrieben, sonst ist es vergessen. Und ein TIP: Die Heimatkalender Zauch-Belzig finden sie auf der Seite der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam unter Brandenburg.dok.

Hier zum Abschluss ein Foto aus den Anfängen der Chronistenvereinigung vor 25 Jahren in Petzow, Doris Patzer vom Kulturamt des Landkreises begrüßt die zahlreichen Teilnehmer.





Christian Friedrich Germershausen
Pfarrer in Schlalach 1748 - 1810



12,00 Euro